

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan-Entwurf **2004**

Vorwort zum Kapitel 1100 – Senat

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Die Senatskanzlei unterstützt den Senat und dessen Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten und Aufgaben. Aufgabenschwerpunkte bilden dabei insbesondere

- Gestaltung der Beziehungen Hamburgs zur Bundesregierung, zu anderen Bundesländern und zum Ausland (einschließlich Europapolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Städtepartnerschaften),
- Konzeption sowie das Controlling des Regierungsprogramms,
- Ressourcensteuerung im Bereich der Neuen Investitionen,
- Gewährleistung der Regierungsarbeit in Senat und Staatsrätekollegium und in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
- Vorbereitung und Begleitung der Termine des Ersten Bürgermeisters,
- Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
- individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
- Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften,
- Mitwirkung an Angelegenheiten des hamburgischen Verfassungsrechts sowie
- Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Rundfunkrechts und des Rechts der neuen Medien.

Mit dem Haushaltsplan 2003 ist als neuer Aufgabenschwerpunkt die Bewirtschaftung des „Innovationsfonds Wachsende Stadt“ hinzugekommen. Dieser Fonds wird in 2004 wie im Vorjahr mit 5 Mio. EUR ausgestattet. Mit ihm sollen Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums und zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs gefördert werden.

Das Gesamtvolumen der Haushaltsausgaben der Senatskanzlei beträgt 35 Mio. EUR. Im Rahmen des Personalbudgets der Senatskanzlei mit insgesamt 21,18 Mio. EUR werden auch die Bezüge der Senatsmitglieder sowie der Staatsrätinnen und Staatsräte veranschlagt.

Bei den Sach- und Fachausgaben, die ohne den Bereich der sonstigen Betriebsausgaben, insgesamt 8,68 Mio. EUR umfassen, werden die Mittel entsprechend den fachlichen Aufgabenschwerpunkten insbesondere in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit (502 Tsd. EUR), Städtepartnerschaften (522 Tsd. EUR), Europapolitische Interessenvertretung (479 Tsd. EUR), Förderung von Tagungen (430 Tsd. EUR) und Maßnahmen der Ostseekooperation (375 Tsd. EUR) sowie Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (332 Tsd. EUR) eingesetzt.

Mit dem Haushaltsplan 2004 werden wiederum alle Produkte der Senatskanzlei abgebildet; die Gliederung in Produktgruppen entspricht weitgehend der ämterbezogenen Aufbauorganisation. Die Kennzahlen, insbesondere die Vergleichszahlen, sind überarbeitet und ergänzt worden.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			
				in %
Einnahmen:	434	215	219	102
Davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	95	121	-26	21
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	339	94	+245	261
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	-	-	-	-
Ausgaben:	35.068	35.059	+9	0,03
Davon:				
Personalausgaben	21.179	21.374	-195	0,9
Sach- und Fachausgaben	8.682	8.376	+306	3,6
Sonstige Betriebsausgaben	5.000	5.000	-	-
Investitionen	207	309	-102	33,0

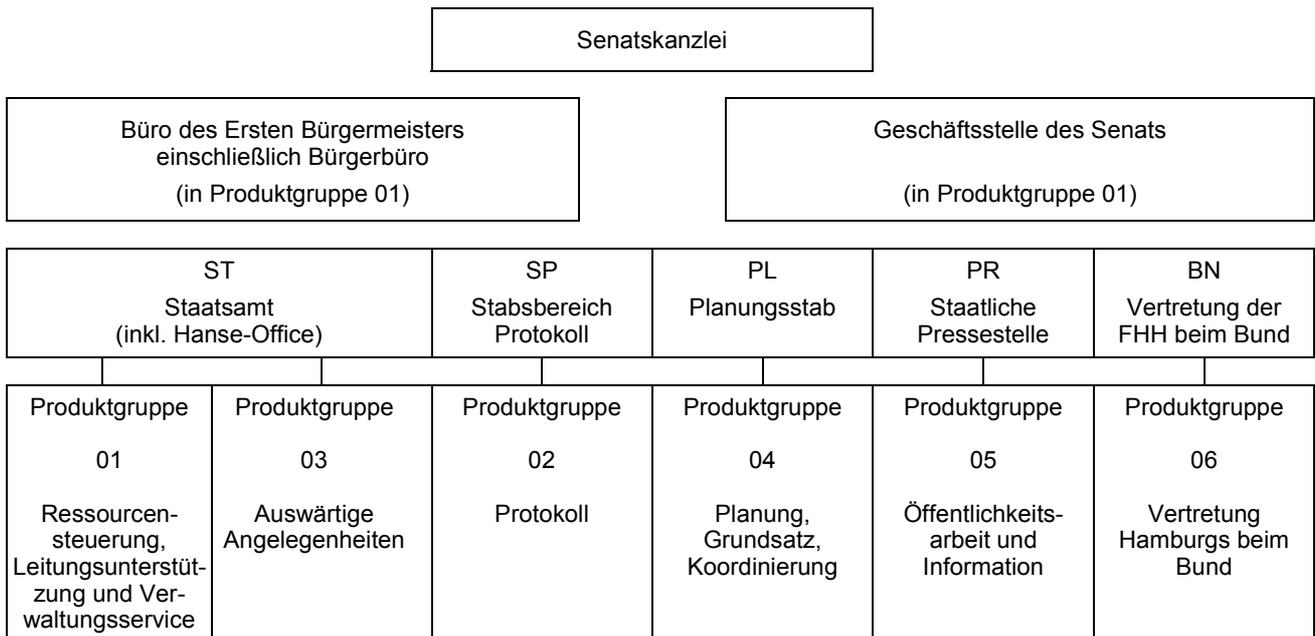
Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1100
Personalausgaben	36,1	60,4
Sach- und Fachausgaben	42,0	24,8
Investitionen	10,2	0,6

Investitionsrestevolumen der Vorjahre:

2002				2001			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2003 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2002 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
7.343	5.569	841	11,5	6.737	2.298	4.207	62,4

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Senatskanzlei ist wie folgt organisiert:



Die Senatskanzlei wurde mit Wirkung vom 01. Oktober 2002 neu organisiert. Insbesondere wurde das Präsidialamt in das Staatsamt integriert. Die Stiftungsaufsicht ist zum 01.01.2003 in die Justizbehörde verlagert worden. In dem neu gebildeten Stabsbereich Protokoll werden die Aufgaben des Auslands- und Inlandsprotokolls, die Konsularangelegenheiten und das Veranstaltungsmanagement, die aus dem Bereich des Staatsamtes herausgenommen wurden, wahrgenommen. Aufgrund der Neugliederung ist die bisherige Produktgruppe 02 „Auswärtige Angelegenheiten und Protokoll“ in die Produktgruppen 02 und 03 aufgeteilt worden.

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD (Titel 4xx.91) sowie in der Titelgruppe Z 61 - *Vertretung der FHH beim Bund* - basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensalterstufe nach aktuellem Tarifrecht
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
 - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003;
- IuK-bedingte Einschränkungen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (z.B. hier: Einsparungsrate 2004 für Intendantbereiche, Arbeitszeitverlängerung)

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

¹ Ansatz zuzüglich Sollübertragungen, übertragene Reste aus Vorjahren und Vorgriffe.

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (435.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004:

KRV

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRK bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404 „Entwicklung der Versorgungsausgaben“), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titeldnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRK hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitelebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan 1.1 dargestellt (blaue Seiten).

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

Stellenplanentwurf 2004

Kapitel	Stellenzahl 2004	Neue Stellen 2004		Stellenhebungen 2004			Umwand- lungen
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
1100 Senat	229,47	3	250	-	-	-	-

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Die im KRS zusammengefassten sächlichen Verwaltungsausgaben für den Dienstbetrieb der Senatskanzlei umfassen 1.962 Tsd. EUR. Ausgenommen hiervon ist der Bereich der Landesvertretung der FHH beim Bund, für den im Haushaltsjahr 2000 ein Betriebskonto eingerichtet wurde. Für den Bereich Staatliche Pressestelle, für den ebenfalls ein Betriebskon-

1100

to eingerichtet wurde, sind einzelne sächliche Verwaltungsausgaben noch im KRS veranschlagt. Für einen Teil der Ausgaben, die mit der Neuorganisation der Senatskanzlei in den eigenständigen Stabsbereich Protokoll fallen, ist seit dem Haushaltsjahr 2002 der Titel 1100.542.01, in dem Teile des KRS zusammengefasst sind, ausgebracht.

6. Deckungskreise

Aufgrund der Neuorganisation der Senatskanzlei wurde der Kapiteldeckungskreis 01 „Staatsamt“ in „Protokoll und Auswärtige Angelegenheiten“ umbenannt mit der Folge, dass nahezu alle Titel für Sach- und Fachausgaben der Produktgruppen 02 und 03 gegenseitig deckungsfähig sind. Zu den Einzelplan-Deckungskreisen 02 „Bauunterhaltung“ und 03 „Hochbauinvestitionen“ wird auf die Anlage 4 verwiesen.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

entfällt

8. Produktinformationen (generelle Hinweise)

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
Tsd. EUR					
Gesamtbetrag Kapitel 1100 Davon entfallen auf:	434	21.179	13.682	207	35.068
Produktgruppe 01	121	5.689	4.042	207	9.938
Produktgruppe 02	45	2.972	1.012	-	3.984
Produktgruppe 03	-	1.621	2.302	-	3.923
Produktgruppe 04	-	2.790	5.060	-	7.850
Produktgruppe 05	-	1.528	328	-	1.856
Produktgruppe 06	268	1.965	938	-	2.903

9. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004 in Tsd. EUR			
	Personalausgaben	Sach- und Fachausgaben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Leistungseinschränkung / -verzicht:	-	-	-	-
Reduzierung der Zuwendungen:	-	-	-	-
Verschlanung der Verwaltung: Zusammenlegung von zwei Ämtern (Präsidialamt / Staatsamt), Auslagerung der Stiftungsaufsicht auf die JB und Verlagerung der Personalverwaltung auf das PA.	74	-	-	-
Einnahmeerhöhung:	-	-	-	-
Kapitel 1100 gesamt	74	-	-	-

Produktinformationen

Produktbereich: Senatskanzlei

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	434	215	215	690
Personalausgaben in Tsd. EUR ¹	21.179	21.374	16.567	17.451
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	8.682	8.376	8.279	9.102
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	5.000	5.000	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	207	309	2.678	5.569
Stellen ²	229,47	234,33	248,55	246,92
Beschäftigte der Senatskanzlei ³	250	278	299	281

Ziele des Produktbereiches

Die Senatskanzlei unterstützt den Senat und dessen Präsidenten bei der Erfüllung ihrer Pflichten und Aufgaben.

Dazu gehören insbesondere

- Z 1 Gestaltung der Beziehungen Hamburgs zur Bundesregierung, zu den anderen Bundesländern und zum Ausland,
- Z 2 Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms,
- Z 3 Ressourcensteuerung im Bereich der Neuen Investitionen,
- Z 4 Gewährleistung der Regierungsarbeit in Senat und Staatsrätekollegium und in der Verbindung von Senat und Bürgerschaft,
- Z 5 Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung,
- Z 6 individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern,
- Z 8 Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften,
- Z 9 Mitwirkung an Angelegenheiten des hamburgischen Verfassungsrechts,
- Z 10 Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Rundfunkrechts und des Rechts der neuen Medien.

Produktgruppen – Überblick

- PG 1 Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Verwaltungsservice
- PG 2 Auswärtige Angelegenheiten und Protokoll
- PG 3 Planung, Grundsatz und Koordinierung
- PG 4 Öffentlichkeitsarbeit des Senats
- PG 5 Vertretung Hamburgs beim Bund

Produktgruppe 1 – Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Verwaltungsservice

Kapitel 1100

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

- Z 1 Zentrale Steuerung der Ressourcen
- Z 2 Unterstützung der Fachaufgaben
- Z 3 Unterstützung des Ersten Bürgermeisters, des Senats und der Leitung der Senatskanzlei
- Z 4 Dienstleistungen für Dritte
- Z 5 Rechtsangelegenheiten

¹ Einschließlich Senatsmitglieder, Staatsrätinnen und Staatsräte sowie rollierende Referentinnen und Referenten in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund und im Hanse-Office.

² Gemäß Stellenplan einschließlich der Stellen für Senatsmitglieder, Staatsrätinnen und Staatsräte, ohne rollierende Referentinnen und Referenten in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund und im Hanse-Office sowie Berücksichtigung der Stellenveränderung aufgrund der verlagerten Landeszentrale für politische Bildung im Zuge der Behördenneugliederung.

³ Einschließlich Senatsmitglieder, Staatsrätinnen und Staatsräte sowie rollierende Referentinnen und Referenten in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund und im Hanse-Office.

**Produktbereich
Senatskanzlei**

<i>Produkte</i>	
P 1	Interne Ressourcensteuerung (Personal, Organisation, Haushalt)
P 2	Unterstützung der Fachaufgaben (IuK-Angelegenheiten, Zentrale Dienste)
P 3	Leitungsunterstützung (Bürgermeisterbüro, Bürgerbüro, Geschäftsstelle des Senats)
P 4	Dienstleistungen für die Senatsämter, die Bürgerschaftskanzlei, die Hamburgische Anstalt für neue Medien
P 5	Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften
P 6	Allgemeine Rechtsangelegenheiten
P 7	Hamburgisches Verfassungsrecht

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	121	147	147	264
• Betriebseinnahmen	121	147	147	264
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.731	8.186	8.090	8.206
• Personalausgaben ⁴	5.689	4.113	4.100	4.153
• Sach- und Fachausgaben gesamt	4.042	4.073	3.990	4.054
- Zuwendungen	126	126	126	117
- Gesetzliche Leistungen	559	559	559	505
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	207	309	347	1.119

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	85	62	61	62
• Überbehördlich (1,5%)	85	62	61	62

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
Kontenrahmen für Sachausgaben (1.962 Tsd. EUR)
Bauunterhaltung für die Räume des Senats und der Senatskanzlei im Rathaus, in der Alten Post, für das Gästehaus des Senats, für den Kupferhof und für den Turm Neuwerk (642 Tsd. EUR Titel 519.01)
Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der jüdischen Gemeinde Hamburg (358 Tsd. EUR Titel 684.06)
Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe (168 Tsd. EUR Titel 534.02)
Mitgliedsbeiträge Hamburgs zum Deutschen Städtetag u.a. (358 Tsd. EUR Titel 685.91)
Hardware-Wartung und Software-Pflege der Bürokommunikationssysteme der Senatskanzlei, Nutzungsentgelte für externe Datenbanken, Informationsdienste u.ä., Aus- und Fortbildung für Bürokommunikationssysteme (144 Tsd. EUR Titel 535.56) und für zentrale Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik (224 Tsd. EUR Titel 671.56)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	78,53	86,89	100	98,37
Produkt P 1: Interne Ressourcensteuerung				
Titelgruppen	2	2	2	2
Anzahl der Haushaltstitel (ohne KRS, KRK und KRN)	56	54	53	53
Davon in Titelgruppen	15	15	14	14
Anzahl der betreuten SAP-Anwenderinnen und -Anwender	35	35	41	38

⁴ Für die Planjahre sind die Personalausgaben auf der Basis des Personalkostenbudgets berechnet worden (für 2004 erstmalig zusätzlich der Ausgaben im Kontenrahmen für Versorgung)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Anzahl der Fortbildungstage	510	510	510	364
Anzahl der fortgebildeten Beschäftigten	190	190	190	173
Durchschnittliche Fortbildungstage pro Beschäftigten	1,37	1,37	1,37	210
Anteil der fortgebildeten Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %.	70,9	70,9	70,9	64,5
Durchschnittliche Fortbildungskosten je Beschäftigten in EUR	187	187	187	244
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR	782	720	669	706
Davon:				
• durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	455	352	394	342
• durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	327	368	275	364
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Senatskanzlei in %. ⁵	18,50	17,85	18,32	18,43
Kosten in € pro Anruf in der Telefonzentrale Rathaus	1,22	1,22	-	1,22
Produkt P 2: Unterstützung der Fachaufgaben				
Anzahl der Bildschirmarbeitsplätze	205	205	210	205
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an d. bildschirmfähigen Arbeitsplätzen in %	100	100	100	100
Jährliches Finanzvolumen der Bauunterhaltung in Tsd. EUR ⁶	957	773	747	1.071
gemietete Nutzfläche (in m ²)	2.299	2.299	2.392	2.392
gemietete Nutzfläche (in m ²) pro Beschäftigten ⁷	32,84	31,93	27,81	29,17
Gesamtreinigungsfläche (in m ²) ⁸	16.640	16.640	16.733	16.733
Produkt P 3: Leitungsunterstützung				
<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
<i>Drucksachen/Vorgänge</i>				
Senatsdrucksachen	1.474	1.390	1.589	1.353
Große und kleine Anfragen	1.035	857	948	907
Mitteilungen an die Bürgerschaft	137	163	169	148
Gesetze	68	56	43	30
Verordnungen	60	88	95	66
Anordnungen	16	20	10	13
Eingaben § 5 EingabenausschussG	614	773	969	860
Eingaben § 9 EingabenausschussG	66	42	64	34
Ersuchen	110	55	108	162
<i>Individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern</i>				
Schriftliche Anfragen	1.976	2.497	2.671	1.954
Beratungsgespräche Besucherinnen / Besucher	437	456	512	656
Telefonische Anfragen / Anregungen / Beschwerden	7.169	7.906	10.171	10.785

⁵ Die Senatskanzlei nimmt zentrale Intendanzfunktionen bei Haushalts- und Personalangelegenheiten sowie im Bereich Infrastruktur (z. B. Bau- und Hausverwaltung, Druckerei, Poststelle, Telefonzentrale, Gebäudemanagement) für die Bürgerschaftskanzlei, die Senatsämter und andere Behörden in unterschiedlicher Ausprägung wahr.

⁶ Einschließlich Bauunterhaltungsmittel des Kapitels 1000.

⁷ Beschäftigte der Senatskanzlei, die in gemieteten Räumen arbeiten.

⁸ Fläche inkl. Bürgerschaftskanzlei und Landeszentrale für politische Bildung.

**Produktbereich
Senatskanzlei**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Produkt P 4: Dienstleistungen für die Senatsämter, Bürgerschaftskanzlei und die Hamburgische Anstalt für neue Medien				
Anzahl des betreuten Personals	250 ⁹	1305	1310	1310
Davon: Betreutes Personal anderer Dienststellen (Bürgerschaftskanzlei, Senatsämter, Hamburgische Anstalt für neue Medien)	0	1027	1029	1029
Anzahl der betreuten SAP-Anwenderinnen und -Anwender des Personalamtes, des Senatsamtes für die Gleichstellung und des Staatsarchives	42	45 ¹⁰	40	43
Produkt P 6: Pflege der Beziehungen zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften				
<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Staatskirchenrechtliche Genehmigungen, Vermittlungen, Beratungen	90	90	120 ¹¹	86
Produkt P 7: Allgemeine Rechtsangelegenheiten				
Gerichts- und Verwaltungsverfahren, Rechtsberatungen	55	60	60	64

Produktgruppe 2 – Protokoll

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1 Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Förderung und Pflege inländischer und auswärtiger Beziehungen sowie Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der protokollarischen Notwendigkeit entsprechenden Repräsentanz des Senats bei Senatsverpflichtungen
<i>Produkte</i>
P 1 Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats <ul style="list-style-type: none"> • Staatsbesuche, Besuche des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, von Regierungsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern sowie Repräsentanten nationaler und internationaler Organisationen • Matthiae Mahlzeit, Konsularempfang und andere Senatsveranstaltungen • Botschafterbesuche und Betreuung der Konsulate in Hamburg • Reisen des Ersten Bürgermeisters und von Senatsdelegationen ins Ausland • Beteiligung des Senats an nationalen und internationalen Kongressen/Tagungen in Hamburg
P 2 Auszeichnungen, Ehrungen, Glückwünsche und Kondolenzbezeugungen <ul style="list-style-type: none"> • Hamburgische Ehrungen, Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, ausländische Ordensangelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	45	50	50	60
• Betriebseinnahmen	45	50	50	60
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.984	3.027	3.021	3.265
• Personalausgaben	2.972	2.010	2.004	2.024
• Sach- und Fachausgaben gesamt	1.012	1.017	1.017	1.241
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

⁹ Übergang der Personalverwaltung der Senatsämter von der Senatskanzlei auf das Personalamt.

¹⁰ Bis zur Einführung von SAP/R3 in der Justizbehörde Betreuung von 3 SAP-Anwenderinnen und -Anwendern, die durch die Verlagerung der Vereins- und Stiftungsangelegenheiten in die Justizbehörde gewechselt sind.

¹¹ Erhöhung aufgrund des Dt. Katholikentages 2000 in Hamburg.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	572	389	397	403
• Innerbehördlich	528	359	367	373
• Überbehördlich (1,5%)	44	30	30	30

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
Tagungen und Veranstaltungen aller Behörden der FHH (435 Tsd. EUR Titel 686.05) Verfüungsmittel des Senats (470 Tsd. EUR Titel 529.01)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	35,53	51,73	51,34	51,34

Produkt P 1: Auswärtiges, Veranstaltungen und Besuchsprogramme des Senats				
<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Sonstige Gästegruppen und Besuche (ausländische Botschafter und Konsulatsleiter)	143	142	42	69
Auslandsreisen des Ersten Bürgermeisters	4	2	4	3
Senatsveranstaltungen	800	762	743	665
Davon mit Essen	242	231	199	178
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Senatsveranstaltungen	66.267	63.112	63.466	66.602
Veranstaltungen und Übernachtungen im Gästehaus	42	40	74	134
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Rathausführungen	87.744	83.566	68.607	68.575
Zahl der betreuten Konsulate	95	96	96	96
Produkt P 2: Auszeichnungen, Ehrungen usw.				
Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland	34	8	14	18
Hamburgische Auszeichnungen	335	327	289	343
Ausländische Orden	8	9	9	9
Alters- und Ehejubiläen	4.142	3.947	4.095	4.064

Produktgruppe 3 – Auswärtige Angelegenheiten

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1 Förderung und Pflege inländischer und auswärtiger Beziehungen
Z 2 Interessenvertretung Hamburgs in europapolitischen Angelegenheiten
P 1 Städtepartnerschaften (8) mit Chicago, Dresden, Léon, Marseille, Prag, Osaka, Shanghai und St. Petersburg
P 2 Entwicklungszusammenarbeit, Maßnahmen der Ostseekooperation <ul style="list-style-type: none"> • Koordinierung der hamburgischen Ostseepolitik
P 3 Europa-Politik des Senats <ul style="list-style-type: none"> • Föderale Mitwirkung an der Europapolitik • Vertretung der Interessen Hamburgs durch das Hanse-Office in Brüssel • europabezogene Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Europawoche)
P 4 Kontaktpflege zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs und ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

**Produktbereich
Senatskanzlei**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	13
• Betriebseinnahmen	-	-	-	13
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.923	3.398	3.402	3.491
• Personalausgaben ¹²	1.621	1.096	1.093	1.104
• Sach- und Fachausgaben gesamt	2.302	2.302	2.309	2.387
- Zuwendungen	1.199	1.209	1.214	1.215
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	312	212	216	220
• Innerbehördlich	288	196	200	203
• Überbehördlich (1,5%)	24	16	16	17

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (502 Tsd. EUR Titel 681.03)
Städtepartnerschaften (522 Tsd. EUR Titel 547.01)
Europapolitische Interessenvertretung (479 Tsd. EUR Titel 632.01)
Maßnahmen der Ostseekooperation (375 Tsd. EUR Titel 541.80)
Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (332 Tsd. EUR Titel 534.03)

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	16,50 ¹³	-	-	-

Produkt P 1: Städtepartnerschaften				
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Schüler- und Studentenaustausch	656	770	787	507
Projekte (Experten-Austausch, kulturelle Ereignisse, Begegnungen etc.)	60	80	112	60
Besuche aus Partnerstädten	57	20	23	30
Produkt P 2: Entwicklungspolitik, Maßnahmen der Ostseekooperation				
<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
<i>Entwicklungspolitik</i>				
Projekte und Maßnahmen im Ausland ¹⁴	40	40	40	38
Stipendien	25	25	25	25
Maßnahmen zur Bildung und Öffentlichkeitsarbeit	45	45	45	47
Institutionelle Förderung	3	3	3	3
Beratung und Koordinierung innerhalb und außerhalb der Verwaltung	800	800	800	800
<i>Maßnahmen der Ostseekooperation</i>				
Projekte und Einzelmaßnahmen	30	9	9	12
Stipendien	55	55	55	51

¹² Ohne Personalkosten für die rollierenden Referentinnen und Referenten im Hanse-Office.

¹³ Die PG Auswärtige Angelegenheiten und die PG Protokoll erscheinen erstmalig getrennt im Haushaltsplanentwurf 2004, weswegen zur Anzahl der Stellen in den Vorjahren keine Angaben gemacht werden.

¹⁴ Ab 2002 einschließlich Humanitäre Hilfe.

Gremien der Ostseekooperation	20	25	13	23
Beratung, Koordinierung, Veranstaltung	2.868	1.926	1.926	2.868
Produkt P 3: Europa-Politik des Senats				
<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Veranstaltungen	12	15	15	-
<i>Sitzungsvorbereitungen:</i>				
Ausschuss der Regionen (Plenum und Fachkommissionen)	11	15	10	15
Europaminister (Konferenzen und Arbeitsgruppen)	22	19	25	12
Europaausschuss der Bürgerschaft (1999 erstmals)	11	5	9	9
<i>Hanse-Office:</i>				
betreute Besucherinnen und Besucher	2.310	2.989	5.400 ¹⁵	-
Veranstaltungen	69	45	60	-

Produkt P 4: Kontaktpflege zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern				
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für jüdische ehemalige Bürgerinnen und Bürger	68	134	118	158
Gesamtzahl der betreuten jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürger	1.835	1.881	1.945	1.805
<i>Kennzahlen</i>	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	75	75	73	53

Produktgruppe 4 – Planung, Grundsatz, Koordinierung

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1 Unterstützung des Senats und dessen Präsidenten bei der Konzeption, Steuerung und Koordination der Regierungsarbeit	
<i>Produkte</i>	
P 1 Planungs- und Grundsatzarbeiten einschließlich des Projekts „Wachsende Stadt“	
P 2 Konzeption und Controlling des Regierungsprogramms	
P 3 Ressourcensteuerung der Neuen Investitionen	
P 4 Assistenzleistungen für den Senat und Leitungsunterstützung für den Ersten Bürgermeister	
P 5 Medienrecht und Medienpolitik	
P 6 Koordination von Bundes- und Länderangelegenheiten	

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.850	6.942	1.906	1.945
• Personalausgaben	2.790	1.887	1.881	1.900
• Sach- und Fachausgaben gesamt	60	55	25	45
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	5.000	5.000	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

¹⁵ Das Ergebnis entspricht der Gesamtbesucherzahl.

**Produktbereich
Senatskanzlei**

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	538	365	373	379
• Innerbehördlich	496	337	345	350
• Überbehördlich (1,5%)	42	28	28	29

<i>Ausgabenschwerpunkte</i> Innovationsfonds Wachsende Stadt 5.000 Tsd. EUR Titel 971.01

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	35	30	26	26

Produktgruppe 5 – Öffentlichkeitsarbeit des Senats

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i> Z 1 Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Arbeit von Senat und Verwaltung
<i>Produkte</i> P 1 Medieninformation P 2 Information der weiteren Öffentlichkeit P 3 Informationsservice für Senat und Behörden P 4 Internet-Seitenpflege und Koordination der Behördenauftritte

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	31
• Betriebseinnahmen	-	-	-	31
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.856	1.365	1.362	1.382
• Personalausgaben	1.528	1.037	1.034	1.034
• Sach- und Fachausgaben gesamt	328	328	328	348
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	295	201	205	206
• Innerbehördlich	272	185	189	190
• Überbehördlich (1,5%)	23	16	16	16

<i>Ausgabenschwerpunkte</i> Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Ausstellungen), 171 Tsd. EUR Titel 531.62
--

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	17,71	16,71	16,71	16,71
<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Tägliche Pressespiegel	249	502	502	504
Ausgabe der Täglichen Pressemeldungen	1.251	251	251	254
Wochendienst	49	51	51	51
Koordinierung und fachliche Beratung der Pressestellen der Behörden (Referentenrunden)	45	43	48	49
Berichte und Dokumente	2	4	4	2

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Terminmeldungen	721	811	811	560
Pressekonferenzen	90	102	102	100
Betreuung auswärtiger Journalistinnen und Journalisten (Gruppen)	-	-	-	6
Pressemäßige Betreuung von Rathausterminen	120	340	242	235
Plakataktionen	4	1	1	3
Internet-Meldungen	1.250	900	800	400
Internet-Dokumente	450	450	400	200
Internet-Dokumente besonderen Umfangs	40	40	35	20
Ausstellungen				
Eigene Ausstellungen	1	3	3	3
Fremde Ausstellungen	9	7	7	10

Produktgruppe 6 – Vertretung Hamburgs beim Bund

Kapitel 1100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1 Optimierung der Berücksichtigung Hamburger Interessen an der Bundesgesetzgebung
Z 2 Maximierung von Bundeszuschüssen für Hamburger Projekte
Z 3 Interessenwahrnehmung für Hamburger Unternehmen.
<i>Produkte</i>
P 1 Beteiligung an der Bundesgesetzgebung, Einbringung Hamburger Interessen in die Bundespolitik
P 2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für den Standort Hamburg (Wirtschaftsstandort, Medien- und Kulturstadt)
P 3 Pflege der Beziehungen zwischen dem Senat und der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages, dem diplomatischen Corps und in Bonn ansässigen Verbänden und Organisationen
P 4 Verwaltungsservice (vor Ort)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	268	18	18	323
• Betriebseinnahmen	268	18	18	323
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.903	1.929	1.938	2.462
• Personalausgaben	1.965	1.328	1.328	1.435
• Sach- und Fachausgaben gesamt	938	601	610	1.027
- Zuwendungen	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	2.331	4.450

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Kalkulatorische Kosten gesamt in Tsd. Euro	46	46	46	46
• Raumkosten	46	46	46	46
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	378	256	263	286
• Innerbehördlich	349	237	243	264
• Überbehördlich (1,5%)	29	20	20	21

<i>Ausgabenschwerpunkte</i>
Durchführung von Eigen- und Fremdveranstaltungen (375 Tsd. EUR Titel 547.61)

**Produktbereich
Senatskanzlei**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen ¹⁶	24,50	25	25,5	25,55
<i>Vergleichskennzahlen</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Fremdveranstaltungen	123	144	37	110
Eigenveranstaltungen	153	162	89	131
Veranstaltungen unter 50 Teilnehmern	195	204	98	177
Veranstaltungen 50 Teilnehmer und mehr	81	102	28	64
Übernachtungen in Gästezimmern	1.114	797	1.350	976
Übernachtungen pro Gästezimmer	159	129	100	89

¹⁶ Ohne Stellen rollierende Referentinnen und Referenten.

Erläuterungen zum Kapitel 1100 – Senat

1. Zuwendungen

Die Senatskanzlei vergibt Zuwendungen zur Förderung:

- **entwicklungspolitischer Maßnahmen**
Das Ziel sind hierbei Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um im Globalisierungsprozess positive Entwicklungen zu stärken und negative Effekte für Menschen in Entwicklungsländern zu reduzieren.
- **der Städtepartnerschaften**
Mittel im Rahmen von Städtepartnerschaften sollen helfen, die Beziehungen Hamburgs zu seinen Partnerstädten einschließlich direkter Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Dabei soll der Gedanke der internationalen Verständigung, Zusammenarbeit und des friedlichen Interessenausgleichs gestärkt werden.
- **Von Maßnahmen der Ostseepolitik**
Die Fördermittel werden für Maßnahmen im Rahmen der dynamischen ostseepolitischen Konzeption eingesetzt. Oberziel ist die Positionierung Hamburgs im Ostseeraum. Das Zukunftspotential des Ostseeraums soll für Hamburg erschlossen und die Drehscheibenfunktion der Stadt mit ihren Institutionen gestärkt werden.
- **der europapolitischen Interessenvertretung**
Im Zuge des fortschreitenden Zusammenwachsens Europas sollen Bürgerinnen und Bürger in Hamburg durch Veranstaltungen, Besuchsprogramme zu europäischen Institutionen, Seminare, Publikationen etc. über Fragen der europäischen Integration informiert und für den Europagedanken geworben werden.
- **von Maßnahmen zur Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs**
Vorrangig gilt es, junge Menschen unterschiedlicher Kultur und Religionsgemeinschaften zu gegenseitiger Akzeptanz hin zu führen und ihnen möglichst über persönliche Begegnungen mit Zeitzeugen gelebte Geschichte zu verdeutlichen.
- **von Tagungen und sonstigen Veranstaltungen**
Mit dem Zusammenwachsen europäischer Räume, der weltweiten Verflechtung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, dem Wettbewerb der Standorte um Investitionen und Arbeitsplätze ist die Pflege der internationalen, nationalen und auch regionalen Beziehungen sowie ein akzentuierter Wissens- und Erfahrungstransfer notwendig. Neben der wirksamen Präsentation des Standortes im In- und Ausland ist die Durchführung von Kongressen und Tagungen ein wichtiges Instrument, um für Hamburg relevante Erkenntnisse über neue Entwicklungen, Trends und Modellvorhaben in wichtigen Politikfeldern zu erschließen, die für eine moderne, zukunftsorientierter Gestaltung der Stadt unverzichtbar sind.
- **Aufgrund bürgerschaftlichen Ersuchens werden dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V. seit 2001 Zuwendungen zur Organisation und Durchführung von Besuchsprogrammen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gewährt. Hiermit soll ein kleiner Beitrag zur Wiedergutmachung des schweren Unrechts, das den Millionen Menschen, die während des zweiten Weltkrieges Zwangsarbeit leisten mussten, zugefügt wurde, geleistet werden.**

Im Übrigen wird auf die Anlagen 3.1 und 3.2 verwiesen.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind geprägt durch:

- Eintrittsgelder für die Besichtigung des Rathauses und für die Besteigung des Leuchtturmes auf der Insel Neuwerk (1100.111.01),
- Zuschuss des Bundes zu den Kosten der Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe (1100.231.02) und
- Einnahmen aus Veranstaltungen der Vertretung Hamburgs beim Bund (1100.281.61).
- Beteiligung der EU an europapolitischen Maßnahmen (1100.272.01)

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Kapitel 1100

Sach- und Fachausgaben

- 519.01 Mehr (179 Tsd. EUR) zur teilweisen Anpassung des Ansatzes an die Richtsatzveranschlagung für Bauunterhaltung; Deckung des Mehrbedarfes aus 686.05.
- 541.80 Erhöhung um 100 Tsd. EUR bei gleichzeitiger Absenkung bei 681.03 wegen Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte.
- 547.61 Der Ansatz erhöht sich um die bei 281.61 veranschlagten zweckgebundenen Einnahmen.

Sonstige Betriebsausgaben

- 971.01 - Innovationsfonds Wachsende Stadt -

Der Innovationsfonds dient der Förderung von Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums und der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs. Die Bereitstellung von Mitteln an zentraler Stelle ist notwendig, um sie kurzfristig und flexibel für Projekte zur Verfügung zu stellen, die unmittelbar dazu beitragen, Entwicklungen im Rahmen des Leitbildes Wachsende Stadt zu beschleunigen. In 2004 sind wie im Vorjahr 5 Tsd. Mio. Euro veranschlagt. In 2005 soll der Fonds ebenso mit 5 Mio. Euro ausgestattet werden.

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Das Personalamt nimmt zentral unmittelbar für den Senat Aufgaben wahr, die im Bereich des Personalwesens von grundsätzlicher und übergeordneter Bedeutung sind und erbringt zentrale Dienstleistungen. Zugleich ist es oberste Dienstbehörde im Sinne des Dienst- und Disziplinarrechts sowie Sozialpartner im Sinne des Tarifrechts. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Einheitlichkeit, der Rechts- oder Verfahrenssicherheit und der Wirtschaftlichkeit sowie zum Teil wegen ihres steuernden Charakters zentral wahrgenommen. Zur personalpolitischen Flankierung aufgabenkritischer Prozesse ist beim Personalamt das zunächst auf drei Jahre befristete „Projekt Interner Arbeitsmarkt“ (PIA) eingerichtet worden. Das Projekt handelt als interne Beratungs- und Vermittlungseinrichtung und steht sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch den Behörden und Ämtern zur Verfügung. Es ist Ansprechpartner für alle Fragen der strukturellen und individuellen Mobilität.

Das Personalamt bereitet für den Senat Entscheidungen zur Anwendung und Fortentwicklung des öffentlichen Dienst- und Tarifrechts vor und stellt die einheitliche Anwendung sicher. Schwerpunkte sind dabei die inhaltliche Gestaltung von hamburgischen Gesetz- und Verordnungsentwürfen unter Berücksichtigung zeitgemäßer Entwicklungen und Anforderungen, die Gestaltung des Tarifrechts durch den Abschluss von Tarifverträgen und die Teilnahme an Tarifverhandlungen. Zu den Aufgaben des Personalamtes gehört auch die Bewertung und Vorlage von Entscheidungsvorschlägen zu bundesrechtlichen Vorhaben sowie die „kundenorientierte Aufbereitung“ bestehender Rechtsvorschriften und Problemlagen für deren Anwendung und Bewältigung in den Behörden.

Das Personalamt entwickelt – in steter Diskussion und einem institutionalisierten Erfahrungsaustausch mit den Behörden und Ämtern – für die hamburgische Verwaltung zeitgemäße personalpolitische und personalwirtschaftliche Konzepte und Instrumente. Es schafft Rahmenbedingungen für ein einheitliches, eigenverantwortliches Handeln der personalpolitisch Verantwortlichen dieser Stadt. Diese Ansätze und Konzepte werden darauf ausgerichtet, das Wissen, die Handlungs- und Führungskompetenz der Beschäftigten zu fördern und zu stärken. Der Personalentwicklung kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu. Inhaltliche Schwerpunkte sind vor allem die Etablierung von Auswahl- und Entwicklungsassessments, deren Flankierung durch ein neues Beurteilungswesen sowie Mentoring, Coaching- und Netzwerkangebote und die inhaltliche Weiterführung der zentralen (Führungs-) Fortbildung. Das gesamte Handeln des Personalamtes ist ausgerichtet am Ansatz eines ganzheitlichen Personalmanagements.

Durch seinen Personalärztlichen Dienst führt das Personalamt Untersuchungen und Begutachtungen nach dem Dienstrecht durch; durch seinen Arbeitsmedizinischen Dienst erfolgt die Betreuung der Beschäftigten der hamburgischen Verwaltung gemäß den Bestimmungen des Arbeitssicherheitsgesetzes sowie die Beratung in allen Fragen des betrieblichen Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung.

Mit der zentralen Ausbildung des Verwaltungsnachwuchses im Bereich des allgemeinen Verwaltungsdienstes an der Verwaltungsschule (für den mittleren Dienst) und an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (für den gehobenen Dienst) und mit der Auswahl und Einstellung der Nachwuchskräfte des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes sowie mit dem Justitiariat nimmt das Personalamt weitere Aufgaben für den gesamten Öffentlichen Dienst der FHH wahr.

Für das Personalamt selbst werden das Personal- und luK-Controlling in der Abteilung Service und Steuerung wahrgenommen. Dort erfolgt auch die Steuerung des Sach- und Fachhaushalts mit Hilfe der zentralen Verfahren der Finanzbehörde.

Dem zum 01.01.2004 neu geschaffenen Landesbetrieb „Zentrale Personaldienste“ (ZPD) obliegen folgende zentrale Personaldienstleistungen als Pflichtaufgaben: Gesamtverantwortung für die Verfahren zur Abrechnung und Zahlung der Bezüge, Unterstützung der Behörden und selbstständigen Organisationseinheiten in übergreifenden Angelegenheiten der Personalverwaltung, Personalverwaltung für Versorgungsberechtigte (incl. Bezügeabrechnung), Versorgungsberatung, Beihilfe, Familienkasse für den öffentlichen Bereich, Personalberichte und -kostenanalysen sowie die Entwicklung eines Personalportals im Rahmen der Umsetzung der E-Government-Strategie des Senats. Dieses erfolgt insbesondere durch die Bereitstellung von luK-Verfahren für die dezentrale Personalverwaltung und zentrale Bezügeabrechnung sowie die laufende Durchführung aller Abrechnungsprozesse für die Beschäftigten der FHH, Kundenbetreuung und Weiterentwicklung der luK-Verfahren in enger Zusammenarbeit mit luK-Dienstleistern sowie externen Softwareherstellern. Darüber hinaus werden den Behörden eine Reihe von weiteren Angeboten unterbreitet wie z.B. dezentrale Personalberichtsdatenbanken, Schulungsveranstaltungen für Personalsachbearbeiter und -controller, Organisations- und Technikberatung.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Das Personalamt erzielt **Einnahmen**, weil verselbstständigte ehemalige Verwaltungsbereiche und Dritte – das sind Einrichtungen der Stadt wie Landesbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts, Vereine etc. – gegen Kostenerstattung auch die Dienstleistungen insbesondere des Arbeitsmedizinischen Dienstes in Anspruch nehmen. Die Einnahmen sind niedriger veranschlagt, weil der Anteil der Zentralen Personaldienste ab 2004 im Wirtschaftsplan der ZPD ausgewiesen wird.

Die Aufgabenstellung des Personalamts bringt es mit sich, dass es sich bei seinen **Ausgaben** weit überwiegend um Personalkosten handelt. Die Sach- und Fachausgaben beschränken sich im Wesentlichen auf die Deckung der für den Geschäftsgang erforderlichen sächlichen Ressourcen, die für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Diensträume und der IuK-Ausstattung erforderlichen Mittel sowie die Finanzierung der zentralen Aus- und Fortbildung.

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			
				in %
Einnahmen ¹	1.110	2.125	- 1.015	- 47,8
davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	1.110	2.125	- 1.015	- 47,8
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)				
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)				
Ausgaben	55.939	54.850	+ 1.089	+ 2,0
Davon:				
Personalausgaben inkl. KRV ² ,	31.284	43.166	- 11.882	- 27,5
davon				
• Beschäftigte des Personalamts (inkl. KRV) ²	16.571	30.033	- 13.462	- 44,8
• Nachwuchs mittlerer u. gehobener Dienst	6.171	6.119	+ 52	+ 0,8
• Nachwuchs höherer Dienst	1.805	1.765	+ 40	+ 2,3
• Budget Schwerbehindertenprogramm	4.949	4.774	+ 175	+ 3,7
• Budget prüfungsgebundener Aufstieg	452	449	+ 3	+ 0,7
• Budget PIA / Mobilitätsförderung	1.310	0 ³	+ 1.310	-
• Aufwandsentschädigungen u.a.	26	26	0	0
Sach- und Fachausgaben ²	5.100	11.579	-6.479	- 56,0
Sonstige Betriebsausgaben ²	19.448	0	+ 19.448	-
Investitionen	107	105	+ 2	+ 1,9

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1140
Personalausgaben	36,1	55,9
Sach- und Fachausgaben, Sonst. Betriebsausgaben	42,0	43,9
Investitionen	10,2	0,2

Die nachstehenden **Investitionsrestevolumina** der Vorjahre entstanden durch die zeitlich verschobene Realisierung verschiedener IuK-Maßnahmen bei den Zentralen Personaldiensten und den Ärztlichen Diensten. Durch den Abschluss verschiedener Maßnahmen (Umstellung Versorgung, Ersatz der Fachanwendungen bei AMD und PÄD) haben sich diese Reste deutlich reduziert.

2002				2001			
Gesamtsoll ⁴	Ist	auf 2003 übertragene Reste		Gesamtsoll ⁴	Ist	auf 2002 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
1.187	908	278	23,5	851	485	366	43,0

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das Personalamt ist als ein Produktbereich organisiert, vgl. das nachfolgende Schaubild. Die Organisation wird laufend produktorientiert nachgesteuert, wobei die aus anderen Gründen eigenständig organisierten Bereiche Verwaltungsschule

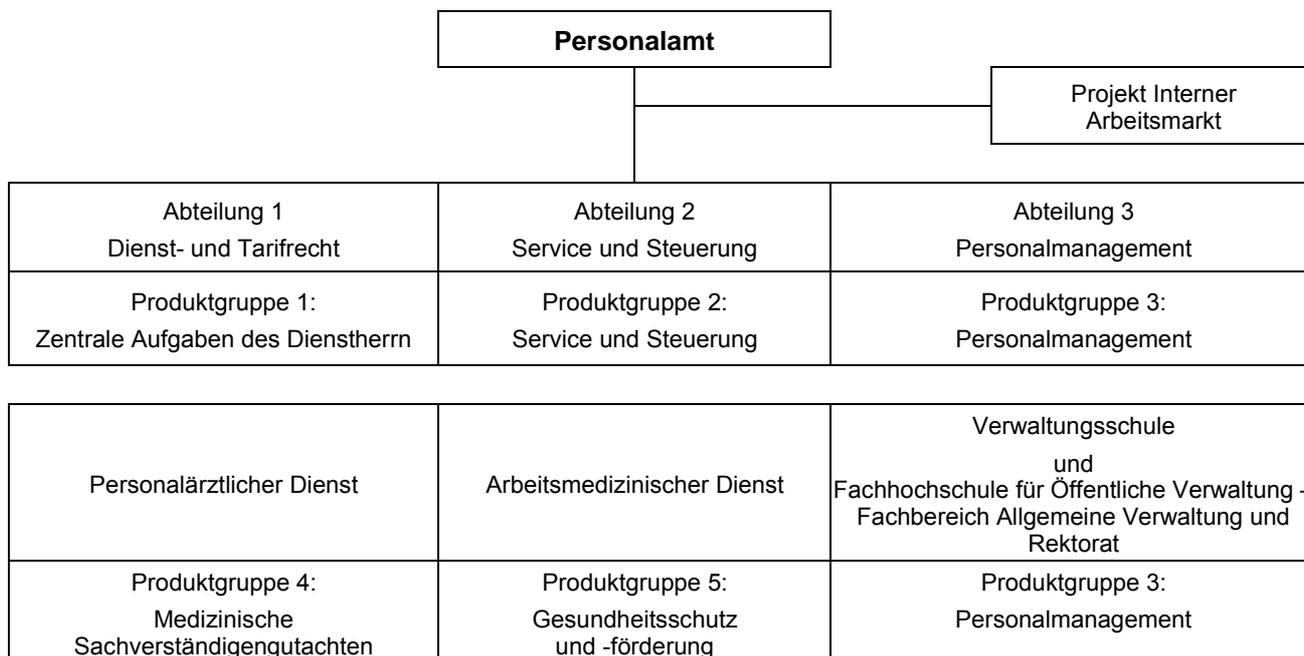
¹ Die Einnahmen umfassen für 2003 das Personalamt mit den Zentralen Personaldiensten (ZPD), für 2004 ohne die ZPD (ab 01.01.2004 Landesbetrieb, vgl. Wirtschaftsplan).

² Die Senkung der Personalausgaben (insgesamt sowie für die Beschäftigten des Personalamtes) sowie die Senkung der Sach- und Fachausgaben ergibt sich aus der Bildung des Landesbetriebs und korrespondiert mit der Steigerung der Sonstigen Betriebsausgaben, die die Zuschüsse bzw. Zuweisungen an den Landesbetrieb (s. Wirtschaftsplan) umfassen

³ Mittel werden bedarfsgerecht aus zentralen Titeln der FB bereitgestellt

⁴ Ansatz zuzüglich übertragener Mittel aus dem IuK-Globalfonds und Resten aus Vorjahren, abzüglich Vorgriffe.

und Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung der Produktgruppe 3 zugeordnet sind. Die Umwandlung der Abteilung Zentrale Personaldienste (ZPD) in einen Landesbetrieb führt zum Wegfall der bisherigen Produktgruppe 4. Das zeitlich befristete eingerichtete Projekt PIA ist direkt bei der Leitung angesiedelt und keiner Produktgruppe zugeordnet.



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Der KRD des Personalamts (rund 13 Mio. EUR) setzt sich aus den Personalausgaben der Beschäftigten des Personalamts sowie den Aufwandsentschädigungen für die Einigungsstellen in Verfahren nach dem Hamburgischen Personalvertretungsgesetz und der Beisitzerinnen und Beisitzer in den Ausschüssen nach dem Berufsbildungsgesetz zusammen. Bereits zum Haushalt 2003 wurden die Personalausgaben der Nachwuchskräfte für den mittleren, gehobenen und höheren allgemeinen Verwaltungsdienst in eigenen Titelgruppen ausgewiesen; auch die Sonderbudgets für das Programm zur zusätzlichen Beschäftigung von Schwerbehinderten in den Hamburger Behörden und für Teilnehmerinnen und Teilnehmer am prüfungsgebundenen Aufstieg am Fachbereich Allgemeine Verwaltung der FHÖV sind nicht mehr im KRD enthalten.

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Kapitels 1140 basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für den Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003 / 2004, für den Beamten- und Versorgungsbereich sowie den Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tariffrecht
- Berücksichtigung der vollen Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
 - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003;
- IuK-bedingte Einsparungen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (Einsparungsrate 2004 für Intendanzbereiche, Arbeitszeitverlängerung).

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91)
 sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen

nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts. Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004.

KRV

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRK bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr- / Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frührenten berücksichtigen. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v.H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titellendnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRK hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitelebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe. Die erforderlichen Stellenverlagerungen aufgrund der Bildung des Landesbetriebs Zentrale Personaldienste können im Stellenplanverfahren derzeit noch nicht berücksichtigt werden, daher ist der Stellenplan des neu geschaffenen Landesbetriebs Zentrale Personaldienste noch nicht gesondert im Wirtschaftsplan (rosa Seiten) abgedruckt. Neben der u.g. Aufteilung können weitere Stellenbereinigungen erforderlich werden.

Stellenplanentwurf 2004 (einschl. Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO)

Kapitel	Stellenzahl 2004 ⁵	Neue Stellen 2004 ⁶		Stellenhebungen 2004		
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.
1140 Personalamt	951,23 ⁷	4	253,8			
Wirtschaftsplan Zentrale Personaldienste	311	2	123,7			

⁵ Stellenbestand nach den Ist-Zahlen der dezentralen Stellenplanverfahren nach dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe

⁶ wie vom Senat beantragt (neue Stellen für die Disziplinarrechtsnovelle sowie das Projekt Personalportal)

⁷ Inklusive Nachwuchskräfte, sonstigem Personalbedarf sowie den Stellen für PIA / Mobilitätsförderung

Stellenumwandlungen 2004

Stellenumwandlungen				
Kapitel	Anzahl	Begründung	Beamte in Angestellte	Angestellte in Beamte
Wirtschaftsplan Zentrale Personaldienste	1	Personalwirtschaftliche Maßnahme		1

5. Kontenrahmen Sachausgaben (KRS)

Der Kontenrahmen Sachausgaben (KRS) des Personalamts wurde mit dem Haushaltsplan 2001 durch die Einführung von Titelgruppen (Sachmittelbudgets der Produktgruppen) abgelöst. Dadurch ist ein weiterer Schritt zur Modernisierung (AKV-Prinzip, NSM) und zur Verselbständigung der Produktgruppen realisiert worden. Um Zuordnungsfehler und Ungenauigkeiten bei der Ansatzermittlung unterjährig berichtigen zu können, ist für eine Übergangszeit die Deckungsfähigkeit zwischen den Titelgruppen in Artikel 3, Nr. 8 des Haushaltsbeschlusses eingerichtet worden.

6. Deckungskreise

Im Einzelplan 1.1 ist für das Personalamt der Deckungskreis 03 – Hochbauinvestitionen – relevant. Eine Übersicht der dazugehörigen Titel befindet sich in der Anlage 4 zum Zahlenwerk.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zum Personalamt gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis der Einrichtung ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand	Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt
In Tsd. EUR		
Zentrale Personaldienste (ZPD)	21.653	- 20.886

Wirtschaftsplan, Lagebericht und Erläuterungen befinden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Produktgruppen und die Organisationseinheiten des Personalamtes werden laufend aufeinander abgestimmt und entsprechen sich weitgehend. Die Umwandlung der bisherigen Abteilung Zentrale Personaldienste (ZPD) in einen Landesbetrieb führt zum Wegfall der bisherigen Produktgruppe 4.

Die Kennzahlen werden ferner auf ihre Steuerungsrelevanz hin geprüft. Die beibehaltenen, eher statistischen Kennzahlen beziehen sich auf die ministeriellen Bereiche und vermitteln dort zusätzliche Informationen zu den erstellten Produkten und Leistungen.

Die Gesamtzahlen des Produktbereichs im Überblick:

Plan 2004 in Tsd. EUR	Gesamt- einnahmen	Personalaus- gaben ⁸	Personalaus- gaben (KRV)	Sach- und Fach- ausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
Gesamtbetrag Kapitel 1140	1.110	21.359	2.944	24.548	107	48.958
Davon entfallen auf:						
Produktgruppe 1	0	2.346	516	755	0	3.617
Produktgruppe 2	9	1.848	406	498	5	2.757
Produktgruppe 3	16	12.544	1.005	2.637	0	16.186
Produktgruppe 4	12	1.476	325	442	14	2.257
Produktgruppe 5	1.073	3.145	692	768	0	4.605
Wirtschaftsplan	-	-	-	19.448	88	19.536

⁸ KRZ zzgl. Ansätze für Nachwuchskräfte mittlerer / gehobener Dienst (Z70) bzw. höherer Dienst (Z71) abzgl. 244 Tsd. EUR aus Einsparungen bei den ZPD

9. (frei aus redaktionellen Gründen)

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004 in Tsd. EUR			
	Personalaus- gaben	Sach- und Fachausgaben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Leistungseinschränkung / -verzicht:				
Reduzierung der Zuwendungen:				
Verschlankeung der Verwaltung:				
• Arbeitszeitverlängerung	103			
• Reduzierung der Intendanzkosten	44			
Einnahmeerhöhung:				
Kapitel 1140	147			

Produktinformationen

Produktbereich: Personalamt

<i>Produktbereichskennzahlen</i> ¹	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	1.110	2.125	2.425	3.727	1.911
Personalausgaben in Tsd. EUR ²	31.284	43.166	38.839	38.301	37.184
• davon Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst	6.171	6.119	5.019	4.612	3.139
• davon Ausbildung höherer Dienst	1.805	1.765	1.565	1.672	1.607
• davon Sonderbudgets Schwerbehindertenprogramm / Aufstieg	5.401	5.223	5.217	5.062	5.076
• davon Sonderbudget PIA / Mobilitätsförderung	1.310	0 ³	0	0	0
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	5.100	11.579 ⁴	13.303	12.871	12.315
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR ⁵	19.448	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	107 ⁶	105 6	105 6	471	485
Stellen	951,23 ⁷	1.276,81 ⁸	1.295,81 ⁹	1.295,81 ⁹	1.325,84 ¹⁰
• davon Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst	641	641	641	641	641
• davon Ausbildung höherer Dienst	53	53	53	53	53
• davon Stellen ohne Nachwuchskräfte ¹¹	257,23	582,81	601,81	601,81	631,84
• davon Stellen PIA / Mobilitätsförderung ¹²	8,5	-	-	-	-

Ziele des Produktbereiches

- Ziel 1 Unterstützung des Senats als oberste Dienstbehörde in der Wahrnehmung seiner personalpolitischen, personalrechtlichen und personalwirtschaftlichen Gesamtverantwortung gegenüber allen Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Ziel 2 Umsetzung und Durchsetzung von Konzepten und Strategien von personalpolitischer Bedeutung.
- Ziel 3 Gestaltung effizienter und zukunftsorientierter Rahmenbedingungen des Personalwesens.
- Ziel 4 Erstellung ärztlicher Untersuchungen und Begutachtungen sowie Unterstützung beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung.

Produktgruppen – Überblick

- PG 0101 Zentrale Aufgaben des Dienstherrn
- PG 0102 Service und Steuerung
- PG 0103 Personalmanagement
- PG 0104 Medizinische Sachverständigengutachten
- PG 0105 Gesundheitsschutz- und Förderung

¹ Die Produktbereichskennzahlen für das Ergebnis 2002 / 2001 sowie den Plan 2003 / 2002 umfassen die Zentralen Personaldienste; im Plan 2004 ist der neue Landesbetrieb nicht enthalten !

² Incl. 26 Tsd. EUR Aufwandsentschädigungen (Titel 1140.412.01); Anstieg 2003 / 2004 wegen Einbeziehung KRV u. Sonderbudget PIA

³ Mittel werden bedarfsgerecht aus zentralen Titeln der FB bereitgestellt

⁴ Die Sach- und Fachausgaben reduzieren sich (trotz erhöhter Mietzahlungen aus Neuvermessung bzw. Veräußerung und Rückanmietung von Dienstgebäuden) wegen der Neu-Festlegung der Erstattungen an das LIT (671.56)

⁵ Zuschüsse bzw. Zuweisungen an den Landesbetrieb

⁶ Zzgl. der zentral bei der FB im LuK-Globalfonds veranschlagten Investitionen

⁷ Das Soll 2004 entspricht dem Stellenplandruck 2004, also dem Ist-Bestand Mai 2003

⁸ Das Soll 2003 entspricht dem Stellenplandruck 2003, also dem Ist-Bestand Mai 2002

⁹ Das Soll 2002 entspricht dem Stellenplandruck 2002, also dem Ist-Bestand Mai 2001

¹⁰ Das Ist 2001 entspricht dem Stellenplandruck 2001, also dem Ist-Bestand Mai 2000

¹¹ Einschließlich sonstigem Personalbedarf und Stellen für Teilnehmer am Aufstiegslehrgang

¹² Die Stellen für PIA / Mobilitätsförderung sind keiner Produktgruppe zugeordnet

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Entwicklung und Anpassung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Wahrung der Einheitlichkeit des Arbeitgebers und Dienstherrn FHH durch Gewährleistung der Umsetzung und einheitlichen Anwendung von Dienst-, Arbeits- und Tarifrecht einschließlich der Fürsorgebestimmungen und damit Sicherstellung der Gleichbehandlung der Beschäftigten. Maßgebliche Prägung der Zielverwirklichung durch ständigen Anschauungs-, Werte- und Normenwandel.

Produkte

- P 010101 Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger
- P 010102 Leitungsunterstützung (Stellungnahmen, Vorbereitung von Senatsentscheidungen)
- P 010103 Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten-, Wohnraumfürsorge)
- P 010104 Einzelfallentscheidungen (z.B. in Fällen grds. Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung)
- P 010105 Grundsatzkommentierungen
- P 010106 Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben)
- P 010107 Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen)

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen	-	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.617	3.182	2.438	2.988	2.640
• Personalausgaben (2003 / 2004: inkl. KRV)	2.862	2.470	1.918	2.261	2.005
• Sach- und Fachausgaben	755	712	570	727	635
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	18	50

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	43	37	29	34	30
• innerbehördlich	-	-	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	43	37	29	34	30

<i>Kennzahlen</i> ¹³	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Produkt 1: Rechtsgrundlagen für Bedienstete und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger			
Normsetzungsverfahren	42	61	64
• davon abgeschlossen	17	36	30
Zusammenarbeit überregionale Gremien (Anzahl der Sitzungen)	34	24	21
Produkt 2: Leitungsunterstützung			
Vorlagen für die Behördenleitung	147	157	126
Produkt 3: Fürsorgeleistungen (Schwerbehinderten-, Wohnraumfürsorge)			
Auf Schwerbehinderten-Programmstellen beschäftigte Schwerbehinderte im Jahresdurchschnitt ¹⁴	166	166	166
Besetzungsverfahren Schwerbehinderten-Programmstellen	3	3	2

¹³ Keine Angabe von Planwerten, da nicht steuerbar

¹⁴ Die Finanzierung der Personalausgaben zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst und zur Beschäftigung Schwerbehinderter aus Werkstätten für Behinderte erfolgt aus dem entsprechenden Sonderbudget des Personalamtes.

<i>Kennzahlen</i> ¹³	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Produkt 4: Einzelfallentscheidungen z. B. in Fällen grundsätzlicher Bedeutung und bei gesetzlicher Kompetenzregelung			
Disziplinarangelegenheiten	210	219	247
• davon abgeschlossen	99	101	128
Einzelfall- und Vorbehaltsentscheidungen	618	624	514
Produkt 5: Grundsatzkommentierungen			
Verwaltungsvorschriften	33	39	45
• davon abgeschlossen	19	28	

<i>Kennzahlen</i> ¹⁵	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000		
Produkt 6: Entscheidungshilfen (z.B. Stellungnahmen zu Anfragen anderer Behörden sowie zu Eingaben)					
Eingaben	14	17	32		
Produkt 7: Geschäftsstellenführung (Einigungsstellen)					
Einigungsstellenverfahren	56	52	60		
• Zahl der darin behandelten Einzelfälle	173	190	101		
Sonstige Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen ¹⁶	41	39	35	35	33

Produktgruppe 2: Service und Steuerung

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Ziel 1	Effektiver Ressourceneinsatz
Ziel 2	Einführung und Weiterentwicklung von Elementen des NSM (IuK-gestützte Prozessgestaltung, Kosten- und Leistungsrechnung, Kontraktmanagement).
Ziel 3	Gewährleistung einer den rechtlichen und organisatorischen Anforderungen gerecht werdenden Unterstützung der Beschäftigten im Personalamt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.
Ziel 4	Gewährleistung einer effektiven, den rechtlichen Anforderungen gerecht werdenden Personalsachbearbeitung für die Senatoren, Staatsräte und Bezirksamtsleiter sowie die Beschäftigten der Senatsämter, der Bürgerschaftskanzlei und der Hamburgischen Anstalt für neue Medien.
<i>Produkte</i>	
P 010201	Prozess- und Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Personal-, Sachmittel- und IuK-Budgets; Controlling und Qualitätsmanagement; Prozessoptimierung und Organisation; Personalplanung und -entwicklung).
P 010202	Infrastruktur (Betrieb der IuK-Infrastruktur und -Anwendungen; Telekommunikation; Geräte- und Materialverwaltung; Gebäudemanagement).
P 010203	Interne Dienstleistungen (Personalbetreuung, IuK-Benutzerbetreuung u. -Beratung; Erstellung von IuK-Technik und -Anwendungen einschl. Anwendungspflege; Bücherei und elektronische Informationsdienste, Postverteilung, Registratur, ServiceCenter; Rechnungswesen).
P 010204	Dienstleistungen insbesondere für die Senatsämter (Personalstelle) ¹⁷

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	9	9	9	15	15
• Betriebseinnahmen	9	9	9	15	15
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-

¹⁵ Keine Angabe von Planwerten, da nicht steuerbar

¹⁶ Inkl. 6,5 Stellen für die Leitung des Personalamts und den Personalrat bei den Senatsämtern, aber ohne 8,5 Stellen PIA / Mobilitätsförderung

¹⁷ Neues Produkt 010204 ab 2004 aufgrund der Übernahme der Personalstelle für die Senatsämter von der Senatskanzlei

**Produktbereich
Personalamt**

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.752	1.968	1.664	1.966	1.660
• Personalausgaben ¹⁸ (2003/2004: inkl. KRV)	2.254	1.563	1.344	1.502	1.315
• Sach- und Fachausgaben ¹⁸	498	405	363	464	345
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5	3	-	21	50

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	34	24	20	22	20
• Innerbehördlich	-	-	-	-	-
• Überbehördlich (1,5%)	34	24	20	22	20

<i>Kennzahlen</i> ¹⁹	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Produkt 1: Prozess- und Ressourcensteuerung					
Betriebsausgaben für das Produkt Prozess- und Ressourcensteuerung (geschätzt) in Tsd. EUR	629	583	561	644	539
Durchschnittliche Anzahl der Fortbildungstage pro Beschäftigten	2,76	3,26	2,73	2,40	2,2
Produkt 2: Infrastruktur					
Betriebsausgaben für das Produkt Infrastruktur (geschätzt) in Tsd. EUR	333	296	320	335	315
Produkt 3: Interne Dienstleistungen					
Betriebsausgaben für das Produkt Interne Dienstleistungen (geschätzt) in Tsd. EUR	930	800	783	937	765
Produkt 4: Dienstleistungen für die Senatsämter					
Betriebsausgaben für das Produkt Dienstleistungen für die Senatsämter (geschätzt) in Tsd. EUR	417	-	-	-	-
Standardkennzahlen					
Anzahl der (aktiv und passiv) Beschäftigten ²⁰	275	646	660	660	681
• nachrichtlich: Anzahl der aktiv Beschäftigten	242	565	579	585	600
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten in % ²²	11,58	5,28	5,63	6,20	5,49
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten ²¹ pro Beschäftigten in EUR, davon ²²	729	554	523	577	534
• Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR ²²	376	326	309	310	287
• Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR ²²	353	227	214	266	247
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Sonstige Kennzahlen					
Stellen	32,3	32,38	32,38	32,38	34,38

¹⁸ Steigerung Plan 2004 u.a. durch die Übernahme der Personalstelle für die Senatsämter

¹⁹ Die Betriebsausgaben der Produkte 1 bis 4 sind für alle Jahre ohne Versorgungskosten (KRV) gerechnet.

²⁰ Beschäftigtenzahl 2004 ohne den neuen Landesbetrieb Zentrale Personaldienste

²¹ Einbezogen sind die zentralen Personalbetreuungskosten einschl. der für die Beschäftigten des Personalamts in der Personalstelle der Senatskanzlei (ab 2004: in der Personalstelle für die Sentsämter im Personalamt) entstehenden Kosten

²² Die Steigerung im Plan 2004 resultiert v.a. aus dem Personalarückgang durch die Gründung des Landesbetriebs Zentrale Personaldienste

Produktgruppe 3: Personalmanagement

Kapitel 1140

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Die Produktgruppe leistet als Serviceeinrichtung für die Gesamtverwaltung die Gewinnung, Ausbildung und Entwicklung qualifizierten Personals im Funktionsbereich des allgemeinen Verwaltungsdienstes. Es werden nach den Bedürfnissen der hamburgischen Verwaltung personalpolitische und personalwirtschaftliche Konzepte für ein in die Zukunft gerichtetes Personalmanagement entwickelt. Die Einführung und Fortschreibung der Strategien wird durch die Zentrale Fortbildung, die Management- und Teamentwicklung sowie durch aktive Mobilitätsförderung sichergestellt. Als Assistenzeinheit des Senats werden in der Produktgruppe Aufgaben wahrgenommen, die von übergeordneter Bedeutung sind.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 010301 Konzeptionelles Personalmanagement, Personalentwicklung P 010302 Personalauswahl und -betreuung allgemeiner Verwaltungsdienst P 010303 Personalauswahl allgemeiner Verwaltungsdienst P 010304 Assistenzeleistungen für den Senat</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	16	16	16	67	77
• Betriebseinnahmen	16	16	16	67	77
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	16.186	16.233	13.459	13.165	11.434
• Personalausgaben	13.549	13.718	10.875	10.685	9.343
- davon für die Ausbildung mittlerer, gehobener und höherer Dienst	7.976	7.884	6.585	6.284	4.745
- davon für die Beschäftigten der Produktgruppe 3 (2003 / 2004: inkl. KRV)	5.573	5.834	4.290	4.401	4.598
• Sach- und Fachausgaben	2.637	2.515	2.584	2.480	2.091
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	24	-	123	38

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	203	206	153	160	140
• Innerbehördlich	-	-	-	-	-
• überbehördlich (1,5 %)	203	206	153	160	140

<i>Kennzahlen</i> ²³	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Produkt 1: Konzeptionelles Personalmanagement, Personalentwicklung					
Anzahl TN ²⁴ am Seminarangebot der Zentralen Fortbildung	4.000	4.000	4.276	3.874	4.115
- davon TN an Seminaren für Führungskräfte			425	652	668
- davon TN an Seminaren für alle Beschäftigten			1.850	2.173	2.307
- davon TN an gemeinsamen Basisveranstaltungen			69	94	132
- davon Unterstützung der dezentralen Fortbildung			529	349	-
Durchschnittliche Kosten der Seminare in EUR pro Seminartag und Teilnehmerin bzw. Teilnehmer	120	120	118	118	118
Durchschnittliche Auslastung der Seminare der Zentralen Fortbildung			80,6 %	87,4 %	89,8 %
Anzahl der TN an Abendkursen	360	360	415	392	356
Anzahl Einzelcoaching in Stunden			180	-	-
Anzahl Gruppencoaching in Tagen			146	-	-
TN an Qualifizierungskursen			150	150	175
Anzahl ausgeschriebener Stellen			1172	966	652

²³ Nur Angabe von ausgewählten Planwerten

²⁴ TN = Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

**Produktbereich
Personalamt**

<i>Kennzahlen</i> ²³	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Persönliche Beratungsgespräche im Rahmen des Mobilitätsprogramms			265	278	253
Erfolgreiche Vermittlungen des Mobilitätsbüros			68	77	108
Anzahl durchgeführter Auswahl-Assessment-Center			12	13	15
Anzahl durchgeführter Entwicklungs-Assessment-Center			-	1	1
Höhe der Kostenerstattung für Leistungen im Bereich des Personalmanagements in EUR			32.700	28.800	97.000
Produkt 2: Personalauswahl und -betreuung allgemeiner Verwaltungsdienst					
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst (einschl. berufspraktischer Ausbildung)			230	156	127
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im geh. allg. Verwaltungsdienst (einschl. praktischer Ausbildung)			240 ²⁵	185	144
Anzahl der betreuten Nachwuchskräfte im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst			32	32	35
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes			10,4	11,3	13,6
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes			11,7	12,0	14,8
Bewerbungen pro Einstellungen im Auswahlverfahren des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes			17,9	17,0	18,8
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst	58	116	116	77	56
Anzahl der Einstellungen auf Grundlage der Nachwuchsbedarfsplanung im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	52	104	104	74	44
Anzahl der Einstellungen im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst inkl. Wirtschaftsreferendariat)	21	21	17	16	10
Produkt 3: Personalauswahl allgemeiner Verwaltungsdienst					
Anzahl der Wirtschaftsreferendarinnen / -referendare			5,5	6,5	7
Durchschnittliche Kosten der zweijährigen Ausbildung im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst (Wirtschaftsreferendariat) in EUR			74.227	73.767	72.844
Durchschnittliche Anzahl Studierende an der FHÖV-Fachbereich Allgemeine Verwaltung (FB AV)			161	124	97
Durchschnittliche Anzahl Schülerinnen und Schüler an der Verwaltungsschule			78	52	44
Produkt 4: Assistenzleistungen für den Senat					
Anzahl erledigter Rechtsverfahren			407	616	621
• davon Widerspruchsverfahren			291	435	440
• davon öffentlich- und sozialrechtliche Gerichtsverfahren			90	163	159
• davon zivil- und arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren			26	18	22
Durchschnittliche Verfahrensdauer im Widerspruchsverfahren in Monaten			8	10	12
Anzahl Widersprüche pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter			75	90	90
Anzahl Gerichtsverfahren pro Bearbeiterin bzw. Bearbeiter			29	33	37

²⁵ Inkl. 36 Aufsteiger / Aufsteigerinnen

²¹ Nur Angabe von ausgewählten Planwerten

<i>Kennzahlen</i> ²³	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Anteil bestandskräftiger Bescheide im Widerspruchsverfahren			15 %	54 %	70 %
Durchschnittliche Höhe der Gebühren pro Widerspruchsbescheid in EUR			148	117	106
Anteil gewonnener Gerichtsverfahren			69 %	80 %	59 %
Anteil verlorener Gerichtsverfahren			8 %	3 %	10 %
Anteil der durch Vergleich o. Erledigung beendeten Gerichtsverfahren			23 %	15 %	30 %
Anzahl Ernennungen			7.638	9.334	7.773
Anzahl Abordnungen und Versetzungen			691	665	425
Sonstige Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	786,18	788,18	789,18	789,18	789,09
• davon: für Lehr- u. Verwaltungspersonal an der Verwaltungsschule u. der FHÖV - FB Allg. Verw. -	42,58	42,58	42,58	42,58	41,2
• davon: für Ausbildung (einschl. Aufstiegslehrgang)	704	704	704	704	704
• davon: für die Abteilung Personalmanagement	39,60	41,60	42,60	42,60	43,89

Produktgruppe 4: Medizinische Sachverständigengutachten

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Erstellung von ärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen im Rahmen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf Anforderung von Behörden und befugten Dienststellen.	
Entwicklung: Die Anzahl der Begutachtungen erwächst – seitens des Personalamts nicht steuerbar – aus den internen Gegebenheiten der anfordernden Behörden (Zahl der Neubesetzungen und der ggf. Ausscheidenden, Krankenstandshöhe, Eigenanträge der Bediensteten etc.). Bei allen Begutachtungen sind derzeit – speziell in den Vollzugslaufbahnen – stark ansteigende qualitative, nicht quantitative Anforderungen festzustellen. Dies korrespondiert zu dem generell gestiegenen dienstrechtlichen Handlungsbedarf der personalführenden Stellen.	
Gegenwärtig gewinnt die Begutachtung von Beamten und Arbeitnehmern auch deshalb an Gewicht, weil die medizinischen Gutachten des Personalärztlichen Dienstes zunehmend Grundlage für weit reichende, auch einschneidende verwaltungsrechtliche Entscheidungen sind.	
<i>Produkte</i>	
P 010401	Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung/Übernahme
P 010402	Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen
P 010403	Beratung der personalführenden Dienststellen

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	12	12	16	23	12
• Betriebseinnahmen	12	12	16	23	12
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.243	1.972	1.552	1.770	1.657
• Personalausgaben (2003 / 2004: inkl. KRV)	1.801	1.595	1.164	1.306	1.295
• Sach- und Fachausgaben	442	377	388	464	362
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	14	-	28	166	29

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	27	24	17	20	19
• Innerbehördlich	-	-	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	27	24	17	20	19

**Produktbereich
Personalamt**

<i>Kennzahlen</i> ²⁶	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Produkt 1: Medizinische Begutachtungen vor der Einstellung / Übernahme			
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen	3.470	3.117	3.408
Anzahl der Einstellungsuntersuchungen pro Internistin / Internist pro Jahr	868	779	682
Produkt 2: Medizinische Begutachtungen von Beschäftigten unter dienst-, beihilfe- oder versorgungsrechtlichen Fragestellungen			
Anzahl der Dienstfähigkeitsuntersuchungen	2.439	2.879	3.250
• internistische	398	817	1.033
• orthopädische	808	921	1.164
• neurologische	1.233	1.141	1.053
Anzahl der internistischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Internistin / Internist pro Jahr	114	204	207
Anzahl der orthopädischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Orthopädin / Orthopäde pro Jahr	539	461	582
Anzahl der neurologischen Dienstfähigkeitsuntersuchungen pro Neurologin / Neurologe pro Jahr	548	571	527

Sonstige Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	25,75	25,75	25,75	25,75	25,75

Produktgruppe 5: Gesundheitsschutz und -förderung

Kapitel 1140

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Unterstützung beim Arbeitsschutz und der Unfallverhütung in allen Fragen des Gesundheitsschutzes insbesondere durch arbeitsmedizinische Untersuchung und Beratung.
<i>Produkte</i>
P 010501 Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
P 010502 Arbeitsmedizinische Beratung in allen Fragen des betrieblichen Gesundheitsschutzes

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.073	1.128	1.157	1.500	651
• Betriebseinnahmen	1.073	1.128	1.157	1.500	651
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.605	4.269	3.680	3.556	3.298
• Personalausgaben (2003/2004: inkl. KRV)	3.837	3.600	3.024	3.030	2.922
• Sach- und Fachausgaben	768	669	656	526	376
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	78	50	143	15

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	58	54	45	45	44
• Innerbehördlich	-	-	-	-	-
• überbehördlich (1,5%)	58	54	45	45	44

²⁶ Keine Angabe von Planwerten, da nicht steuerbar

<i>Kennzahlen</i> ²⁷	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Produkt 1 Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen				
Anzahl der Untersuchungen (ohne Krankenhäuser des LBK)			71.926	79.500
Anteil der vor Ort erbrachten Bildschirmuntersuchungen			22,0 %	24,5 %
Sonstige Kennzahlen				
Anteil der dezentral vor Ort erbrachten Einsatzzeit			42,2 %	43,8 %
Anteil der gegen Kostenerstattung durch Dritte erbrachten Einsatzstunden			41,1 %	46,2 %

Sonstige Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001
Stellen	57,5	57,5	58,5	58,5	61,5

²⁷ Keine Angabe von Planwerten, da nicht steuerbar

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Als *Querschnittsverwaltung* hat das Staatsarchiv umfassende administrative Aufgaben wahrzunehmen. Diese Aufgaben ergeben sich aus dem Hamburgischen Archivgesetz vom 21. Januar 1991. Sie lassen sich den Begriffen *Verwaltungsreform*, *Kulturgutschutz*, *Datenschutz* und *Datenzugang* zuordnen. Das Staatsarchiv ist auch zuständig für die Grundsatzfragen der Schriftgutverwaltung und der Archivierung konventioneller und elektronischer Unterlagen. Der Status als Senatsamt ermöglicht es dem Staatsarchiv, seine Grundsatzaufgaben unmittelbar und ohne Reibungsverluste zu erfüllen.

Die Ausgestaltung dieser Aufgabenbereiche erfolgt als Beschreibung der Ziele des Produktbereichs Staatsarchiv.

Schwerpunkte der Arbeit sind

- die Mitwirkung an der Einführung elektronischer Systeme,
- die Entwicklung von Auswahlmodellen im Rahmen der historischen Überlieferungsbildung und
- die Erschließung der nicht oder nicht hinreichend erschlossenen Bestände nach Prioritäten.

Die zum 1. Januar 2003 vollzogene Organisationsreform ermöglicht eine effektivere und effizientere Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des seit 1993 um 25 % verringerten Personalbestandes. Die Konzentration der bisher auf vier Abteilungen verteilten operativen archivischen Aufgaben – mit Ausnahme der Bestandserhaltung – in einer Abteilung trägt wesentlich zur Rationalisierung bei. Auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenkritik sind Ziele festgelegt worden, aus denen sich die Prioritäten ergeben und deren Umsetzung zu einer Konzentration auf die Kernaufgaben führt.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
Einnahmen	26	30	- 4	13
Davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	26	30	- 4	-13
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	0	0	0	0
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	0	0	0	0
Ausgaben	4.244	4.164	+ 80	1,9
Davon:				
Personalausgaben	2.144	2.083	+ 58	2,8
Sach- und Fachausgaben	2.103	2.081	+ 22	1,1
Sonstige Betriebsausgaben	0	0	0	0
Investitionen	0	0	0	0

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2002 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1150
Personalausgaben	36,1	50,5
Sach- und Fachausgaben	42,0	49,5
Investitionen	10,2	

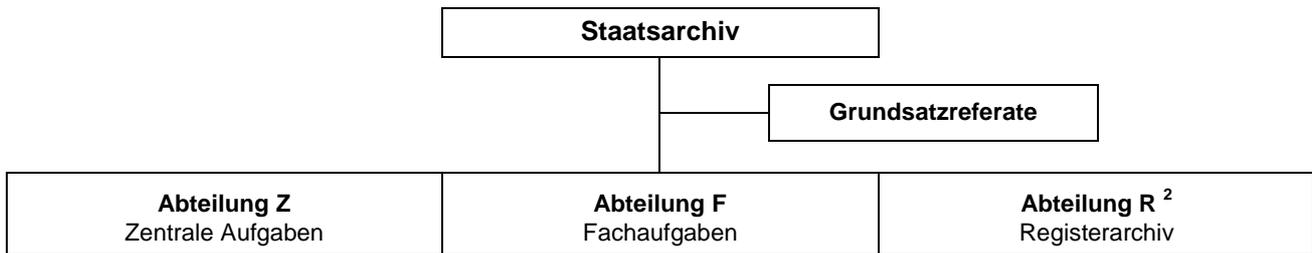
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2002				2001			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2003 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2002 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
830	462	368	44	962	-423	620	64

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das Staatsarchiv ist wie folgt organisiert:



Neue Struktur gültig ab 1.1.2003 als Ergebnis einer aufgabenkritischen Organisationsreform

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge, für Versorgung und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004.

KRV

Erstmalig werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRD bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frührenten berücksichtigte. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titeldnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRD hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen

² Diese Abteilung wird spätestens im Jahr 2007 aufgelöst.

nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitel-Ebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan dargestellt (blaue Seiten).

Stellenplanentwurf

Kapitel	Stellenzahl 2004	Neue Stellen 2004		Stellenhebungen 2004			Umwandlungen
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
1150 Staatsarchiv	44,0	0	0	0	0	0	

5. Kontenrahmen für Sachausgaben

Keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 1.1 vorhandenen Deckungskreise sind in der Anlage 4 dargestellt.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Entfällt.

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

- **Lesben- und schwulenspezifische Projekte**
Das Staatsarchiv unterstützt durch seine archivarische Erschließungs- und Auskunftstätigkeit weiterhin Forschungsvorhaben aus diesem Bereich.
- **Frauen- und Mädchenspezifische Maßnahmen und Projekte**
Spezielle Maßnahmen und Projekte sind im Haushalt des Staatsarchivs nicht ausgewiesen. Forschungs- und Ausstellungsvorhaben zu den Themen Gleichstellung, Frauengeschichte u.ä. werden weiterhin unterstützt.

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Entfällt.

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Die sich aus der umfassenden Aufgabenkritik ergebenden Ziele setzen die Prioritäten bei der Überlieferungsbildung, der Bestandserhaltung und der Erschließung. Durch die Einführung rationellerer Verfahren und die Verlagerung von Aufgaben wird der Aufwand für die Erteilung von Auskünften und die Bereitstellung von Archivgut erheblich vermindert. In weiteren Bereichen sind die Ziele mit dem Abbau, der Einschränkung und der Verlagerung von Aufgaben verbunden. Die mit den aufgabenkritischen Maßnahmen sowie mit der Organisationsreform beabsichtigte Effizienzsteigerung soll dem Staatsarchiv ermöglichen, den bisherigen Personalabbau auszugleichen und in hinreichendem Maße Personal für die im Rahmen der Aufgabenkritik gesetzten Prioritäten einzusetzen.

Produktinformationen

Produktbereich: Staatsarchiv

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	26	30	25
Personalausgaben in Tsd. EUR	2.141	2.083	2.172
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	2.103	2.081	1.997
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	185
Stellen	44,0	47,5	47,5

Ausgabenschwerpunkte

Die **Sach- und Fachausgaben** ergeben sich im Wesentlichen für:

Gebäudemiete – Titel 518.99	1.442 Tsd. EUR
Gebäudebewirtschaftung – Titel 517.99	196 Tsd. EUR
Gebäudeunterhaltung – Titel 519.01	49 Tsd. EUR

Für die **archivischen Sach- und Fachausgaben** (ohne IuK-Mittel und KRS) stehen
117 Tsd. EUR
zur Verfügung.

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Im Rahmen der Verwaltungsreform und zum Schutz des hamburgischen Kulturgutes wird das Staatsarchiv

- an der Einführung elektronischer Systeme mitwirken,
- öffentliche und private Stellen bei der Führung und Verwaltung ihrer Unterlagen beraten und sie von den zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigten Unterlagen entlasten,
- kontinuierlich die historische Überlieferung bilden und
- für die Pflege und den Schutz auch des in privatem Eigentum befindlichen Archivgutes sorgen.

Unter dem Aspekt des Datenschutzes und des Datenzugangs wird das Staatsarchiv dafür Sorge tragen, dass

- alle zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigten Unterlagen der öffentlichen Stellen rechtzeitig ausgesondert,
- die historische Überlieferung nach archivwissenschaftlichen Grundsätzen erschlossen und
- unter Ausgleich der unterschiedlichen Interessen der Zugang zu der historischen Überlieferung – auch im Rahmen der Ersatzverkündung – gewährleistet wird.

Dadurch soll auch in Zukunft die Dienstleistungsfunktion des Staatsarchivs gegenüber der Öffentlichkeit erhalten bleiben.

Produkte

- P 1 Grundsatz- und zentrale Aufgaben; interne Ressourcensteuerung
- P 2 Beratung bei der Führung und Verwaltung der Unterlagen von Registraturbildnern und bei der Einführung elektronischer Systeme
- P 3 Bewertung und Übernahme von Unterlagen nach Ablauf der Verahrungsfristen
- P 4 Bestandserhaltung – Schadensprävention, Konservierung, Restaurierung, Sicherungs-, Schutz- und Ersatzverfilmung
- P 5 Bestandsbildung und Erschließung
- P 6 Benutzerdienst – Erteilung von Auskünften und Vorlage von Archivgut
- P 7 Wissenschaftliche Forschung und Vermittlung der hamburgischen Geschichte

**Produktbereich
Staatsarchiv**

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Stellen	44,0	46,5	47,5
<i>Vergleichskennzahlen ¹</i>	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
P 4 Bestandserhaltung – Entwicklung des Archivbestandes			
- Anzahl der Bestände	2427	2408	2382
- Zuwachs an Schriftgut p.a.	857 m	870 m	861 m
- Gesamtumfang	29658 m	28801 m	27931 m
P 5 Bestandsbildung und Erschließung			
- Umfang des erschlossenen Schriftgutes	18075 m	17685 m	17323 m
- <i>Quote des erschlossenen Schriftgutes</i>	60,9 %	61,4 %	62 %
- Umfang des endgültig geordneten Schriftgutes p.a.	390 m	362 m	277 m
- <i>Quote des endgültig geordneten Schriftgutes p.a. in Bezug auf den Zuwachs</i>	45,5 %	41,6 %	32,2 %
P 6 Benutzerdienst			
- Entwicklung der Auskünfte, Beratungen und Benutzungen	ca. 11000	ca. 12300	ca. 10800
- Einzelvorlagen von Schriftgut	ca. 23000	ca. 25100	ca. 25500

¹ Keine Angabe von Planwerten, da nicht steuerbar.

1160 Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

Zum 01.01.2004 wurde die Fusion des Landesamtes für Informationstechnik, des größten Teils der Zentralstelle IuK des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und der Datenzentrale Schleswig-Holstein zum Unternehmen Dataport beschlossen. Darüber hinaus hat der Senat den Beschluss gefasst, den verbleibenden Teil des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten in die Justizbehörde zu integrieren. Die nachstehenden Angaben spiegeln den derzeitigen Sachstand des organisatorischen Veränderungsprozesses wider. Berücksichtigt sind alle bislang feststehenden finanziellen Anpassungen.

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels 1160

Die Stellung des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten (SfB) wird geprägt durch Abstimmung und Interessenausgleich zwischen den sieben Bezirksamtern mit ihren Exekutivfunktionen in fast allen Fachbereichen einerseits und den Zielen des Senats, den Vorgaben von Fachbehörden/ Senatsämtern sowie den Rahmenbedingungen des Haushalts andererseits.

Schwerpunkte des Kapitels 1160 sind:

- Maßnahmen in der Bezirksverwaltung im Zusammenhang mit IuK-Technik (insbesondere Titel 671.54 und 671.56)
- die Durchführung von Sicherheitskonferenzen (546.07)
- bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen und Sicherheitsmaßnahmen in Publikumsdienststellen (701.56)
- bürgerfreundliche Verbesserungen in der Bezirksverwaltung (795.02)
- die Schaffung von Bürgerservicebereichen (795.03)

Für die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist im Kapitel 1160 eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht (511.03).

Sicherheitskonferenzen:

Seit 1998 sind in den Bezirken Altona und Harburg Sicherheitskonferenzen nach dem Ansatz des Potsdamer Modells eingerichtet. Ziel der Sicherheitskonferenzen ist, als ein Baustein der Sicherheitspolitik dazu beizutragen, auf lokaler Ebene Gewalt und Kriminalität, Vermüllung und Vandalismus im öffentlichen Raum zu bekämpfen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Bürgerfreundliche Verbesserungen in der Bezirksverwaltung

Mit den Mitteln sollen im Laufe des Jahres akut werdende Problemstellungen und Bedarfe flexibel und mit schneller Wirksamkeit abgedeckt werden. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Realisierung einer bürgerfreundlichen Verwaltung (z.B. Verbesserung der Wartezonen, Einrichtung von Spielecken für Kinder). Die Maßnahmen stehen komplementär zu der Einrichtung von Kundenzentren.

Bürgerservicebereiche (Kundenzentren)

Die Bezirksamter haben sich zum Ziel gesetzt, mittelfristig flächendeckend in allen Regionen (Kerngebiete, Ortsamtsbereiche, Einzugsbereiche großer Ortsdienststellen) Bürgerservicebereiche mit erweitertem Leistungsangebot zu verwirklichen. Durch die Bündelung von möglichst vielen publikumsbezogenen Dienstleistungen in Kundenzentren soll die Serviceorientierung der Bezirksverwaltung gestärkt werden.

Bis Ende 2002 wurden insgesamt 15 Kundenzentren realisiert. Vorgesehen ist bis zum Jahre 2005 die Eröffnung weiterer 10 Kundenzentren.

Vertiefende Aussagen zur Aufgabenwahrnehmung des SfB enthalten die Produktinformationen.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
Einnahmen	-	-		
davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	-	-		
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	-	-		
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	-	-		
Ausgaben¹	27.600	25.414	2.186	8,6
davon:				
Personalausgaben	3.084	6.413	-3.329	-51,9
Sach- und Fachausgaben ²	21.811	16.546	5.265	31,8
Sonstige Betriebsausgaben				
Investitionen ³	2.705	2.455	250	10,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1160
Personalausgaben	36,1	11,2
Sach- und Fachausgaben	42,0	79,0
Investitionen	10,2	9,8

Investitionsrestevolumen der Vorjahre:

2002				2001			
Gesamtsoll ⁴	Ist	auf 2003 übertragene Reste ⁵		Gesamtsoll ⁴	Ist	auf 2002 übertragene Reste ⁵	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
4.526	3.014	1.512	33,4	5.814	7.110	-1.296	-22,9

¹ Unter Berücksichtigung der veränderten Veranschlagung von Personalausgaben sowie Sach- und Fachausgaben aufgrund der Fusion des Landesamtes für Informationstechnik, des größten Teils der Zentralstelle IuK des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und der Datenzentrale Schleswig-Holstein zum 01.01.2004

² Einschließlich der Ansätze für die Einführung neuer IuK-Projekte, die Erstattungen für die Inanspruchnahme von IuK-Leistungen für die gesamte Bezirksverwaltung, der Mittel für die Unterstützung der Sicherheitskonferenzen in den Bezirken und der Mittel zur Förderung und Aktivierung von Bauflächen in den Bezirken

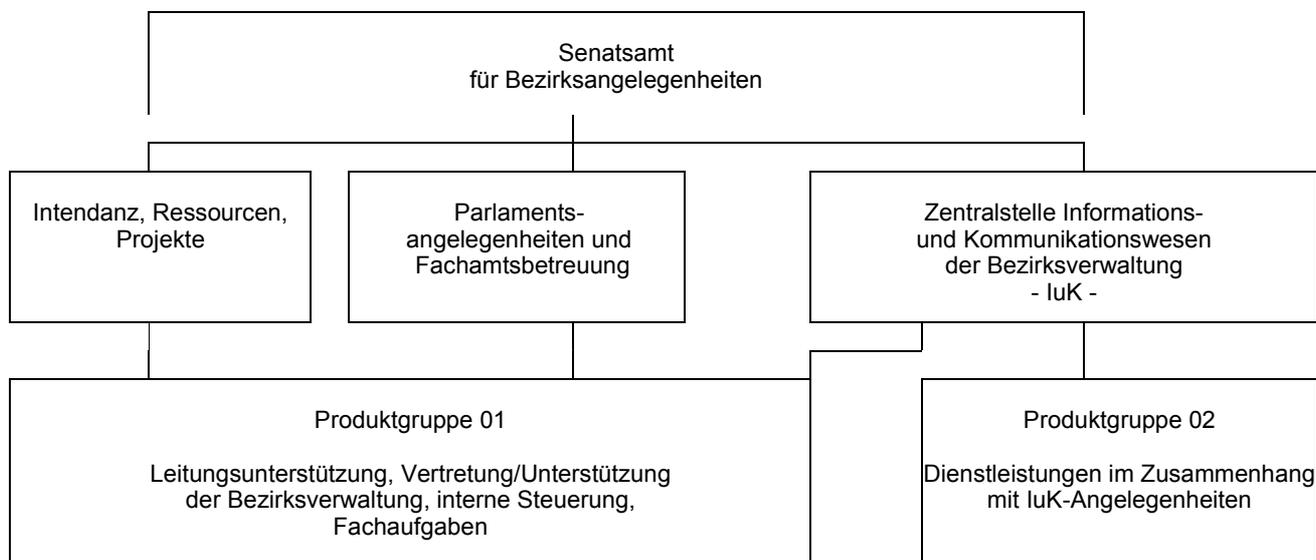
³ Zentral veranschlagte Mittel, die den Bezirksämtern unterjährig maßnahmenbezogen zugewiesen werden (insbesondere für die Einrichtung von Kundenzentren)

⁴ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

⁵ Einschl. der in die Epl. der Bezirke übertragenen und von dort zurück übertragenen Mittel

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das SfB ist wie folgt organisiert:



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
 - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003;
- luK-bedingte Einsparungen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (z.B. hier: Einsparungsrate 2004 für Intendanzbereiche, Arbeitszeitverlängerung).

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004:

KRV

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRK bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titelenummer .93 erhalten. Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRK hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitelebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge „Historie“ hat, folglich aus diesem Kapitel wenige oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe (05.Mai 2003) .

Stellenplanentwurf 2004

Einzelplan 1.1 Senat und Senatsämter

Kapitel	Stellenzahl 2004 ⁶	Neue Stellen 2004		Stellenhebungen 2004			Umwandlungen Anzahl
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	
1160 Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	128,3	-	-	-	-	-	-

Das Personalausgabenbudget der dezentralisierten Personalausgaben im Vollzug des Jahres 2002 wurde eingehalten, darüber hinaus konnte ein Rest in Höhe von 850 Tsd. EUR als ersteuert anerkannt und in das Folgejahr übertragen werden.

⁶ Stellenbestand nach dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe (05.05.2003)

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Das SfB hat bereits zum Haushalt 2001 seinen KRS aufgelöst und die in der Vergangenheit im Kontenrahmen veranschlagten Titel zusammen mit den Titeln 519.01 „Bauunterhaltung“ sowie 525.91 „Aus- und Fortbildung“ in einem „Zentralen Betriebskonto“ Z 61 zusammengefasst.

Da das SfB hauptsächlich Steuerungs- und Serviceaufgaben zu leisten hat, beträgt der Anteil dieses Betriebskontos an den gesamten Sach- und Fachausgaben (ohne IuK-Bedarfe) rd. 83 %.

6. Einzelplandeckungskreise

entfällt

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

entfällt

8. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Die Stellenangaben beinhalten auch den Sonstigen Personalbedarf umgerechnet in Stellen.

Haushaltsplan 2004

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben ⁷
	Tsd. EUR				
Produktbereich: Senatsamt für Bezirksangelegenheiten		3.084	5.694		8.778

Haushaltsplan 2003

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. EUR				
Produktbereich: Senatsamt für Bezirksangelegenheiten		6.081	872	-	6.953

9. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004 in Tsd. EUR			
	Personalausgaben – Aktivbezüge	Sach- und Fachausgaben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Leistungseinschränkung / -verzicht:	0	0	0	0
Reduzierung der Zuwendungen:	0	0	0	0
Verschlanung der Verwaltung:				
- Arbeitszeitverlängerung	38	0	0	38
- Reduzierung Intendanzkosten 5 %	21	0	0	21
Einnahmeerhöhung:	0	0	0	0
Epl. 1.1. (Kap. 1160) gesamt	59			59

⁷ Siehe Fußnote 1

Produktinformationen

Produktbereich: Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

Kapitel 1160

Zum 01.01.2004 wurde die Fusion des Landesamtes für Informationstechnik, des größten Teils der Zentralstelle IuK des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und der Datenzentrale Schleswig-Holstein zum Unternehmen Dataport beschlossen. Darüber hinaus hat der Senat den Beschluss gefasst, den verbleibenden Teil des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten in die Justizbehörde zu integrieren. Die nachstehenden Angaben spiegeln den derzeitigen Sachstand des organisatorischen Veränderungsprozesses wider. Berücksichtigt sind alle bislang feststehenden finanziellen Anpassungen.

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Einnahmen in Tsd. EUR	-	-	-	38	17	20
Personalausgaben in Tsd. EUR ¹	3.084	6.081	6.559	6.461	6.565	6.231
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR ²	5.694	872	872	955	891	809
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ³	-	-	-	-	-	-
Stellen ⁴	128,3	125,4	127,2	127,3	126,2	125,2

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	792	858	875	703	922	716
– Innerbehördlich ⁵	694	760	777	605	824	623
– überbehördlich (1,5%)	98	98	98	98	98	93

<i>Ziele des Produktbereiches</i>
Z 1 Assistenz für den Bezirkssenator, insbesondere bei der Wahrnehmung der in § 5 Abs. 3 BezVG genannten Dienstaufsicht, in Haushaltsangelegenheiten, bei der Vorbereitung von Senatsentscheidungen sowie bei Eingaben und Beschwerden
Z 2 Koordination/Moderation der Bezirksämter und Interessenvertretung für die Bezirksämter gegenüber Fachbehörden und Senatsämtern
Z 3 Unterstützung der Bezirksämter in ihrer Funktion als effizienter und kundenorientierter „Dienstleister“ durch Erbringen von Serviceleistungen aufgrund besonderer Aufgabenzuweisungen (insbesondere in IuK-Angelegenheiten) bzw. aufgrund eigener Initiative oder besonderer Absprache
<i>Produktgruppenüberblick</i>
PG 01 Leitungsunterstützung, Vertretung/Unterstützung der Bezirksverwaltung, interne Steuerung, Fachaufgaben
PG 02 Dienstleistungen im Zusammenhang mit IuK-Angelegenheiten

¹ Ohne Ausgaben der Personalverwaltung, die von der Senatskanzlei wahrgenommen wird; geringerer Personalbestand aufgrund der Ausgliederung in das neue Unternehmen Dataport

² Einschließlich der Ausgabenanteile im Zusammenhang mit IuK-Technik beim SfB und der Mittel für die Beauftragung des Unternehmens Dataport, ohne Sachmittel für die Durchführung von Sicherheitskonferenzen (546.07) sowie zentral veranschlagter Mittel zur Förderung der Entwicklung und Aktivierung von Bauflächen in den Bezirken (548.01)

³ Für Maßnahmen der Bezirksverwaltung sind 2.705 Tsd. EUR zentral im Kapitel 1160 veranschlagt. Darüber hinaus werden per Sollübertragung bereitgestellte Investitionsausgaben für die Bezirksverwaltung in Höhe von rd. 3.243 Tsd. EUR bewirtschaftet.

⁴ Eine Anpassung der Daten erfolgt zum Haushalt 2005, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine abschließenden Angaben zu den fusionsbedingten Veränderungen möglich sind.

⁵ Bei der Datenermittlung wurden lediglich die Veränderungen im Personalbudget berücksichtigt. Im übrigen siehe Fußnote 4.

Produktgruppe 01: Leitungsunterstützung, Vertretung/Unterstützung der Bezirksverwaltung, interne Steuerung, Fachaufgaben

<p><i>Ziele der Produktgruppe</i></p> <p>Z 1 Assistenz für den Bezirkssenator, insbesondere bei der Wahrnehmung der in § 5 Abs. 3 BezVG genannten Dienstaufsicht, in Haushaltsangelegenheiten, bei der Vorbereitung von Senatsentscheidungen sowie bei Eingaben und Beschwerden</p> <p>Z 2 Koordination / Moderation der Bezirksämter</p> <p>Z 3 Interessenvertretung für die Bezirksämter vor allem gegenüber Senatsämtern, Fachbehörden, Rechnungshof, Datenschutzbeauftragten und der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Bezirksämter</p> <p>Z 4 Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine ordnungsgemäße politische Werbung auf öffentlichem Grund</p> <p>Z 5 Gewährleistung der Sicherheit und Erleichterung des Verkehrs durch Benennung von Verkehrsflächen</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Leitungsunterstützung (Senats- und Bürgerschaftsangelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit, Dienstaufsicht, Innenrevision) sowie Vertretung/Unterstützung/Koordinierung der Bezirksverwaltung (fachpolitische/-behördliche Angelegenheiten, grundsätzliche und übergreifende bezirksverwaltungsinterne Angelegenheiten)</p> <p>P 2 Ressourcensteuerung (Personal, Finanzen, Organisation) und Aufgabenunterstützung (Rechtsangelegenheiten, Post, Registratur, Beschaffungen)</p> <p>P3 Fachaufgaben (politische Werbung auf öffentlichem Grund, Verkehrsflächenbenennung)</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen	-	-	-	-	-	-
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.201	1.488	1.730	1.707	1.685	1.665
• Personalausgaben	1.995	1.301	1.526	1.487	1.484	1.474
• Sach- und Fachausgaben gesamt	206	187	204	220	201	191
- Zuwendungen	-	-	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	-	-

<p><i>Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Personalausgaben</p> <p>90,6 % der Ausgaben sind Personalausgaben; sie entfallen zu 85 % auf das Produkt 1.</p> <p>Sach- und Fachausgaben</p> <p>Die Sach- und Fachausgaben umfassen fast ausschließlich die Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (Zentrales Betriebskonto Z 61).</p>

<i>Kennzahlen</i> ⁶	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2001
Stellen der PG 01	29,3	26,8	29,6	29,2	28,6	29,6
Anzahl der Beschäftigten im SfB insgesamt	138	138	130	132	138	133
Durchschnittliche Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	2	2	2	2	1	2
Anteil der Personalausgaben für Intendanzleistungen an den gesamten Personalausgaben in % ⁷	22,5	12,5	11,8	9,4	12,5	10,8
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR ⁸	762	569	706	751	554	649
Davon:						
- durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	403	377	390	376	362	340
- durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	359	192	316	375	192	309
darunter für luK-Schulungen	131	94	183	131	94	179

Produktgruppe 02: Dienstleistungen im Zusammenhang mit luK-Angelegenheiten⁹

<i>Ziele der Produktgruppe</i>						
Z 1	Unterstützung der Bezirksämter bei einer möglichst effizienten und kundenorientierten Aufgabenwahrnehmung durch aufeinander abgestimmte, qualitativ hochwertige und alle Aspekte abdeckende luK-Lösungen					
Z 2	Unterstützung der Beschäftigten der Bezirksämter durch aufgabenbezogene Qualifizierung in fachlichen und sozialen Kompetenzen sowie in der Anwendung von luK-Verfahren					
Z 3	Unterstützung der Bezirksämter bei einer effizienten und kundenorientierten Durchführung fachlicher Steuerung					
Z 4	Beratung und Entwicklung von Konzepten für Optimierung und Weiterentwicklung der Aufgabenwahrnehmung der Bezirksverwaltung, insbesondere im luK-Bereich					
<i>Produkte</i>						
P 1	luK-technische Lösungen					
P 2	Schulungen im Zusammenhang mit luK-Angelegenheiten					
P 3	Initiierung und Unterstützung von fachlichen Steuerungsprozessen					
P 4	Initiierung und Unterstützung von Organisationsentwicklungsprozessen, insbesondere im Zusammenhang mit luK-Angelegenheiten					

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	38	17	20
• Betriebseinnahmen	-	-	-	38	17	20
• Investitionseinnahmen	-	-	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.577	5.465	5.700	5.709	5.771	5.375
• Personalausgaben	1.089	4.780	5.032	4.974	5.081	4.757
• Sach- und Fachausgaben gesamt	5.488	685	668	735	690	618
- Zuwendungen	-	-	-	-	-	-
- gesetzliche Leistungen	-	-	-	-	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-	-	-	-

⁶ Angaben zur Veränderung der Anzahl der Beschäftigten durch die geplante Fusion zum 1.1.2004 liegen zur Zeit noch nicht vor, im übrigen siehe Fußnote 4

⁷ Die Erhöhung des prozentualen Anteils der Intendanzleistungen ergibt sich aus dem veränderten Verhältnis der Intendanzkosten zum veranschlagten Personalbudget

⁸ Einschließlich der Ausgaben für die Personalverwaltung der Senatskanzlei sowie der Ausgaben für Frauenbeauftragte, Suchtbeauftragte und Fachkraft für Arbeitssicherheit, im übrigen siehe Fußnote 4

⁹ Nur nachrichtliche Ausweisung, da die Leistungen ab dem 1.1.2004 überwiegend nicht mehr vom SfB, sondern durch Dataport erbracht werden,

Produktbereich
Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

<p><i>Ausgabenschwerpunkte</i></p> <p>Personalausgaben 16,6 % der Ausgaben sind Personalausgaben.</p> <p>Sach- und Fachausgaben Die Sach- und Fachausgaben umfassen die Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (Zentrales Betriebskonto Z 61).</p>
--

<i>Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Stellen der PG 02	99,1	98,6	97,6	94,9	97,6	95,6
P 1 luK-technische Lösungen						
Stellen	90,3	85	82	86,2	84	80,3
Anteil der Bildschirm-Arbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen der Bezirksverwaltung in %	100	100	100	100	99,2	94,6
Anzahl der betreuten Bildschirm-Arbeitsplätze bei zentralen Verfahren ¹⁰	4.465	3.390	3.412	3.290	3.287	3.291
Zentral vorgehaltene Personalkosten pro Bildschirm-Arbeitsplatz bei zentralen Verfahren in der Bezirksverwaltung in EUR	1.632	1.632	1.452	1.458	1.518	1.423
P 2 Schulungen im Zusammenhang mit luK-Angelegenheiten						
Stellen	8,8	9,4	7,5	8,8	9,4	7,7
Anzahl der Teilnehmertage bei Qualifizierungskursen	5.000	5.100	5000	4.577	5.626	4.203
Teilnehmerzufriedenheit (Kursbewertung positiv) in %	90	96	95	92,4	96	95,7
Durchschnittliche Kosten pro Schulungstag (einschl. Honorar- und Sachkosten) in EUR	150	160	270	162	158	270

¹⁰ z.B. Projekt Sozialhilfe-Automation „PROSA“
Projekt Jugendamts-Automation „PROJUGA“
Projekt Bauaufsicht mit Computerunterstützung „BACom“
Projekt Meldewesen „MEWES“
Projekt GEZ-Online

1.547 Bildschirm-Arbeitsplätze
439 Bildschirm-Arbeitsplätze
360 Bildschirm-Arbeitsplätze
280 Bildschirm-Arbeitsplätze
1.200 Bildschirm-Arbeitsplätze

Erläuterungen zu den Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen hauptsächlich

- Ausgaben des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und zentral für die Bezirksverwaltung im Zusammenhang mit IuK-Technik vorgehaltene Mittel in Höhe von rd. 20 Mio. EUR, im Wesentlichen für die Entwicklung und Einführung neuer Software, die Betreuung bestehender Projekte sowie für die Nutzung des Rechenzentrums und die Bereitstellung von Leitungen durch das Unternehmen Dataport;
- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (Zentrales Betriebskonto Z 61) in Höhe von rd. 0,3 Mio. EUR.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 511.03 Zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden wird vorsorglich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 0,5 Mio. EUR veranschlagt. Im Bedarfsfall werden die Mittel unterjährig auf die Bezirke übertragen.
- 535.56 Veranschlagt sind die Mittel für die Wartung, Hard- und Softwarepflege für IuK-Technik, IuK-Schulungen sowie Geschäftsbedarfe innerhalb des SfB sowie für die in der Bezirksverwaltung vorhandenen bzw. einzuführenden IuK-Vorhaben.
- 546.07 Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung der Sicherheitskonferenzen in den Bezirken.
Die Verteilung der Mittel auf die Bezirke, in denen Sicherheitskonferenzen eingerichtet worden sind, erfolgt jeweils am Jahresbeginn entsprechend der aktuellen Bedarfe.
- 548.01 (neu) Zur Finanzierung von ausgleichenden Optimierungsmaßnahmen, die der Reduzierung von Problemlagen im Zusammenhang mit der planerischen Entwicklung oder Aktivierung bereits baureifer Flächen für Wohnungsbau und Gewerbe dienen, werden zentral veranschlagte Mittel in die Einzelpläne 1.2 – 1.8 unterjährig übertragen.
Die Ermittlung des auf die einzelnen Bezirke zu übertragenden Volumens basiert auf einem Schlüssel, der sich im wesentlichen nach dem Umfang der im jeweiligen Bezirksamt erteilten Baugenehmigungen (Anzahl Wohneinheiten/Größe Gewerbefläche) richtet.
Die Mittel werden je zu 50% auf die Titel 1X00.529.04 „Unterstützenden Maßnahmen der Bezirksversammlung zur Förderung der Entwicklung und Aktivierung von Bauflächen“ und 1X00.547.05 „Unterstützende Maßnahmen zur Förderung der Aktivierung und Entwicklung von Bauflächen“ übertragen.
- 671.54 (neu) Erstattung für IuK-Dienstleistungen an das Unternehmen Dataport, insbesondere für die Bereitstellung und Fortentwicklung laufender, sowie für die Entwicklung und Einführung neuer Software (bisher IuK-Bereich des SfB).
Im Rahmen der Fusion des Landesamtes für Informationstechnik, dem größten Teil des IuK-Bereiches des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten und der Datenzentrale Schleswig-Holstein sind die für die von der Fusion betroffenen Bereiche gebundenen Personal- und Sachmittel aus den sachlich zuständigen Titeln herausgelöst und in den Erstattungstitel überführt worden.
- 671.55 Veranschlagt sind Mittel zur Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs für das SfB.
Zum Haushaltsjahr 2003 ist die bisherige zentrale Veranschlagung der Mittel für die Bezirksverwaltung im Kapitel des SfB entfallen, die entsprechenden Anteile sind in den Einzelplänen der Bezirksämter ausgewiesen.
- 671.56 Die Mittel dienen zur Deckung der Bedarfe des SfB sowie der Bezirksverwaltung und werden entsprechend der prognostizierten Inanspruchnahme von Dienstleistungen von Dataport, insbesondere für die Nutzung des Rechenzentrums und die Bereitstellung von Leitungen (bisher Bereich LIT) veranschlagt.

Investitionen

Die Investitionsausgaben werden im Einzelnen wie folgt erläutert:

- 701.56 Veranschlagt sind die Mittel für bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen in der Bezirksverwaltung sowie für Sicherheitsmaßnahmen in Publikumsdienststellen.

Aufgrund von bereits durchgeführten Maßnahmen und veränderter Rahmenbedingungen konnten die Gesamtkosten für Sicherheitsmaßnahmen in Publikumsdienststellen auf rd. 1 Mio. EUR reduziert werden; zur Absicherung noch bestehender Risiken wurde eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2004 ausgebracht.

1160

- 795.02 Die Mittel werden für Maßnahmen eingesetzt, die dem Service für die Bürgerinnen und Bürger bzw. dem Erscheinungsbild der Publikumsdienststellen der Bezirksverwaltung in der Öffentlichkeit dienen. Sie werden maßnahmebezogen und aktuell auf die Bezirke übertragen. Vorrangig ist vorgesehen, die Mittel flankierend zu dem Programm „Schaffung von Bürgerservicebereichen“ (s. 795.03) einzusetzen.
- 795.03 Im Rahmen eines mehrjährigen Programms (2000-2005) ist unter der Zielsetzung „kundenorientierte und bürgernahe Bezirksverwaltung die Schaffung von Bürgerservicebereichen in den Bezirken (Kerngebiete, Ortsämter, Ortsdienststellen) vorgesehen.
Für den Haushalt 2004 sind 2 Mio. EUR Kassenmittel sowie eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 in Höhe von 0,5 Mio. EUR veranschlagt.
Darüber hinaus ist beabsichtigt, die bei dem Titel 795.02 veranschlagten Mittel vorrangig flankierend bei der Schaffung von Bürgerservicebereichen mit einzusetzen (s. 795.02).
Mit den Maßnahmen insgesamt soll das Verhältnis Bürger/Verwaltung verbessert werden.

1180 Senatsamt für die Gleichstellung

Vorwort

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Kapitels

Aufgabe des Senatsamtes für die Gleichstellung ist es, in Hamburg die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesetzen, Planungen, Fördermaßnahmen und personellen Entscheidungen noch stärker durchzusetzen und die Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Dies wird in den Abteilungen „Frau/Mann in Familie und sozialem Umfeld, gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ und „Frau im Erwerbsleben“ umgesetzt.

Beispielhaft werden für 2004 folgende neue bzw. weiter zu bearbeitende Arbeitsschwerpunkte benannt:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer (z.B. Angebote für Väter und Jungen),
- Gleichstellungspolitisch orientierte Verzahnung von Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik (Dialog mit Unternehmen „Familienbewusste Personalpolitik“),
- neue Medien (Seniorinnen im Internet, Umsetzung des Multimedia-Gutachtens, Grundschulprojekt „Mädchen, Jungen und Computer“),
- Gender-Mainstreaming,
- Bekämpfung von Gewalt (dazu gehört u.a. Gewalt in der Familie, Aktionsforschungsprojekt Konfliktlösung, Gewaltschutzgesetz, Menschenhandel),
- Verknüpfung von Verwaltungsreformaktivitäten mit Chancengleichheitspolitik,
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen.

Die Arbeit des Senatsamtes für die Gleichstellung ist durch ihre behördenübergreifende Funktion gekennzeichnet. Wesentliche Aufgaben bestehen nicht nur im Entwickeln neuer Konzepte und Maßnahmen, sondern auch im Koordinieren, Prüfen, Unterstützen und Beraten anderer Behörden. So prüft das Senatsamt für die Gleichstellung regelhaft die Senatsvorlagen anderer Behörden auf ihre gleichstellungspolitische Bedeutung und macht ggf. Änderungsvorschläge. Es erarbeitet aber auch selbst Gesetzesvorschläge auf Landesebene. Auf Bundesebene nimmt es an der Gesetzgebung über die Mitwirkung Hamburgs im Bundesrat und in dessen Ausschüssen teil.

Diese Tätigkeiten binden einen nicht unerheblichen Teil der Arbeitskapazität des Senatsamtes für die Gleichstellung.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
Einnahmen	-	-	-	-
Ausgaben	1.912	1.886	+26	+1,3
davon:				
Personalausgaben	1.208	1.182	+26	+2,2
Sach- und Fachausgaben	464	495	-31	-6,3
Sonstige Betriebsausgaben	240	209	+31	+14,8
Investitionen	-	-	-	-

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1180
Personalausgaben	36,1	63,2
Sach- und Fachausgaben einschl. sonstiger Betriebsausgaben	42,0	36,8
Investitionen	10,2	-

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Das Senatsamt für die Gleichstellung ist wie folgt organisiert:

Senatsamt für die Gleichstellung			
Abteilung 1 Verwaltung	Abteilung 2 Öffentlichkeitsarbeit	Abteilung 3 Frau im Erwerbsleben	Abteilung 4 Frau/Mann in Familie und sozialem Umfeld, gleichgeschlechtliche Lebensweisen
Produktgruppe 1	Produktgruppe 2	Produktgruppe 2	Produktgruppe 2
Produktbereich: Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Gleichstellungsgebotes			
Produktgruppe 1 Zentrale Ressourcenunterstützung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung			
Produktgruppe 2 Gleichstellungspolitische Innovationen			

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen;
- notwendige Korrekturen aufgrund von Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91), der Angestellten (435.91) und Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91),
 - an den Beihilfen (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004.

KRV

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRD bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titeldnummer .93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRd hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitel-Ebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

Stellenplan:

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan dargestellt (blaue Seiten). Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

Stellenplanentwurf 2004

Kapitel	Stellenzahl 2004	Neue Stellen 2004		Stellenhebungen 2004		
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.
1180 Senatsamt für die Gleichstellung	21,92	-	-	-	-	-

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Die im KRS zusammengefassten sächlichen Verwaltungsausgaben für den Dienstbetrieb des Senatsamtes für die Gleichstellung betragen 191 Tsd. EUR. Davon wird der weit überwiegende Anteil (140 Tsd. EUR) für Mieten einschließlich Nebenkosten benötigt.

6. Zuwendungen

Das Senatsamt für die Gleichstellung fördert regelhaft den Landesfrauenrat Hamburg in Form von Übernahme der Miet-, Mietneben- und anteiligen Personalkosten mittels Projektförderung. Darüber hinaus werden einmalige Zuwendungen für modellhafte innovative Gleichstellungsprojekte aus dem zentralen Titel 1180.971.01 gewährt.

Zusätzlich veranschlagt sind beim Titel 1180.684.10 75 Tsd. EUR für die Förderung der Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFFRA).

Produktinformationen

Produktbereich: Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Gleichstellungsgebotes

Produktbereichskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen in Tsd. EUR	-	-	-	29
Personalausgaben in Tsd. EUR	1.208	1.182	1.354	1.331
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	464	495	485	508
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	240	209	218	184
Stellen	21,92	22,5	23	22,5

Ziele des Produktbereiches
Z 1 Förderung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft; Abbau von Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen
Produktgruppen – Überblick
PG 1 Zentrale Ressourcenunterstützung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung
PG 2 Gleichstellungspolitische Innovationen

Produktgruppe 1: Zentrale Ressourcenunterstützung, Aufgaben- und Leitungsunterstützung

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Unterstützung der Fachaufgaben durch
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Modernisierungsprozesses, <ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung von IuK-Technik, - Gestaltung von Organisation und Geschäftsprozessen, - Gewährleistung bedarfsgerechter Personalausstattung, - Sicherstellung der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns, - Gewährleistung der Finanzausstattung • Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Fachaufgaben
<i>Produkte</i>
P 1 Intendanzbereich
P 2 Politische Assistenz

Haushaltsdaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	319	328	369	353
<ul style="list-style-type: none"> • Personalausgaben • Sach- und Fachausgaben gesamt 	226 93	229 99	270 99	252 101

Quantitätskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	5,92	6	6	6
Anzahl der zu betreuenden Beschäftigten (einschl. Beurlaubte)	27	29	31	29
Betreutes Haushaltsvolumen (Tsd. EUR)	1.912	1.886	2.057	2.023
Anzahl der zu betreuenden Bildschirmarbeitsplätze	31	32	32	32

Qualitätskennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an bildschirmtauglichen Arbeitsplätzen in Prozent	100	100	100	100
Durchschnittliche Fortbildungstage pro Mitarbeiterin/Mitarbeiter	2	2	2	2

Produktbereich
Senatsamt für die Gleichstellung

<i>Kostenkennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in Prozent	20,3	20,4	19,9	20,3
Anteil der Personalkosten für Leitungsunterstützung an den Gesamtkosten der Behörde in Prozent	13,3	12,6	12,6	12,6
Personalbetreuungs- und -verwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR/Jahr	559	547	543	539
Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR/Jahr	200	200	188	342

Das Senatsamt für die Gleichstellung ist z. Zt. in Teilbereichen in die Personalentwicklungsmaßnahmen der Senatskanzlei einbezogen. Grund für diese Einbeziehung waren Überlegungen, dass in einer so kleinen Organisationseinheit wie dem Senatsamt für die Gleichstellung Personalentwicklung nicht sinnvoll betrieben werden kann. Gleichwohl ergreift das Senatsamt für die Gleichstellung punktuelle Maßnahmen der Personalentwicklung selbst.

Produktgruppe 2: Gleichstellungspolitische Innovationen

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Gleichstellungspolitische Innovation</p> <p>Umsetzung der Fachaufgaben durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Konzeptionen zum Abbau gleichstellungspolitischer Defizite • Beratung anderer Fachbereiche • Beteiligung und Initiierung von Maßnahmen im Senat, Bürgerschaft, Bundesrat und Frauenministerinnenkonferenz zu allen gleichstellungspolitisch relevanten Vorgängen • Projektentwicklung, -implementierung und -begleitung • Fortentwicklung der Frauenförderung im öffentlichen. Dienst und Erfolgskontrolle durch Erfahrungsberichte • Veranstaltungen (Fachtagungen f. d. breite Öffentlichkeit, Messebetreuung, Senatsempfänge) • Veröffentlichungen, Broschüren, Plakate • Vergabe von Gutachten
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Wahrnehmung der gleichstellungspolitischen Querschnittsaufgaben in der Hamburger Verwaltung</p> <p>P 2 Implementierung Gleichstellungsgesetz</p> <p>P 3 Öffentlichkeitsarbeit</p>

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.593	1.558	1.688	1.657
Personalausgaben in Tsd. EUR	982	953	1.084	1.079
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	371	396	386	407
Sonstige Betriebsausgaben	240	209	218	184

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	16	16,5	17	16,5
Anzahl der Veranstaltungen inkl. Konzeptionierung	20	30	21	22
Bundratsverfahren (Bewertung und Entwicklung von Anträgen im Frauen- und Jugend-Ausschuss)	-	-	-	56
Bürgerschaftliche Große und Kleine Anfragen mit Federführung oder Beteiligung des Senatsamtes für die Gleichstellung	-	-	-	13
Senatsdrucksachen mit Federführung oder Beteiligung des SfG	-	-	-	60

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Bürgerschaftliche Ersuchen mit Federführung oder Beteiligung des Senatsamtes für die Gleichstellung	-	-	-	-
Beteiligung an behörden- oder länderübergreifenden Gremien und Arbeitsgemeinschaften	-	-	-	35
Volumen der geförderten, begleiteten oder initiierten Projekte in Tsd. EUR:	-	-	-	-
a) Projekte aus dem Innovationstitel	240	209	218	184
b) Projekte aus den Fachtiteln 525.01, 525.02, 683.01	49	49	39	27
Anzahl der herausgegebenen Publikationen	15	13	8	8

Die Veranstaltungen, die das Senatsamt für die Gleichstellung durchführt, werden zu unterschiedlichsten Themen (siehe Nr. 1 des Vorwortes), zum Teil in Kooperation mit anderen Institutionen durchgeführt. Die Zahl der Zuhörenden richtet sich neben dem Interesse für das Thema auch nach der Art der Veranstaltungen (öffentliche Vorträge, Fachveranstaltungen, Gesprächszirkel, Schulungen).

Die überwiegend beratende und begleitende sowie initiiierende und konzeptionierende Querschnittsfunktion des Senatsamtes für die Gleichstellung in der Gleichstellungspolitik Hamburgs ist durch Qualitätskennzahlen nur wenig aussagefähig darzustellen, daher wurde hier darauf verzichtet. Das Senatsamt für die Gleichstellung berichtet aber zum Beispiel regelmäßig über die Entwicklung der Frauenförderung im öffentlichen Dienst.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2004

Einzelplan 01.1

Senat und Senatsämter

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:
Senat und Senatsämter

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan 01.1

02 Bauunterhaltung

03 Hochbauinvestitionen

Deckungskreis im Kapitel 1100

01 Protokoll und Auswärtige Angelegenheiten

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4
1100	Senat	-	-	54 G	83 G
		- A	- A	41	38
1140	Personalamt	-	-	- G	- G
		- A	- A	1.110	2.125
1150	Staatsarchiv	-	-	24 G	28 G
		- A	- A	2	2
1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	-	-	- G	- G
		- A	- A	-	-
1180	Senatsamt für die Gleichstellung	-	-	- G	- G
		- A	- A	-	-
	Gesamteinnahmen 2004 / 2003	-	-	78 G	111 G
		- A	- A	1.153	2.165
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		33-G	
		- A		1.012-	

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
339	94	-	-	-	-	434	215	1100
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	1.110	2.125	1140
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	26	30	1150
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	-	-	1160
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	-	-	1180
		- Z	- Z					
339	94	-	-	-	-	1.570	2.370	Ges. einn.
		- Z	- Z					
245 +		-		-		800-		+/-
		- Z						

Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)
(2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen)

KAPITEL		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4	5	6
1100	Senat	21.179	21.374	6.019	5.451	2.633	2.925
		-	-	556	559	824	804
1140	Personalamt	31.480	43.166	4.214	6.395	19.998	5.184
		-	-	-	-	-	-
1150	Staatsarchiv	2.141	2.083	1.952	1.958	141	123
		-	-	-	-	-	-
1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	2.851	6.413	2.181	1.565	18.945	14.981
		-	-	500	500	-	-
1180	Senatsamt für die Gleichstellung	1.208	1.182	309	320	155	175
		-	-	10	33	-	-
	Gesamtausgaben 2004 / 2003	58.859	74.218	14.675	15.689	41.872	23.388
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	15.359-		1.014-		18.484 +	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	1.066	1.092	824	804
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		26-		20 +	

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62 , 66		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	3.674	5.000	33.505	34.750	657	309	34.162	35.059	1100
-	-	10.000	-	11.380	1.363	-	-	11.380	1.363	
-	-	-	-	55.692	54.745	107	105	55.799	54.850	1140
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	4.234	4.164	-	-	4.234	4.164	1150
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	23.977	22.959	2.555	2.455	26.532	25.414	1160
-	-	-	-	500	500	1.200	3.300	1.700	3.800	
-	-	240	209	1.912	1.886	-	-	1.912	1.886	1180
-	-	153	153	163	186	-	-	163	186	
-	-	3.914	5.209	119.320	118.504	2.970 B	2.648 B	122.639	121.373	Ges. Aus.
- H	- H					349	221			
-	-	1.295-		816 +		322 +B 128 +		1.266 +		+/-
-	-	10.153	153	12.043	2.049	1.200 B	3.300 B	13.243	5.349	Ges. VE
-	-					-	-			
-	-	10.000 +		9.994 +		2.100-B		7.894+		+/-
-	-					-				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5

1100	Senat			
(011)	-----			
	EINNAHMEN			
111.01 (012)	Verwaltungsgebühren, Eintrittsgelder	54	83	106
119.61	Sonstige Einnahmen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.539.61.	18	18	26
119.62 (013)	Einnahmen der Staatlichen Pressestelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.531.62.	-	0	31
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	2
	0 GB			
119.98	Vermischte Einnahmen	23	20	30
231.01	Ersatzleistungen des Bundes für die Durchführung von Veranstaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.686.05.	5	10	6
231.02 (244)	Zuschuss des Bundes zu den Kosten der Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.534.02.	84	84	77
272.01	Beteiligung der EU an europapolitischen Maßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1100.632.01.	-	0	0
281.61	Einnahmen aus Veranstaltungen der Vertretung Hamburgs beim Bund Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1100.547.61.	250	0	297
282.01	Spenden für die Restaurierung des Rathauses (Weggefallener Ansatz)		0	1
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1100.546.91.	-	0	13

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
	Gesamteinnahmen	434	215	589
	AUSGABEN			
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.910	1.938	1.900
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	14.316	14.832	15.872
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	14
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	89
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	5.471	5.175	0
422.01	Jubiläumswendungen (Portugaleser)	26	26	38 1 R
	Übertragbar			
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	0 GB			
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1100	-	0	0
	Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM- Bereich des Kapitels			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	642	463	683 105 R
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.			0 GB
525.91	Aus- und Fortbildung	35	35	32 13 R
	Übertragbar			
529.01	Verfügungsmittel des Senats	470	470	576 49 R
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.686.05.			
529.02	Verfügungsmittel des Präsidenten des Senats	13	13	13
	Übertragbar			
534.02 (244)	Pflege und Instandhaltung der jüdischen Friedhöfe	168	168	117 74 R
	Übertragbar			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.02.			84 GB
534.03	Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern	332 150 VE	332 150 VE	312 111 R
	Übertragbar			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1100 -----				
	Zuwendungsanteil 45%			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .			
535.56	IuK-Folgekosten	144	164	109 7 R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.671.56.			
541.80	Maßnahmen der Ostseekooperation	375 150 VE	275 153 VE	255 84 R
	Übertragbar			
	Zuwendungsanteil 75%			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .			
542.01	Sonstige Sachausgaben Protokoll und Veranstal- tungsmanagement	142	142	228
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .			
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	-	0	10 8 R
	Übertragbar			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.282.91.			
547.01	Städtepartnerschaften	522 256 VE	522 256 VE	598 65 R
	Übertragbar			
	Zuwendungsanteil 43%			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .			
632.01	Europapolitische Interessenvertretung	479 120 VE	479	454 25 R
	Übertragbar			
	Zuwendungsanteil 21%			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.272.01.			
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	76	76	82
	Übertragbar			
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	209	217	111
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.535.56.			
681.01	Ehrungen aus Anlass von Ehejubiläen und dgl.	79	75	79
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .			
681.02	Ehrenrenten und dgl.	12	16	6
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1100 -----				
681.03 (023)	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwick- lungsländern Übertragbar Zuwendungsanteil 85% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	502 304 VE	602 304 VE	633 74 R
	0 GB			
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden)	33	33	30
684.01 (249)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 .	92	92	92
684.06 (199)	Unterstützung der gemeindlichen und kulturellen Arbeit der Jüdischen Gemeinde Hamburg	358	358	358
685.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	358	358	420
686.05	Tagungen und sonstige Veranstaltungen Übertragbar Zuwendungsanteil 29% Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.529.01. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-011-1100-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.231.01.	435 400 VE	619 500 VE	608 113 R
	430 GB			
	Titelgruppe(n) -----			
Z61	Betriebskonto Vertretung der FHH beim Bund -----			
422.61	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	374	374	295
	430 GB			
425.61	Vergütungen der Angestellten Übertragbar	630	611	803
	430 GB			
426.61	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	115	111	118
	430 GB			
427.61	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	41	41	39
	430 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1100 -----				
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar 430 GB	112	112	87
435.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Übertragbar 430 GB	56	54	83
436.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	10	10	0
441.61 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar 430 GB	15	15	12
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	14	0	0
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	225	225	289
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen Übertragbar	110	54	72
539.61	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1100.119.61.	214	197	277
547.61	Veranstaltungskosten Übertragbar 125 GB Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.281.61. Summen für Z61	375	125	389 2 R 2.462 2 R
Z62	Betriebskonto Staatliche Pressestelle -----			
427.62 (013)	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige Übertragbar	13	13	3 2 R
531.62 (013)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1100.119.62.	171	171	179 41 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1100 -----				
539.62 (013)	Sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Summen für Z62	157	157	167 3 R
		341	341	349 46 R
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-03.	115	115	243 162 R
	430 GB			
703.01	Instandsetzung und Restaurierung des Rathauses Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-03.		0	430
703.02	Fassadenbeleuchtung öffentlicher Gebäude Übertragbar	300	0	0
704.01	Errichtung der Landesvertretung Hamburgs beim Bund in Berlin Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-03.		0	37 6 R
812.01	Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar	92	92	88 15 R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1100.812.56.	-	0	21 46 R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Senatskanzlei Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1100.812.54.	-	0	337 8 R
821.50	Grunderwerb für die hamburgische Landesvertretung in Berlin Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	4.413
893.01 (199)	Zuschuss an die Jüdische Gemeinde Hamburg für Baumaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		102	0 602 R
893.04	Beitrag zur Kapitalausstattung der internationalen Stiftung für Seerecht Übertragbar	150	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1100 -----				
971.01	Innovationsfonds Wachsende Stadt Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.01 01.1.1100.971.02 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	4.674 5.000 VE	5.000	0
971.02	Durchführung einer internationalen Marketingkam- pagne Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1100.971.01 01.1.1100.971.02 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	5.000 VE	0	0
972.01	Globale Minderausgabe 2004 zu Lasten 01.1.1100.971.02 Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.000-	0	0
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	34.162 11.380 VE	35.059 1.363 VE	32.097 1.844 R
1140	Personalamt ----- (012)			
	EINNAHMEN			
119.02	Erstattungen der Museumsstiftungen für Leistungen der Zentralen Personaldienste Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 03.3.3800.682.02 03.3.3800.682.03 03.3.3800.682.04 03.3.3800.682.05 03.3.3800.682.06 03.3.3800.682.07 03.3.3800.682.08.	-	0	50
	430 GB			
119.03	Erstattung für spezielle Veranstaltungen im Bereich der zentralen Fortbildung	-	0	0
119.04	Erstattung für zusätzliche Leistungen im Bereich Management- und Teamentwicklung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.525.09.	-	0	35
119.10	Erstattungen der §26 LHO-Betriebe und Anstalten für zentrale medizinische Dienstleistungen	1.085	2.100	3.471
119.56	Kostenbeteiligung Dritter an Betrieb und Entwicklung von IuK-Maßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.535.56.	-	0	0
119.61	Erstattung von Verwaltungsgebühren und Verfahrenskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei	16	16	14

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
	01.1.1140.526.61.			
119.64	Einnahmen für zusätzliche Leistungen der Zentralen Personaldienste (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.511.64.	-	0	112
119.65	Einnahmen für zusätzliche Leistungen des Personalärztlichen Dienstes Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.65.	-	0	0
119.66	Kostenerstattung für zusätzliche Leistungen und Vorleistungen des AMD Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.541.66.	-	0	12
119.67 (127)	Erstattung der Behörden und Ämter an die Verwal- tungsschule für die Durchführung von Weiter- bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.525.67.	-	0	22
119.68 (133)	Erstattungen für die Durchführung von Weiterbil- dungsmaßnahmen u. Gebühren für sonstige Dienst- leistungen der FHÖV -FB Allgemeine Verwaltung- Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.525.68.	-	0	0
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen 430 GB	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	3	3	4
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	6	6	11
129.64	Einnahmen aus Werbemaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.511.64. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
282.91 (011)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1140.546.91.	-	0	6
342.01	Einnahmen zur Ausstattung behindertengerechter Arbeitsplätze Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1140.812.02.	-	0	0
	Gesamteinnahmen	1.110	2.125	3.738
	AUSGABEN			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	13.880	26.992	33.228
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	539
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	34
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.887	3.041	0
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	26	26	20
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	430 GB			
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1140	1.310	0	0 434 R
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
461.02	Sonderbudget Unterbringung von Schwerbehinderten	4.949	4.774	0
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
461.03	Sonderprogramm Laufbahnaufsteiger	452	449	0
	Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		0	0
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.			
525.02	Zentrale Aus- und Fortbildung, Personalentwick- lung, zentrale Schulung, Schulungs- und Bildungs- veranstaltungen des Personalamtes	1.500	1.500	1.366 393 R
	Übertragbar			
	430 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 .			
525.09	Konzeptionelle Fortführung der Personalentwicklung	35	35	95 101 R
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1140.525.02 01.1.1140.525.09 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.04.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
535.56	IuK-Betriebskosten inklusive Fortbildung der DV-Administratoren Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.56.	164	548	460
539.01	Kosten der Personalgewinnung und des Personalmarketings Übertragbar	78	78	52 26 R
541.03	Aufwand für zusätzliche Leistungen im Bereich Management- und Teamentwicklung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 6 R
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.282.91.	-	0	0 6 R
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar 430 GB	1.947	0	0
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	85	161	165
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.535.56.	360	4.635	6.442
682.01	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrale Personaldienste (ZPD) Übertragbar	12.867	0	0
682.56	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Zentrale Personaldienste (ZPD) für IuK-Ausgaben Übertragbar	4.348	0	0
685.01	Beiträge für gemeinschaftsfinanzierte Einrichtungen	128	125	113
685.91	Mitgliedsbeiträge	263	263	263
	Titelgruppe(n) -----			
Z61 -----	Betriebskonto der Abteilungen Dienst- und Tarifrecht, Service und Steuerung sowie Personalmana-			
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	156	148	131 41 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	1	1	0 1 R
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	126	113	76
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	754	707	715 54 R
519.61	Bauunterhaltung Übertragbar	35	25	55 9 R
525.61	Aus- und Fortbildung Übertragbar	17	17	12 1 R
526.61	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten Übertragbar	57	57	39 1 R
	41 GB			
	Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.61.			
527.61	Dienstreisen Übertragbar	14	19	18 8 R
	430 GB			
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	33	9	17 3 R
	Summen für Z61	1.193	1.096	1.064 118 R
Z64	Betriebskonto der Zentralen Personaldienste -----			
511.64	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.64 01.1.1140.129.64.		428	428 89 R
514.64	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		1	1 1 R
517.64	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar		370	146 497 R
	430 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
	(Weggefallener Ansatz)			
518.64	Mieten und Pachten		995	954 44 R
	Übertragbar	430 GB		
	(Weggefallener Ansatz)			
519.64	Bauunterhaltung		53	11 142 R
	Übertragbar	430 GB		
	(Weggefallener Ansatz)			
525.64	Aus- und Fortbildung		16	9 15 R
	Übertragbar			
	(Weggefallener Ansatz)			
526.64	Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten		4	5 6 R
	Übertragbar			
	(Weggefallener Ansatz)			
527.64	Dienstreisen		9	3 12 R
	Übertragbar			
	(Weggefallener Ansatz)			
539.64	Vermischte Verwaltungsausgaben		10	7 15 R
	Übertragbar			
	(Weggefallener Ansatz)			
	Summen für Z64	0	1.886	1.562 822 R
Z65	Betriebskonto des Personalärztlichen Dienstes			
511.65	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	31	36	49 11 R
	Übertragbar	430 GB		
517.65	Bewirtschaftung der Grundstücke	44	55	42 4 R
	Übertragbar	430 GB		
518.65	Mieten und Pachten	166	151	161 14 R
	Übertragbar	430 GB		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
519.65	Bauunterhaltung Übertragbar 430 GB	26	12	43 4 R
525.65	Aus- und Fortbildung Übertragbar	5	5	2
527.65	Dienstreisen Übertragbar	2	2	0 2 R
539.65	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	3	3	1 2 R
541.65	Sachmittelbedarfe des Personalärztlichen Dienstes Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.65. Summen für Z65	110	101	141 13 R
		387	365	439 50 R
Z66	Betriebskonto des Arbeitsmedizinischen Dienstes -----			
511.66	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar 430 GB	47	52	95 36 R
514.66	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar	8	8	7 8 R
517.66	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar 430 GB	109	109	40 122 R
518.66	Mieten und Pachten Übertragbar 430 GB	258	258	148 13 R
519.66	Bauunterhaltung Übertragbar 430 GB	26	26	51 29 R
525.66	Aus- und Fortbildung Übertragbar	30	30	29 27 R
527.66	Dienstreisen	5	3	3 9 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
	Übertragbar			
539.66	Vermischte Verwaltungsausgaben	5	4	8 5 R
	Übertragbar			
541.66	Sachmittel des Arbeitsmedizinischen Dienstes	120	150	76 89 R
	Übertragbar			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.66.			
	Summen für Z66	608	640	457 337 R
Z67	Betriebskonto der Verwaltungsschule -----			
511.67 (127)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	15	20	17 6 R
	Übertragbar			
517.67 (127)	Bewirtschaftung der Grundstücke	80	77	86 1 R
	Übertragbar			
518.67 (127)	Mieten und Pachten	11	11	0 11 R
	Übertragbar			
519.67 (127)	Bauunterhaltung	47	47	46 1 R
	Übertragbar			
525.67 (127)	Lehr- und Lernmittel, Projektarbeit und Tagungen, Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Personalwesen, Aus- und Fortbildung Lehrpersonal	30	26	55 9 R
	Übertragbar			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.67.			
527.67 (127)	Dienstreisen	1	1	0 1 R
	Übertragbar			
539.67 (127)	Vermischte Verwaltungsausgaben	1	1	0 4 R
	Übertragbar			
	Summen für Z67	185	183	204 33 R
Z68	Betriebskonto der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung -----			
511.68 (133)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3	3	3 1 R
	Übertragbar			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
525.68 (133)	Lehr- und Lernmittel, Projektarbeit und Tagungen, Beschaffung und Unterhaltung von IuK-Technik, Aus- und Fortbildung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.119.68.	58	58	60 10 R
527.68 (133)	Dienstreisen Übertragbar	2	2	2
539.68 (133)	Vermischte Verwaltungsausgaben, Veröffentlichungen Rektorat Übertragbar	1	1	1
	Summen für Z68	64	64	65 11 R
Z70	Nachwuchskräfte mittlerer und gehobener Dienst -----			
422.70	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	3.495	3.495	0
425.70	Vergütungen der Angestellten Übertragbar	1.366	1.318	0
426.70	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	-	0	0
432.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	1.048	1.048	0
435.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Übertragbar	123	119	0
436.70 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	-	0	0
441.70	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	139	139	0
	Summen für Z70	6.171	6.119	0
Z71	Nachwuchskräfte höherer Dienst -----			
422.71	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	1.351	1.317	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
425.71	Vergütungen der Angestellten Übertragbar	-	0	0
426.71	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	-	0	0
432.71 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar	400	395	0
435.71	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Übertragbar	-	0	0
436.71	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter Übertragbar	-	0	0
441.71	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	54	53	0
	Summen für Z71	1.805	1.765	0
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-03.		78	105 33-R
701.56	IuK-gerechte Herrichtung und Ausstattung im Personalamt Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	6 24 R
702.56	Projektbedingte IuK-gerechte Herrichtung und Ausstattung in den Behörden Übertragbar	-	0	0 82 R
	430 GB			
812.02	Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1140.342.01.	5	3	0 10 R
812.04	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen Übertragbar	14	24	47 152 R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1140.812.56.	-	0	57 2 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1140 -----				
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik im Personalamt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1140.812.54.	-	0	695 42 R
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD Übertragbar	88	0	0
891.56	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan ZPD für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik Übertragbar		0	0
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	55.799	54.850	47.476 2.762 R
1150	Staatsarchiv			
(162)	----- EINNAHMEN			
111.01	Verwaltungsgebühren	20	20	14
111.11	Benutzungsgebühren	3	4	2
111.12	Benutzungsgebühren für Inanspruchnahme von Kopiergeräten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1150.518.01.	1	4	5
119.01	Einnahmen aus Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 01.1.1150.531.01.	1	1	3
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken 430 GB	1	1	6
129.01	Verkauf von entbehrlichem Bibliotheksgut	-	0	0
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	0	0
231.02	Zuweisung des Bundes zur Betreuung ausländischer Gäste in Hamburg	-	0	0
282.01	Zuwendung für die Inventarisierung der Akten des Oberappellationsgerichts Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1150.429.01.	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1150 -----				
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen 430 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1150.546.91.	-	0	0
	Gesamteinnahmen	26	30	30
	AUSGABEN			
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.683	1.690	1.694
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.979	1.958	2.173
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	12-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	2
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	162	125	0
429.01	Forschungsförderung aus Mitteln Dritter Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1150.282.01.	-	0	0
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1150 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Kapitels	-	0	0
518.01	Miete für Kopiergerät Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 01.1.1150.111.12.	8	8	7
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-011-02.	49	54	39 2 R
523.01	Unterhaltung , Vermehrung und Erschließung des Archivguts Übertragbar	92	87	52 34 R
523.03	Dienstleistungen Externer Übertragbar	4	4	4 3 R
525.91	Aus- und Fortbildung Übertragbar 430 GB	6	4	3

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1150 -----				
531.01	Druck von Bestandsverzeichnissen und anderen Schriften Übertragbar Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1150.119.01.	2	3	2 6 R
	1 GB			
535.56	IuK-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1150.671.56.	108	108	131
	430 GB			
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1150.282.91.	-	0	0
	430 GB			
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	30	30	30 1 R
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1150.535.56.	106	88	21
685.01	Zuwendung an den Verein für Hamburgische Geschichte Zuwendungsanteil 100%	2	2	2
685.91	Mitgliedsbeiträge	2	2	2
686.05	Tagungen und sonstige Veranstaltungen	1	1	0
702.01	Neubau eines Staatsarchivs Übertragbar		0	11 199 R
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar	-	0	0 61 R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informa- tions- und Kommunikationstechnik im Staatsarchiv Übertragbar	-	0	11 107 R
821.01	Grunderwerb für den Neubau des Staatsarchivs, Teilbetrag Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	440
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	4.234	4.164	4.610 430 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten			
(012)	----- EINNAHMEN			
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	-	0	0
124.01	Einnahmen aus der Überlassung von Werbeflächen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1160.511.61. Dies gilt für Mehreinnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
125.01	Einnahmen aus dem Verkauf von Software-Produkten des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten - Zentralstelle IuK - Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1160.812.56.	-	0	0
125.02	Einnahmen aus Publikationen von Konzeptionen des Projektes MoBil Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1160.547.01.	-	0	0
261.07	Erstattung von Aufwendungen an das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten - Zentralstelle IuK - Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1160.547.56.	-	0	38
261.09	Erstattungen für Programmleistungen an das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten - Zentralstelle IuK - Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1160.461.01.	-	0	0
	Gesamteinnahmen	0	0	38
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	2.738	6.739	6.461
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	54
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	113	658-	0
429.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben für Maßnahmen der "Aktiven Hilfestellung" in den bezirklichen Sozialämtern Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		332	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1160 -----				
	Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Kapitel 1160 Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1160.261.09. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM-Bereich des Kapitels	-	0	0
511.02	Beschaffung von elektronischen Lesegeräten zur Überwachung von gefährlichen Hunden Übertragbar 430 GB		0	0
511.03 (011)	Zentral veranschlagte Ausgaben für die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	- 500 VE	0 500 VE	0
534.01	Organisationsberatung und -qualifizierung Übertragbar	-	0	73
535.56	Sachaufwand für IuK-Maßnahmen Übertragbar 430 GB Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1160.671.56. Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1160.535.56 01.2.1200.535.56 01.3.1300.535.56 01.4.1400.535.56 01.5.1500.535.56 01.6.1600.535.56 01.7.1700.535.56 01.8.1800.535.56 .	712	515	352 341 R
546.07	Sachmittel für die Durchführung von Sicherheitskonferenzen Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	179	179	0
547.01	Ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität der Verwaltung Übertragbar 430 GB Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1160.533.61. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1160.125.02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	-	0	3
547.56	Aufwand für zusätzliche Ressourcen im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten - Zentralstelle IuK - Übertragbar 430 GB Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1160.261.07.	-	0	3 51 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1160 -----				
548.01	Zentral veranschlagte Mittel zur Förderung der Entwicklung und Aktivierung von Bauflächen in den Bezirken Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.000	0	0
671.54	Erstattung von IuK-Dienstleistungen Übertragbar 430 GB	4.994	0	0
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar 430 GB	16	42	37
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar 430 GB Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1160.535.56.	13.934	14.938	14.206
684.03	Mitgliedsbeiträge 430 GB	1	1	0
	Titelgruppe(n) -----			
Z61	Zentrales Betriebskonto -----			
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar 430 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1160.124.01.	19	90	65 104 R
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar 430 GB	31	74	95 8 R
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar 430 GB	213	603	583 56 R
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar 430 GB	9	20	29 30 R
533.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar 430 GB Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1160.547.01.	18	84	70 112 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1160 -----				
539.61	Ausgaben für systembedingte Rundungsdifferenzen im Zusammenhang mit der Einführung von SAP/R3 bzw des EURO Übertragbar	-	0	0
	Summen für Z61	290	871	843 311 R
701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen und Sicherheitsmaßnahmen in Publikumsdienststellen Übertragbar	500 550 VE	250 800 VE	143 1.050 R
	430 GB			
702.56	Bauliche Maßnahmen im Rahmen des Projekts Sozialhilfe-Automation (PROSA) Übertragbar		0	1 3 R
	430 GB			
795.02	Zentral veranschlagte Mittel für bürgerfreundliche Verbesserungen in der Bezirksverwaltung Übertragbar	55 150 VE	205	102 73 R
	430 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1160.795.02 01.1.1160.795.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
795.03	Zentral veranschlagte Mittel für die Schaffung von Bürgerservicebereichen Übertragbar	2.000 500 VE	2.000 2.500 VE	0 53 R
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1160.795.02 01.1.1160.795.03 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
812.54	Ausbau der IuK-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung - Teilbetrag - Übertragbar	-	0	154 278 R
	430 GB			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1160.812.56.			
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik - Teilbetrag - Übertragbar	-	0	2.614 56 R
	430 GB			
	Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1160.812.54. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1160.125.01.			
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	26.532 1.700 VE	25.414 3.800 VE	25.047 3.065 R
1180	Senatsamt für die Gleichstellung			
(011)	----- EINNAHMEN			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1180 -----				
119.01	Einnahmen aus Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.1.1180.531.01.	-	0	0
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.1.1180.546.91.	-	0	29
	430 GB			
	Gesamteinnahmen	0	0	29
	AUSGABEN			
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	191	176	164
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.369	1.346	1.331
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	1
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	161-	164-	0
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1180 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KRD/NSM-Bereich des Kapitels	-	0	0
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	5	8	32 1 R
	430 GB			
525.01	Maßnahmen zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes Übertragbar	14	14	2 34 R
	430 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .			
525.02	Initiativen und Maßnahmen zur Förderung der Partnerschaft von Männern und Frauen Übertragbar	20	20	12 31 R
	430 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1180 -----				
525.91	Aus- und Fortbildung Übertragbar 430 GB	7	7	5 6 R
526.01	Gutachten, Untersuchungen und dgl. Übertragbar 430 GB Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .	10 10 VE	33 33 VE	37 42 R
531.01	Veröffentlichungen im Bereich der Beratungs- und Bildungsarbeit Übertragbar 430 GB Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1180.119.01.	48	48	23 47 R
535.56	IuK-Folgekosten Übertragbar 430 GB Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1180.671.56.	14	14	12 7 R
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar 430 GB Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.1.1180.282.91.	-	0	0 1 R
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar 430 GB	8	8	9
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar 430 GB Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1180.535.56.	7	7	8
683.01	Initiativen und Maßnahmen zur Förderung berufli- cher Chancen von Frauen in der Hamburger Wirt- schaft Übertragbar 430 GB Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .	15	15	12 38 R
684.01	Förderung von Frauenverbänden Übertragbar 430 GB Zuwendungsanteil 100%	50	70	97 9 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
1180 -----				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .			
684.10	Förderung der Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFRA) Übertragbar	75	75	85 33 R
	430 GB			
684.33	Gewalt im sozialen Nahraum	-	0	0
684.50	Einmalige Zuschüsse an soziale u. ähnliche Ein- richtungen für modellhafte Gleichstellungsprojekte Übertragbar	-	0	142 32 R
	430 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .			
684.60	Mehrjährige Zuschüsse an soziale u. ähnliche Ein- richtungen für modellhafte Gleichstellungsprojekte Übertragbar	-	0	42
	430 GB			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 .			
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar	-	0	5 19 R
	430 GB			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.1.1180.812.56.			
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von IuK-Technik im Sfg Übertragbar	-	0	4 3 R
	430 GB			
	Einseitig deckungsfähig zulasten 01.1.1180.812.54.			
971.01	Projekte von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg Übertragbar	240 153 VE	209 153 VE	0 135 R
	430 GB			
	Zuwendungsanteil 40%			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 01.1.1180.525.01 01.1.1180.525.02 01.1.1180.526.01 01.1.1180.531.01 01.1.1180.683.01 01.1.1180.684.01 01.1.1180.684.50 01.1.1180.684.60 01.1.1180.971.01 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	1.912 163 VE	1.886 186 VE	2.023 626 R

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

01.1 Senat und Senatsämter

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	14.316	2.006	4.033
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.880	---	3.818
1150	Staatsarchiv -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.979	---	670
1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.738	---	1.125
1180	Senatsamt für die Gleichstellung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.369	---	343
	Summe Gesamtansatz 2004	34.282	2.006	9.989
	Summe Vergleichszahl 2003	51.867	2.006	16.654
	Summe (Vergleichs-)Ist 2002	59.065	2.468	22.702
	Summe Rest 2002	1.131 R	---	127 R

01.1 Senat und Senatsämter

Ritel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungsentgelte an den Versorgungsbezügen der Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen d. Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
1100	5.894	425	15	1.212	531	38	162
1140	7.877	51	111	1.150	715	5	153
1150	990	---	---	203	89	---	27
1160	1.094	---	46	331	99	---	43
1180	833	---	2	102	75	---	14
	16.688	476	174	2.998	1.509	43	399
	24.601	487	199	4.996	2.214	44	666
	23.562	335	122	6.815	2.152	---	909
	850 R	---	106 R	33 R	11 R	---	4 R

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.1 Senat und Senatsämter

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1100	Senat -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.471	3.064	1.889
1140	Personalamt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.887	---	1.656
1150	Staatsarchiv -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	162	---	137
1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	113	---	130
1180	Senatsamt für die Gleichstellung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	161-	---	98-
	Summe Gesamtansatz 2004	8.472	3.064	3.714
	Summe Vergleichszahl 2003	7.519	3.064	2.835
	Summe (Vergleichs-)Ist 2002	---	---	---
	Summe Rest 2002	---	---	---

01.1 Senat und Senatsämter

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
1100	157	8	353
1140	626	5-	610
1150	12-	---	37
1160	68-	---	51
1180	63-	---	---
	640	3	1.051
	587	1	1.032
	---	---	---
	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1100	Senat Amt für Strom- und Hafenbau Zentrum für Personaldienste Hamburg Senatskanzlei	--- --- 1.910	--- --- 558	--- --- 31
1150	Staatsarchiv Bezirksamt Wandsbek Senatskanzlei Staatsarchiv	6 6 1.671	6 2 30	--- --- 1
1180	Senatsamt für die Gleichstellung Behörde für Wirtschaft und Arbeit Senatsamt für Gleichstellung Behörde für Soziales und Familie Behörde für Bildung und Sport	--- 51 --- 140	--- 32 --- ---	--- --- --- ---
	Summe Gesamtansatz 2004	3.784	628	32
	Summe Vergleichszahl 2003	3.804	674	3
	Summe (Vergleichs-)Ist 2002	3.758	588	1
	Summe Rest 2002	295 R	89 R	1 R

01.1 Senat und Senatsämter

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1100	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
	640	402	61	205	13
1150	---	---	---	---	---
	---	---	---	4	---
	196	1.442	1	---	1
1180	---	---	---	---	---
	---	2	---	8	9
	---	---	---	---	---
	22	118	---	---	---
	858	1.964	62	217	23
	848	1.975	63	217	24
	827	2.038	83	214	8
	23 R	10 R	50 R	101 R	21 R

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2004

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 1.1

Senat und Senatsämter

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
-----------------------	------------------------------

I. Stellenbestand

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 16,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 12,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1100	Senat	2004	88,00			131,63		9,84		229,47
		2003	90,00			132,36		10,97		233,33
1140	Personalamt	2004	323,00	6,00	457,00	276,35	200,00	1,38		606,73
		2003	328,00	6,00	457,00	284,43	200,00	1,38		619,81
1150	Staatsarchiv	2004	20,00			23,94				43,94
		2003	20,00			27,50				47,50
1160	SfB	2004	105,00			24,33				129,33
		2003	102,00			23,35				125,35
1180	SfG	2004	13,00			8,92				21,92
		2003	13,00			9,50				22,50
	gesamt:	2004	549,00	6,00	457,00	465,17	200,00	11,22	0,00	1.031,39
		2003	553,00	6,00	457,00	477,14	200,00	12,35	0,00	1.048,49

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
-----------------------	------------------------------

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2003	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2003				Stellenplan 2004	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2004	
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.1	1100 Senat	233,33			-3,50	4,00	-4,36	229,47	-3,86
	1140 Personalamt	619,81	-1,00	0,50	-6,00	9,42	-16,00	606,73	-13,08
	1150 Staatsarchiv	47,50					-3,56	43,94	-3,56
	1160 SfB	125,35		5,00			-1,02	129,33	3,98
	1180 SfG	22,50					-0,58	21,92	-0,58
	Summe:	1048,49	-1,00	+5,50	-9,50	+13,42	-25,52	1031,39	-17,10

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1100	Senat

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					2,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					2,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Die bei der Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund tätigen Angestellten erhalten eine Ausgleichszulage in entsprechender Anwendung von § 2 Nr. 1 Satz 1 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes. Die Arbeiter erhalten eine Aufwandsentschädigung von 15,34 EUR monatlich.

Die Inhaber folgender Stellen erhalten Aufwandsentschädigungen:

12 Staatsrätin / Staatsrat	B 10	230,08 EUR mtl.
2 Senatsdirektorin / Senatsdirektor	B 6	153,39 EUR mtl.
1 Regierungsdirektorin / Regierungsdirektor	A 15	51,13 EUR mtl.
1 Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat	A 14	102,26 EUR mtl.
1 Angestellte / Angestellter	SAV	115,04 EUR mtl.

I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Senatorinnen/ Senatoren						
Einzelbezüge	11,00	11,00	1)	11,00	Die Senatorinnen/ Senatoren erhalten Amtsbezüge und eine Aufwandsentschädigung nach dem Senatsgesetz.	
Summe:	11,00			11,00		

Einzelbezüge Senatorin/ Senator (11,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte						
<u>Planstellen</u>						
B 10	12,00			12,00		
B 6	3,00			3,00		
B 4	1,00			1,00		
B 3	3,00	1,00	2)	3,00	<i>kw: 1,00 BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Freierwerden der Stelle</i>	
B 2	1,00			1,00		
A 16	8,00			8,00		
A 15	7,00			7,00		
A 14	9,00			10,00		
A 13	5,00			5,00		
A 13	7,00			7,00		
A 12	6,00	1,00	3)	6,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Freierwerden der Stelle</i>	
A 11	9,00			9,00		
A 10	3,00			3,00		
A 9	1,00	1,00	4)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>	
A 8	2,00			2,00		
Summe:	77,00			79,00		

B 10	Staatsrätin/ Staatsrat (12,00)
B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (3,00)
B 4	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
B 2	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (8,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (6,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (8,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (6,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (9,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

Einzelplan 1.1
Kapitel 1100

Senat und Senatsämter
Senat

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Aufgaben- und Stellenverlagerungen 2003 (Neugliederung der Behörden)
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Aufgabenverlagerung- und Stellenverlagerungen 2003 (Neugliederung der Behörden)
A 11							1,00		1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2100; Aufgaben- und Stellenverlagerungen 2003 (Neugliederung der Behörden)
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	1,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	1,00	0,00	0,00	-2,00	

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
B 3	2) kw: 1,00 BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Freiwerden der Stelle	kw: 1,00 BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1100	Senat

I. Stellenbestand

2004			2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 16	2,00			2,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	3,00			3,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	3,00			3,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	14,00			14,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (3,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

2004			2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	2,00	1,00	5)	2,00	Besetzt entsprechend Bezügen nach BesGr. B 3
I	1,00	1,00	6)	0,00	Besetzt entsprechend Bezügen nach BesGr. B 2
I a	3,00			2,00	
I b	8,50			11,50	
II a hD	5,00			4,50	
III	3,00			1,00	
IV a	5,50			7,00	
IV b	5,50			5,50	
V b gD	10,50			10,50	
V b mD	1,00			0,00	
V c	21,45	1,00	7)	21,50	<i>kw: 1,00 VergGr. V c nach VergGr. VI b nach Freierwerden der Stelle</i>
VI b	18,00			15,00	
VII	11,50	1,00	8)	13,50	<i>kw: 1,00 VergGr. VII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
IX b/VII	7,00			8,50	
VIII	8,00	1,00	9)	9,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freierwerden der Stelle</i>
Sonderregel.mD	20,00			20,00	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1100	Senat

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 16	2,00			2,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	2,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			2,00	Nr. 5	
A 12	2,00			2,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 8	
A 11	2,00			2,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	14,00			14,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I										
I a							1,00		1,00	Aufgabenveränderung im Staatsamt
I b									1,00	Koordinator für ressortübergreifende stadtentwicklungspolitische Initiativen und Projekte von zentraler Bedeutung
I b						1,00			-1,00	Aufgabenveränderung im Staatsamt
I b						-1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b									-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b									-1,00	Koordinator für ressortübergreifende stadtentwicklungspolitische Initiativen und Projekte von zentraler Bedeutung
I b				-1,00					-1,00	Aufgabenstraffung in der Leitungsunterstützung (Intendantzbereich)
II a hD		1,00							1,00	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
III									1,00	Internetredakteur für die Pressestelle
III									1,00	Organisatorische Maßnahme
IV a									-1,00	Organisatorische Maßnahme
IV a									-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V c									-1,00	-
V c		1,00							1,00	gegen Streichung von 2 halben Stellen

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1100	Senat

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Angestellte						
IX b	0,50			0,50		
Richtl. Ang.eD	0,18			0,36		
Summe:	131,63			132,36		
Arbeiterinnen/ Arbeiter						
5	1,00			1,00		
4	5,00			6,00		
2	1,00			1,00		
1 (R)	2,58			2,71		
Richtl. Arb.	0,26			0,26		
Summe:	9,84			10,97		
Summe (ohne *) insgesamt	229,47			233,33		

Einzelplan 1.1
Kapitel 1100

Senat und Senatsämter
Senat

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	3,00	-2,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,00	-1,23	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,73	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	4,00	-3,23	0,00	-0,50	-1,00	0,00	0,00	-0,73	
4			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Senatsfahrdienst (/Intendantzbereich)
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter</i>										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,13	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-1,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,13	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	4,00	-4,36	0,00	-3,50	0,00	0,00	0,00	-3,86	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 13,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 8,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	21,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Der Rektorin/dem Rektor der FHÖV können für die Dauer der Amtsausübung aus ihrer/seiner jeweiligen Stelle Bezüge nach BesGr. B 3 gezahlt werden.

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			0,00	
A 16	5,00	1,00	1)	5,00	ku: 1,00 BesGr. A 16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule nach BesGr. A 15 Studiendirektorin/ Studiendirektor nach Freiwerden der Stelle
A 15	15,00	1,00	2)	14,00	ku: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor nach BesGr. A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat nach Freiwerden der Stelle
A 14	32,00	1,00	3)	33,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		1,00	4)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
A 13	41,00	2,00	5)	42,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		1,00	6)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
C 3	6,00			6,00	
C 2	5,00			5,00	
A 13	11,00	1,00	7)	10,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	8)		Vermerk weggefallen
A 12	35,00	4,00	9)	35,00	kw: 4,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
		1,00	10)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
A 11	43,00	6,00	11)	44,00	kw: 6,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
A 10	28,00	1,00	12)	28,00	kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
A 9	17,00			17,00	
A 9	32,00	10,00	13)	28,00	Für Teilnehmerinnen/ Teilnehmer am prüfungsgebundenen Aufstieg vom mittleren in den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst aus besonders belasteten Behörden
A 8	43,00			47,00	
A 7	7,00			12,00	
Summe:	323,00			328,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Direktorin/ Direktor der Verwaltungsschule (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
- A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (4,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (9,00), Studiendirektorin/ Studiendirektor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (1,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (7,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (20,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Medizinalrätin/ Medizinalrat (4,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (30,00), Studienrätin/ Studienrat (7,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (0,00)
- C 3 Professorin/ Professor (6,00)
- C 2 Professorin/ Professor (5,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (11,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (35,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (43,00)
- A 10 Bibliotheksoberspektorin/ Bibliotheksoberspektor (1,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (27,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (17,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (32,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (43,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (7,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 2						1,00			1,00	Für die Leitung der Zentralen Personaldienste
A 15							1,00		1,00	Für die Leitung des Referats IuK-Steuerung und -Dienstleistungen
A 14							-1,00		-1,00	Für die Leitung des Referats IuK-Steuerung und -Dienstleistungen
A 13						-1,00			-1,00	Für die Teamleitung im Bereich Betriebswirtschaftliche Steuerung, Projektsteuerung, Qualitätsmanagement
A 13							1,00		1,00	Für die Leitung des Bereichs Zentrale Bezügestelle
A 12							-1,00		-1,00	Für die Leitung des Bereichs Zentrale Bezügestelle
A 12							1,00		1,00	Für die Leitung eines Teams im Bereich Prozesssteuerung und -controlling, Qualitätsmanagement
A 11	-1,00								-1,00	Beendigung der Projektaufgabe (ProPers) - gemäß kw-Vermerk-
A 11							1,00		1,00	Für die Organisationssachbearbeitung in den Zentralen Personaldiensten
A 11							-1,00		-1,00	Für die Leitung eines Teams im Bereich Prozesssteuerung und -controlling, Qualitätsmanagement
A 7			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001)
A 7			-2,00						-2,00	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Arbeitszeitverlängerung)
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-1,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	-3,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	-1,00	0,00	-2,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	-1,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-5,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 13	8) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
A 12	9) kw: 4,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)	kw: 4,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
A 12	10) ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Freiwerden der Stelle	
A 11	11) kw: 6,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)	kw: 10,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 16	2,00			2,00	
A 14	2,00			3,00	
A 13	4,00			4,00	
A 13	2,00			2,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	6,00			5,00	
A 10	3,00			4,00	
A 9	1,00			2,00	
A 8	5,00			7,00	
Summe:	27,00			31,00	

A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	6,00			6,00	
Summe:	6,00			6,00	

A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (6,00)
------	---------------------------------------

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	2,00			2,00	Nr. 5	
A 14	1,00			2,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 6	
A 13	3,00			2,00	Nr. 7	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	0,00			1,00	Nr. 1	
A 13	2,00			2,00	Nr. 5	
A 12	2,00			2,00	Nr. 5	
A 11	2,00			2,00	Nr. 5	
A 11	2,00			2,00	Nr. 6	
A 11	2,00			1,00	Nr. 7	
A 10	1,00			2,00	Nr. 6	
A 10	1,00			1,00		H.Beschl.
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 9	1,00			2,00	Nr. 6	
A 8	3,00			5,00	Nr. 7	
A 8	2,00			2,00		H.Beschl.
gesamt	27,00			31,00		

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/Beamte)*					
Nachwuchs hD	16,00			16,00	
Nachwuchs gD	310,00			310,00	
Nachwuchs mD	131,00			131,00	
Summe:	457,00			457,00	

Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (16,00)
 Nachwuchs gD Regierungsinspektor-Anwärerin/ Regierungsinspektor-Anwärter (310,00)
 Nachwuchs mD Regierungssekretär-Anwärerin/ Regierungssekretär-Anwärter (131,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	1,50	1,00 1,50	14) 15)	1,00	<i>Vermerk weggefallen kw: 1,50 VergGr. SAV Ang.hD nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA), Bezüge nach A 15</i>
I	1,00			1,00	
I a	2,50			2,50	
II a/I a	20,00			20,00	
I b	1,00	1,00	16)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)</i>
II a hD	4,00	0,50	17)	3,50	<i>kw: 0,50 VergGr. II a hD nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
Richtl. Ang.hD	5,72			5,72	
IV a	30,00	1,00 1,00 3,00	18) 19) 20)	22,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied Vermerk weggefallen kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)</i>
IV b	13,00			14,00	
V b gD	28,00			32,00	
Richtl. Ang.gD	1,48			1,48	
V c	101,00	1,00	21)	113,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)</i>

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV Ang.hD						-1,00			-1,00	Für die Leitung der Zentralen Personaldienste
SAV Ang.hD		1,50							1,50	Für das Leitungsteam des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)
I b		1,00							1,00	Für das Leitungsteam des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)
II a hD						1,00			1,00	Für die Teamleitung im Bereich Betriebswirtschaftliche Steuerung, Projektsteuerung, Qualitätsmanagement
IV a							1,00		1,00	Für den Leiter des Referats Zentrale Serviceleistungen beim Arbeitsmedizinischen Dienst
IV a							1,00		1,00	Für die Sachbearbeitung im Bereich Fachliche Gestaltung
IV a							1,00		1,00	Für die Sachbearbeitung im Bereich Personalabrechnungs- und -verwaltungssystem
IV a							1,00		1,00	Für die Sachbearbeitung im Bereich Auswertungen und dezentrale IuK-Anwendungen
IV a							1,00		1,00	Für die Sachbearbeitung im Bereich Anordnung und Haushalt
IV a		3,00							3,00	Für die Sachbearbeitung im Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA)
IV b			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Intendantzbereich)
IV b			-1,00						-1,00	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Arbeitszeitverlängerung)
V b gD			-2,00						-2,00	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Arbeitszeitverlängerung)
V b gD		1,00							1,00	Für die Sachbearbeitung im Referat Beamtenemennungen- und entlassungen
V c			-7,50						-7,50	Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
SAV Ang.hD	14) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. SAV Ang.hD nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers); Bezüge nach B 2
SAV Ang.hD	15) kw: 1,50 VergGr. SAV Ang.hD nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA), Bezüge nach A 15	
I b	16) kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)	
IV a	19) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)
IV a	20) kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Projekts Interner Arbeitsmarkt (PIA)	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1140

Senat und Senatsämter
Personalamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
VI b	11,80			10,00	
VII	28,60			28,35	
IX b/VII	12,25	1,00	22)	15,88	kw: 1,00 VergGr. IX b/VII nach Freiwerden der Stelle
VIII	13,00			13,00	
IX b	0,50			0,00	
Kr. IV a	1,00			1,00	
Summe:	276,35			284,43	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	200,00			200,00	
Summe:	200,00			200,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	1,00			1,00	
2	0,38			0,38	
Summe:	1,38			1,38	
Summe (ohne *) insgesamt	606,73			619,81	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1140	Personalamt

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		6,50	-11,50				5,00		0,00	
Vc					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1200; Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001) -Verstärkung der Wohngeldstellen
Vc					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1300; Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001) -Verstärkung der Wohngeldstellen
Vc					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1400; Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001) -Verstärkung der Wohngeldstellen
Vc					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1600; Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001) -Verstärkung der Wohngeldstellen
Vc					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1800; Umsetzung des Projekts Reorganisation der Personalverwaltung (Konsolidierung 1994-2001) -Verstärkung der Wohngeldstellen
Vc		2,00							2,00	Für das Projekt Interner Arbeitsmarkt (PIA)
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	8,50	-11,50	0,00	-5,00	0,00	5,00	0,00	-3,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,92	-1,50	0,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,08	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	-5,00	0,00	-4,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	9,42	-13,00	0,50	-6,00	1,00	0,00	0,00	-8,08	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	9,42	-16,00	0,50	-6,00	0,00	0,00	0,00	-13,08	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1150	Staatsarchiv

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 3	1,00			1,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Archivrätin/ Archivrat Stellenstreichungen 2003, spätestens zum 1.4.2007</i>
A 15	3,00	1,00	1)	3,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	
A 13	2,00			2,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	4,00			4,00	
A 10	2,00			2,00	
A 9	2,00			2,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	20,00			20,00	

- B 3 Direktorin/ Direktor des Staatsarchives (1,00)
- A 15 Archivrätin/ Archivrat (3,00)
- A 14 Oberarchivrätin/ Oberarchivrat (1,00)
- A 13 Archivrätin/ Archivrat (2,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (4,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 13	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

- A 13 Archivrätin/ Archivrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1150	Staatsarchiv

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	2,00			2,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 15	1) kw: 1,00 BesGr. A 15 Archivdirektorin/ Archivdirektor Stellenstreichungen 2003, spätestens zum 1.4.2007	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1150

Senat und Senatsämter
Staatsarchiv

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	1,00			1,00	
IV a	2,00			2,00	
V b gD	3,00			4,00	
V c	2,00			2,00	
VI b	9,50			12,00	
VII	2,94			3,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	1,50	1,00	2)	1,50	kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
VIII	1,00			1,00	
Summe:	23,94			27,50	
Summe (ohne *) insgesamt	43,94			47,50	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1150	Staatsarchiv

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
V b g D			-1,00						-1,00	Bürgerschaftsbeschluss
VI b			-2,50						-2,50	Bürgerschaftsbeschluss
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	-3,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,06	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	-3,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,56	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-3,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,56	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	3,00			3,00	
A 14	6,00	1,00	1)	6,00	ku: 1,00 BesGr. A 14 Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst nach BesGr. A 13 Studienrätin/ Studienrat nach Freiwerden der Stelle
A 13	3,00			3,00	
A 13	7,00			7,00	
A 12	21,00			21,00	
A 11	41,75			39,75	
A 10	8,75	3,00	2)	8,75	Rückverlagerung in das Kapitel 9000 nach Beendigung der Maßnahme (PROSA)
A 9	6,00			5,00	
A 9	5,00	2,00	3)	5,00	Rückverlagerung in das Kapitel 9000 nach Beendigung der Maßnahme (PROSA)
A 8	1,50			1,50	
Summe:	105,00			102,00	

B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
A 14	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13	Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (21,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (39,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (1,75), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (7,75), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (6,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (5,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,50)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
------	---

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 11	1,00				1,00		H.Beschl.
gesamt	1,00				1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1200; Entsprechend des Beschlusses der Verwaltungsleiter v. 12.12.02 Stellenübertragung an das SfB/IuK-PROSA für den Dauerbetrieb
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1200; Stellenverlagerung der Fachlichen Leitstelle CAWIN zum SfB/IuK gem. Entscheidung der V-S vom 13.2.2003
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	

Einzelplan 1.1
Kapitel 1160

Senat und Senatsämter
Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	2,00	1,00	4)	2,00	Rückverlagerung in das Kapitel 9000 nach Beendigung der Maßnahme (PROSA)
II a hD	5,75	1,00	5)	4,75	Rückverlagerung in das Kapitel 9000 nach Beendigung der Maßnahme (PROSA)
III	1,00			1,10	
IV a	9,58	1,00	6)	10,50	ku: 1,00 VergGr. IV a nach VergGr. V b mD nach Freiwerden der Stelle
		1,00	7)		ku: 1,00 VergGr. IV a nach VergGr. IV a
IV b	3,00			2,00	
V c	1,00			1,00	
VI b	1,00			1,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
Summe:	24,33			23,35	
Summe (ohne *) insgesamt	129,33			125,35	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1160	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1400; Für die Betreuung des LuK Verfahrensteils Grundsicherung
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-1,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,02	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	-1,02	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,98	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-1,02	5,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,98	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1180	Senatsamt für die Gleichstellung

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	3,00			3,00	
A 13	2,00			2,00	
A 11	5,00			5,00	
Summe:	13,00			13,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (5,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	3,50			3,50	
II a hD	1,00			1,50	
V c	2,00			2,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	1,00	1,00	1)	1,00	kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b/VII	0,42			0,50	
Summe:	8,92			9,50	
Summe (ohne *) insgesamt	21,92			22,50	

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter
Kapitel 1180	Senatsamt für die Gleichstellung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			2003	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
gesamt:	2,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,58	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,58	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-0,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,58	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2004

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenneuschaffungen				
1	1100	1,00	Leitende Regierungsdirektorin/Leitender Regierungsdirektor A 16	für den Europa-Stellenpool
		2,00	Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor A 15	
2	1140	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14 Die Stelle erhält den Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung des Projektes Personalportal“.	für die Leitung des Projektes „Personalportal“
3	1140	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	für die Sachbearbeitung im Projekt „Personalportal“
4	1140	2,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	für die Verstärkung des Justitiariats für Disziplinarrechtsangelegenheiten
5	1140	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12	für die Sachbearbeitung in Disziplinarangelegenheiten
		1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtmann A 11	
Sonstige Stellenveränderungen				
6	1100	1,00	Leitende Regierungsdirektorin/Leitender Regierungsdirektor B 3 Der Haushaltsvermerk „kw nach Freiwerden der Stelle“ wird aufgehoben.	für die Leitung „Stabsbereich Protokoll“
7	1140	1,00	SAV Ang.hD (Bezüge nach B 2) in Leitende Regierungsdirektorin/Leitender Regierungsdirektor B 2	für die Leitung der Zentralen Personaldienste
8	1140	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	für die Arbeitsplanung und Koordination der IuK-Entwicklung
9	1140	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	für Konzeption, Aufbau und laufenden Betrieb eines dynamischen Fehlermanagements
10	1140	1,00	Amtsärztin/Amtsarzt A 12 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	für die Intensivierung des Aufgabenbereichs Qualitätsmanagement

^{*)} bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

11	1140	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	für die Pflege der elektronischen Personalverwaltung
12	1140	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	für die Pflege von Schnittstellen
13	1140	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	für die Produktionssteuerung
14	1140	1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird aufgehoben.	
15	1140	1,00 1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat A 13 Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird geändert in „kw nach Beendigung der Konzeption und Erstellung des dezentralen Berichtswesens“.	für die Konzeption und Erstellung des dezentralen Berichtswesens
16	1140	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird geändert in „kw nach Beendigung des Projektes PAISY-Archiv“.	für die Dauer des Projektes PAISY-Archiv
17	1140	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 Der Haushaltsvermerk „kw nach Beendigung der Projektaufgabe (ProPers)“ wird geändert in „kw nach Beendigung des Projektes Personalportal“.	für die Dauer des Projektes Personalportal

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2004

Wirtschaftsplan-Entwurf
Landesbetrieb Zentrale Personaldienste

(§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250 000 Euro steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250 000 Euro übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Erträge</u>			
1. Umsatzerlöse			
50 Erlöse aus Kundenzahlungen	820		
Summe 1.	820	0	0
2. Außerordentliche Erträge			
5810 Gewährleistung der Versorgungszusage durch die FHH	1.032		
5820 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht	57		
5830 Gewährleistung der ATZ-Zusage durch die FHH	296		
Summe 2.	1.385		
<u>Gesamterträge</u>	2.205	0	0

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Aufwendungen</u>			
1. Materialaufwendungen			
<u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>			
6100 Aufwendungen für Fremdleistungen	4.447		
Summe 1.	4.447	0	0
2. Personalaufwendungen			
2.1 Gehälter und Löhne			
6200 Beamtenbezüge	4.310		
6300 Angestelltenvergütungen	5.993		
6390 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	25		
Summe 2.1	10.328	0	0
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
6400 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	1.284		
6410 Versorgungsaufwendungen - Beamte	1.292		
6420 Versorgungsaufwendungen - Angestellte	655		
6430 Pensionsrückstellung (Zuführung)	1.089		
6435 Rückstellung AN-Eigenbeteiligung nach RGG ohne Anspruch	18		
6440 ATZ-Rückstellung (Zuführung)	296		
6450 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	171		
6480 Beiträge zur Landesunfallkasse	9		
Summe 2.2	4.814	0	0
Summe 2.	15.142	0	0
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
3.1 Personalbedingte Aufwendungen			
6610 Fahrtkosten, Reisekosten	12		
6620 Dienst- und Schutzkleidung	1		
6640 Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	35		
Summe 3.1	48	0	0
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
6700 Mieten u. Leasing	980		
6770 Bewirtschaftung, Entsorgung, Bauunterhaltung	250		
Summe 3.2	1.230	0	0
3.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb			
6760 Recht- u. Beratungskosten, Kontoführung	41		
6800 Büromaterial u. Ausstattung, Fachliteratur	95		
6830 Porto, Fernmeldekosten	415		
6840 IuK-Betriebskosten	195		

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
6870 Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	20		
Summe 3.3	766	0	0
3.4 Übrige sonstige Aufwendungen			
6940 Sonstige betriebliche Aufwendungen	20		
Summe 3.4	20	0	0
Summe 3.	2.064	0	0
<u>Gesamtaufwendungen</u>	21.653	0	0
<u>Jahresüberschuß / Jahresfehlbetrag (-)</u>	-19.448	0	0
(Gesamterträge minus Gesamtaufwendungen)			

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzplan					
I. <u>Finanzbedarf</u>					
1. Investitionen					
Gebäude (Um- u. Ausbau, Ausstattung)	88				
Immaterielle Wirtschaftsgüter/Software	1.350				
Summe 1.	1.438	0	0	0	0
2. Sonstiger Finanzbedarf					
<u>Jahresfehlbetrag</u>	19.448				
Summe 2.	19.448	0	0	0	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	20.886	0	0	0	0
II. <u>Deckungsmittel</u>					
Versorgungszuschuss aus dem Haushalt	1.947				
Betriebszuschuss aus dem Haushalt	12.867				
Betriebszuschuss aus dem Haushalt im Zusammenhang mit IuK-Technik	4.634				
Investitionszuschuss aus dem Haushalt - IuK-Maßnahmen	88				
Investitionszuschuss aus dem Haushalt - IuK-Maßnahmen	1.350				
<u>Summe Deckungsmittel</u>	20.886	0	0	0	0
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)					
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)					

ERLÄUTERUNGEN

1. Erträge

Umsatzerlöse:

Die Summe der Erlöse ergibt sich aus den Zahlungen der Kunden (Landesbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts usw.) Die Erlöse wurden im Haushaltsplan bisher unter Titel 1140.119.10 gebucht.

2. Aufwendungen:

6100 Der Ansatz ist für die Leistungen des LIT, für Software-Pflege- und Wartungsverträge sowie für arbeitsmedizinische Leistungen vorgesehen.

6410, 6420 Veranschlagt sind die Versorgungsanteile für Beamte und Angestellte auf Grundlage des anteiligen Personalbudgets 2002 abzüglich der bis 2004 ausgeschiedenen Beamten und Angestellten.

6430 Die Pensionsrückstellung (Zuführung) ergibt sich aus dem versicherungsmathematischen Gutachten.

6480 Der Ansatz wurde entsprechend den Angaben der Landesunfallkasse ermittelt.

6700 Der Ansatz wurde anhand der Miet- und Leasingverträge ermittelt.

6770 Der Ansatz ist für Bewirtschaftung, datenschutzgerechte Entsorgung und Bauunterhaltung bestimmt.

6760 Der Ansatz ist unter anderem für die Bilanzprüfung, das versicherungsmathematische Gutachten sowie Kontoführung bestimmt.

6870 Es ist vorgesehen, die potentiellen Kunden des Landesbetriebs ZPD über das breite Leistungsspektrum aktiv zu informieren.

3. Investitionen

Der Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IuK-Maßnahmen ist entsprechend der IuK-Planung veranschlagt. Die notwendigen Mittel werden zu gegebener Zeit aus dem IuK-Globalfonds im Einzelplan 9.1 über den Zuschusstitel 1140.891.56 bereitgestellt.

Hinweis:

Im Stellenplanentwurf 2004 ist zum jetzigen Zeitpunkt die Trennung zwischen Personalamt und Landesbetrieb noch nicht vollzogen, d.h. die Stellen des Wirtschaftsplans werden noch komplett im Kapitel 1140 abgebildet.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nrs. 2 LHO)

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Plan	Plan	Ergebnis
		2004	2003	2002
in Tsd. EUR				
1	<u>Weltweite Partnerschaft in Hamburg e.V. (1100.681.03)</u>			
	Einnahmen			
	1. Zuwendung Hamburg	-	132,9	132,9
	2. Eigene Einnahmen	-	7,9	8,0
	Summe der Einnahmen	-	140,8	140,9
	Ausgaben			
	1. Personalausgaben	-	120,6	122
	2. Sachausgaben	-	20,2	18,9
	Summe der Ausgaben	-	140,8	140,9

Anlage 3.2

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2004	Höhe der Zuwendung 2003
<u>1100 - Senat</u>			Tsd. EUR	
681.03	Eine Welt Netzwerk Hamburg	Zuschuss zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten	-	64,4
632.01	Europa-Union	Zuschuss zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten (Festbetrag)	14	14
		Zuschuss zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten des Europainformationszentrums (Festbetrag)	60	60

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01, 02 und 03 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 01 / Protokoll und Auswärtige Angelegenheiten

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002		2002		2002
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
<u>1100</u>	<u>Senat</u>									
534.03	Pflege der Beziehungen zu jüdischen ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs sowie ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern	332	150	332	150	312	111	332	150	20
541.80	Maßnahmen der Ostseekooperation	375	150	275	153	255	84	282	153	27
542.01	Sonstige Sachausgaben Protokoll und Veranstaltungsmanagement	142	-	142	-	228	0	142	-	-86
547.01	Städtepartnerschaften	522	256	522	256	598	65	522	256	-76
681.01	Ehrungen aus Anlass von Ehejubiläen und dgl.	79	-	75	-	79	0	62	-	-17
681.02	Ehrenrenten und dgl.	12	-	16	-	6	0	23	-	17
681.03	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	502	304	602	304	633	74	602	304	-31
684.01	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	92	-	92	-	92	0	92	-	0
686.05	Tagungen und sonstige Veranstaltungen	435	400	619	500	614	113	619	500	5
Summe	Deckungskreis 01	2.491	1.260	2.675	1.363	2.817	447	2.676	1.363	-141

Deckungskreis 02 / Bauunterhaltung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
<u>1100</u>	<u>Senat</u>									
519.01	Unterhaltung der Grundstücke u. dgl.	642	-	463	-	683	105	463	-	-220
<u>1150</u>	<u>Staatsarchiv</u>									
519.01	Unterhaltung der Grundstücke u. dgl.	49	-	54	-	39	2	49	-	10
Summe	Deckungskreis 02	691		517		722	107	512		-210

Deckungskreis 03 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003		2002		2002		2002
		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
<u>1100</u>	<u>Senat</u>									
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	115	-	115	-	243	162	153	-	-90
703.01	Instandsetzung und Restaurierung des Rathauses	-	-	-	-	430	-	-	-	-430
704.01	Errichtung der Landesvertretung Hamburgs beim Bund in Berlin	-	-	-	-	37	6	-	-	-37
<u>1140</u>	<u>Personalamt</u>									
701.01	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	-	-	78	-	105	-33	63	80	-42
<u>1150</u>	<u>Staatsarchiv</u>									
702.01	Neubau eines Staatsarchivs	-	-	-	-	11	199	-	-	-11
Summe	Deckungskreis 03	115	-	193	-	826	334	216	80	-610

Darstellung der im Haushaltsplan 2004 ausgewiesenen frauen- und mädchenspezifischen Maßnahmen und Projekte

Zusammenfassung nach Einzelplänen

In der nachstehenden Übersicht sind nur die Behörden und Ämter aufgeführt, in deren Einzelplänen **externe** Maßnahmen und Projekte konkret ausgewiesen und erläutert sind. Die Maßnahmen mit interner Wirkung gegenüber den weiblichen Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung sind in den Vorworten der jeweiligen Einzelpläne beschrieben.

Einzelplan	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
1.1	Senat und Senatsämter	493	499
3.1	Behörde für Bildung und Sport	5.202	5.202
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	1.753	1.778
3.3	Kulturbehörde	103	0
4	Behörde für Soziales und Familie	24.373	23.894
8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	1.238	1.238
Summe		33.162	32.611

Zu den Einzelplänen der Bezirke (1.2 bis 1.8), der Behörde für Bau und Verkehr (6) und der Behörde für Inneres (8.1) enthält die folgende Einzeldarstellung Beschreibungen von Maßnahmen mit externer Wirkung, ohne dass für 2004 konkrete Mittelveranschlagungen genannt werden können.

2. Einzeldarstellung

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
1100	Senat		
681.03	Förderung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, Teilansatz	9	15
1180	Senatsamt für die Gleichstellung		
525.01	Maßnahmen zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes	14	14
525.02	Förderung der Partnerschaft Frauen und Männer	20	20
526.01	Gutachten, Untersuchungen	33	10
531.01	Veröffentlichungen Beratungs- und Bildungsarbeit	48	48
683.01	Frauenförderung in der Hamburger Wirtschaft	15	15
684.01	Förderung von Frauenverbänden	70	50
684.10	Förderung der Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFRA)	75	75
971.01	Projekte von zentraler Bedeutung	209	252
Summe	Einzelplan 1.1	493	499

Erläuterungen zu den Titeln

- 1100.681.03 Förderung insbesondere der schulischen und beruflichen Ausbildung, der Existenzgründung sowie der sozialen und gesundheitlichen Versorgung von Frauen in Entwicklungsländern; der Umfang der Förderung 2004 kann noch nicht genannt werden.
- 1180.525.01 Ziel ist die Verankerung der strukturellen Frauenförderung und des Handlungsprinzips des Gender Mainstreamings in die Personalpolitik der einzelnen unter das Gleichstellungsgesetz fallenden Behörden und landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, vorrangig in den im 4. Erfahrungsbericht zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes benannten Handlungsfeldern.
- 1180.525.02 Fortführung des Arbeitsschwerpunktes „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ zum Thema „Neue Väter/ Neue Partner“.
- 1180.526.01 Maßnahmen und Projekte im Rahmen der inhaltlichen Schwerpunkte des Senatsamtes.

Anlage 5

1180.531.01	U.a. Druckkosten für Publikationen zum Thema „Dialog mit Hamburger Unternehmen“, Öffentlichkeitskampagne zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, Veröffentlichungen, Plakataktion.
1180.683.01	Frauen und Finanzen – Bedarfsgerechte Angebote und Beratung zur finanziellen Sicherung in Beruf, Alter und Alltag.
1180.684.01	Zuschuss zum Unterhalt des Büros des Landesfrauenrates. Reduzierung aufgrund geringerer Mietkosten.
1180.684.10	Die Aufgabe von KOOFRA besteht in der sicheren Unterbringung und der psychologischen Betreuung der betroffenen Frauen sowie Sicherstellung des Zugangs zu juristischer Beratung.
1180.971.01	Diverse Projekte von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg; z.Z. noch nicht differenzierbar.

Einzelplan 1.2-1.8	Bezirke	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		

In den bezirklichen Einzelplänen werden keine besonderen Mittel für externe frauen- und mädchenspezifische sowie lesben- und schwulenspezifische Maßnahmen und Projekte ausgewiesen. In den Programmen der Stadtteilbüros sowie der Bürgerhäuser und Freizeitzentren sind einzelne Aktivitäten vorgesehen, die sich besonders an Frauen und Mädchen richten – z.B. Kursangebote für ausländische Frauen zum Erlernen der deutschen Sprache.

Ferner besteht grundsätzlich die Möglichkeit, innerhalb der bezirklichen Einzelpläne aus den Titeln 1X00.529.02 und 1X00.791.02 "Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken – Sondermittel der Bezirksversammlung – ..." sowie aus von der Zweckbestimmung her geeigneten Rahmenduweisungen entsprechende Maßnahmen und Projekte zu finanzieren. Die Mittelverwendung obliegt jedoch allein der unterjährigen Beschlussfassung durch die Bezirksversammlungen bzw. die Jugendhilfeausschüsse.

Eine detaillierte Darstellung ist deshalb nur in der Rückschau möglich. So sind im **Haushaltsjahr 2002** ausschließlich frauen- und mädchenspezifische Maßnahmen und Projekte gefördert worden, für die von den Bezirken im Einzelnen folgende Mittel zur Verfügung gestellt wurden:

Titel	Zweckbestimmung	Ausgaben 2002 in EUR
Aus originären Mitteln der Einzelpläne 1.2 - 1.8		
1X00.529.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken – Sondermittel der Bezirksversammlung – ohne Investitionen –	18.355
1X00.684.02	Zuschüsse an Stadtteilbüros	26.000
1X00.791.02	Mittel zur Förderung von Initiativen in den Bezirken – Sondermittel der Bezirksversammlung – Investitionen –	5.433
Aus zur Bewirtschaftung übertragenen Mitteln		
1X00.684.67	Förderung kultureller Projekte	1.250
1X50.684.68	Förderung der regionalen Kinder- und Jugendarbeit	630.364
1X50.684.71	Zuwendungen für die Förderung der Erziehung in der Familie	264.090
1X50.701.51	Hochbaumaßnahmen für die Kinder und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	304.302
	Summe	1.249.794

Die Mittel sind wie folgt verwendet worden:

Empfänger	für Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	für zeitlich befristete Maßnahmen und Projekte	für laufende Maßnahmen
	Zuschüsse (in EUR)		
Allerleirauh e. V.		7.500	
Amnesty for women e.V.	1.900		
Arbeiter Samariter Bund			67.930
Deutscher Kinderschutzbund			157.390
die frauenbühne e.V.	1.000		

Empfänger	für Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	für zeitlich befristete Maßnahmen und Projekte	für laufende Maßnahmen
Dolle Deerns e.V. Verein zur Förderung feministischer Mädchenarbeit	304.302		208.607
FLAKS e.V.	2.186		
Frauen- und Mädchenarbeitskreis vertr. Jugendzentrumsinitiative Vierlanden e.V.		2.556	
Frauenkulturhaus			70.353
Frauenmusikzentrum		1.433	
Garten der Frauen e.V.		315	
Geburtshaus e.V.	4.000		
Jugendsozialarbeit Apostelkirche e.V.	2.250	340	97.700
Luruper Frauenoase e.V.		414	
Mädchenclub Bachstraße			57.528
Mädchen-RAZ Großlohe		1.700	
Mobile Suchtprävention/Treffpunkt der Jugend Harburg-Süd e.V.		5.000	
Nachbarschaftstreff Dulsberg			10.000
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.	1.500		
Projekt Migration		15.000	
Stadtteilbüro		1.000	
Trägerverein Goldbekhaus		2.750	
Verein Jugendarbeit in Rahlstedt e.V.			225.140
Summen	317.138	38.008	894.648
Insgesamt		1.249.794	

Einzelplan 3.1	Behörde für Bildung und Sport	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
3200	Berufliche Bildung und Weiterbildung		
541.63 und 686.63	Förderung der politischen Bildung, Teilansatz	5	5
682.01	Verlustausgleich Landesbetrieb Volkshochschule, Teilansatz	186	186
685.22	Weiterbildungsmaßnahmen für ausländische Arbeitnehmer/-innen, Teilansatz	167	167
685.23	Frauen-Initiativen	703	703
685.38	Förderung außerbetrieblicher Berufsausbildungsplätze, Teilansatz	3.382	3.382
685.39	Förderung außerschulischer Berufsvorbereitung, Teilansatz	759	759
Summe	Einzelplan 3.1	5.202	5.202

Anlage 5

Erläuterungen

3200.541.63 und 686.63

Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung, insbesondere

- Eigene Veranstaltungen zu frauenpolitischen Themen und Unterstützung von Veranstaltungen von Frauenorganisationen
- Durchführung bzw. Förderung spezieller Projekte mit frauenspezifischen Themen
- Finanzierung von Publikationen zu frauenpolitischen Themen

3200.682.01

- frauenspezifische Wochenendkurse und Bildungsurlaubsveranstaltungen
- Neuwiedenthaler Frauenprojekt

16 Tsd. EUR

170 Tsd. EUR

Summe

186 Tsd. EUR

3200.685.22

Weiterbildungskurse für weibliche Erwachsene ausländischer Herkunft (Alphabetisierung, Seminare, Gesprächskreise, Deutschkurse, berufsorientierende Kurse, Computerkurse).

3200.685.23

- Berufliche Qualifizierung
- Politische Bildungsmaßnahmen
- Qualifizierung für Berufsrückkehrerinnen u. familiengebundene Frauen

140 Tsd. EUR

72 Tsd. EUR

491 Tsd. EUR

Summe

703 Tsd. EUR

Einzelplan 3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
3420	Universität Hamburg		
685.01	Wirtschaftsplan der Universität Hamburg, Teilansatz	54	60
3480	HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik		
685.01	Wirtschaftsplan der HWP, Teilansatz	101	101
3510	Hochschule für angewandte Wissenschaften		
685.01	Wirtschaftsplan HAW, Teilansatz	199	200
3580	Hochschule für bildende Künste		
685.01	Wirtschaftsplan HfbK, Teilansatz	3	3
3590	Hochschule für Musik und Theater		
685.01	Wirtschaftsplan HfM, Teilansatz	63	63
3600	Universitäts-Krankenhaus Eppendorf		
682.01	Wirtschaftsplan UKE, Teilansatz	324	349
3650	Technische Universität Hamburg-Harburg		
682.01	Wirtschaftsplan TUHH, Teilansatz	67	60
3660	Allgemeine Hochschulangelegenheiten		
971.11	Bund/Länderprogramm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre, Teilansatz	942	942 ¹
Summe	Einzelplan 3.2	1.753	1.778

¹ Vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung

Erläuterungen zu den Titeln

Ein weiterer – auch finanzieller – Anreiz zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist in dem zwischen den Hochschulen und der BWF vereinbarten Modell der indikatorgestützten Mittelvergabe gesetzt. Der Index enthält als einen der 6 Indikatoren für jede Hochschule eine Messgröße für die Erhöhung des Anteils von Frauen auf den für die jeweilige Hochschule vorrangig defizitären Qualifikationsstufen.

3420.685.01

• Sachetat der Arbeitsstelle Frauenförderung	20 Tsd. EUR
• Sachetat des Vertrauensrates	10 Tsd. EUR
• Frauenförderpreis	10 Tsd. EUR
• Frauenförderfonds	20 Tsd. EUR
Summe	60 Tsd. EUR

3480.685.01

• Koordinationsstelle Frauenforschung / Frauenstudien	42 Tsd. EUR
• Studiengang Gender-Studies (Planung)	59 Tsd. EUR
Summe	101 Tsd. EUR

3510.685.01

• Gleichstellungsbüro/Frauenbeauftragte Hochschulsenat (Beschäftigungsentgelte)	118 Tsd. EUR
• Frauenspezifische Lehrveranstaltungen (Fachbereiche Sozialpädagogik, Bibliothek und Information, sowie Gestaltung)	23 Tsd. EUR
• Leistungsbezogene Mittelvergabe (Berufungsprämie, Frauenförderpreis, Projekte)	50 Tsd. EUR
• Koordinationsstelle Frauenforschung / Frauenstudien	9 Tsd. EUR
Summe	200 Tsd. EUR

3580.685.01

• Koordinationsstelle Frauenforschung / Frauenstudien	1 Tsd. EUR
• studentische Hilfskräfte	2 Tsd. EUR
Summe	3 Tsd. EUR

3590.685.01

• Frauen- und Nachwuchsförderung / Strukturverbesserung	40 Tsd. EUR
• Frauenbüro (Beschäftigungsentgelt)	22 Tsd. EUR
• Koordinationsstelle Frauenforschung / Frauenstudien	1 Tsd. EUR
Summe	63 Tsd. EUR

3600.682.01

• Frauenbeauftragte / Frauenreferentin wiss. Personal, Gleichstellungsbeauftragte wiss. Personal (Beschäftigungsentgelt)	98 Tsd. EUR
• Frauenreferentin (Bildschirmarbeitsplatzpauschale)	14 Tsd. EUR
• Habilitationsförderung von Frauen	200 Tsd. EUR
• IuK-Techniken und Karriereplanungsstrategien für Wissenschaftlerinnen (Seminare)	28 Tsd. EUR
• Personalentwicklung für Wissenschaftlerinnen (Geschlechterforschung, Frauen in der Medizin)	8 Tsd. EUR
• Fachliteratur und digitale Medien zum Thema: Gender Mainstreaming, Genderkompetenz in der Medizin, Gender in Medicine	1 Tsd. EUR
Summe	349 Tsd. EUR

Anlage 5

3650.682.01

- Frauenreferentin wiss. Personal (Beschäftigungsentgelt) 33 Tsd. EUR
- Frauenreferentin (Sachmittel und Mittel für studentische Hilfskräfte) 5 Tsd. EUR
- Frauenbeauftragte technisches und Verwaltungspersonal (Beschäftigungsentgelt) 22 Tsd. EUR

Summe **60 Tsd. EUR**

3660.971.11

942 Tsd. EUR

Allgemeine Hochschulangelegenheiten

Bund / Länderprogramm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre. Im Zentrum der Förderung steht die Entwicklung und Einführung der hochschulübergreifenden Studienangebote Gender Studies.

(davon: hamburgischer Anteil und Bundesanteil je 471 Tsd. EUR)

Einzelplan 3.3	Kulturbehörde	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
3920	Musik und Theater		
686.15	Kulturelle Zielgruppenarbeit, Teilansatz	103	0
Summe	Einzelplan 3.3	103	0

Erläuterungen zum Titel 3920.686.15

Die Subventionierung des Bereichs Frauenkultur ist neu strukturiert worden. Die Förderung von Frauenkulturprojekten findet zukünftig im Rahmen der üblichen Mittelvergabe nach Kultursparten statt.

Das Frauenkulturhaus Harburg wird ab 2004 durch das Bezirksamt Harburg betreut. Die dafür vorgesehenen Fördermittel in Höhe von 68 Tsd. EUR sind auf den Einzelplan 1.8 übertragen worden. Die übrigen Mittel werden aus Gründen der Haushaltskonsolidierung eingespart.

Einzelplan 4	Behörde für Soziales und Familie	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
4210	Beschäftigungsförderung		
682.32	Kofinanzierung Struktur Anpassungsmaßnahmen, geschätzter Teilansatz	ca. 1.320	ca. 800
682.36	Beschäftigung nach § 19 BSHG bei freien Trägern, geschätzter Teilansatz	ca. 1.980	ca. 2.080
682.37	Betriebszuschüsse an die Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft (HAB), geschätzter Teilansatz	ca. 16.340	ca. 16.340
684.10	„Frauenwerkstatt e.V.“	159	0
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit		
684.12	Förderung der Jugendarbeit, Jugendberatung, erzieherischer Jugendschutz durch Träger der freien Jugendhilfe, Teilansatz	570	576
684.64	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Suchtprävention), Teilansatz	224	229
4450	Förderung der Erziehung in der Familie		
684.02	Zuschüsse für Frauenberatung	498	511
684.13	Zuschüsse Familienförderung an Träger freier Jugendhilfe, Teilansatz	468	486
4610	Hilfen zum Lebensunterhalt		
684.02	Zuschüsse für die psychosoziale Betreuung für Opfer v. Gewalttaten, Teilansatz	-	256

Einzelplan 4	Behörde für Soziales und Familie	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
4620	Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Obdachlosigkeit		
684.01	Betrieb von Tagesaufenthalts- und Notübernachtungsstätten, Teilansatz	200	204
684.02	Betrieb von Frauenhäusern	2.436	2.230
684.03	„Zuschüsse zur Förderung geschlechtsspezifischer Beratungs-, Selbsthilfe- und sonstiger Angebote“, Teilansatz	178	182
Summe	Einzelplan 4	24.373	23.894

Erläuterungen

4210.682.32

Verstärkte Förderung der Beschäftigung von schwer vermittelbaren Arbeitnehmerinnen (einschl. Jungerwachsene) nach §§ 272 ff SGB III zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit. Absenkung des Teilansatzes für schwervermittelbare Arbeitnehmerinnen infolge Reduzierung des Gesamtansatzes

4210.682.36

Befristete Beschäftigung von besonders schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängerinnen bei freien Trägern (Zuschüsse zu den Löhnen). Erhöhung wegen Steigerung des Ansatzes bei diesem Titel zur Realisierung eines niedrigschwelligen Programms.

4210.682.37

Befristete Beschäftigung von besonders schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängerinnen bei der HAB (einschl. Arbeitsagentur). Der in der zur Veranschlagung 2003 vorgelegten Übersicht enthaltene Betrag war nicht korrekt, da der Gesamtansatz bei diesem Titel abgesenkt wurde. Der Frauenanteil an den Maßnahmen sowie die Platzzahl wurden jedoch nicht reduziert.

4210.684.10

Handwerkliches Bildungsangebot im Rahmen von „Hilfe zur Selbsthilfe“ für sozial benachteiligte Frauen. Die Förderung wird über das Jahr 2003 hinaus nicht fortgesetzt.

4440.684.12

Folgende Förderungen sind vorgesehen:

Feministische Mädchenarbeit Dolle Deerns e.V.

64 Tsd. EUR

Überregionale Koordination feministischer und anderer Mädchenarbeit und Berufsfindung

Cafe Sperrgebiet – Beratungsstelle

210 Tsd. EUR

Betrieb einer Beratungs- und Anlaufstelle für Mädchen und junge Frauen, die sich auf den Straßen von St. Georg prostituieren. Ziel des Angebotes ist es, die Mädchen und jungen Frauen zum Ausstieg aus der Prostitution und/oder Sucht zu motivieren und die Zugänge zu weiterführenden Hilfen zu erleichtern.

Cafe Sperrgebiet – Übernachtungsstätte für drogenabhängige minderjährige Prostituierte

302 Tsd. EUR

Das Übernachtungsangebot richtet sich an obdachlose oder von der Obdachlosigkeit bedrohte Mädchen und junge Frauen, die sich auf den Straßen von St. Georg prostituieren. Die Nutzerinnen der Übernachtungsstätte befinden sich meist in einer Krisensituation und konsumieren Suchtmittel aller Art bzw. sind davon abhängig.

Summe

576 Tsd. EUR

Anlage 5

4440.684.64 Folgende Förderungen sind vorgesehen:	
Kajal Beratungsangebot für suchtgefährdete und drogenkonsumierende Mädchen sowie für Fachkräfte insbesondere aus der Jugendhilfe	143 Tsd. EUR
Cafe Sperrgebiet Straßensozialarbeit mit minderjährigen drogenabhängigen Prostituierten in St. Georg. Kontaktaufnahme mit Mädchen und jungen Frauen, die sich auf den Straßen von St. Georg prostituieren. Ziel der Straßensozialarbeit ist es, die Mädchen und jungen Frauen zu motivieren, die Hilfsangebote der Beratungsstelle und die Übernachtungsstätte anzunehmen.	86 Tsd. EUR
Summe	229 Tsd. EUR

4450.684.02 Folgende Förderungen sind vorgesehen: Beratung und Information für Frauen	
Regionale und überregionale feministische Beratungs- und Gruppenangebote für Frauen in frauenspezifischen Problemsituationen, Angebote speziell für psychiatrieerfahrene Frauen sowie für Migrantinnen, die u.a. von Gewalt in der Ehe, Frauenhandel, Prostitution und Zwangsprostitution betroffen sind	511 Tsd. EUR
4450.684.13 Folgende Zuschüsse sind vorgesehen: Beratungsprojekt Allerleirauh e.V. Beratung und Unterstützung für junge Frauen und Mädchen, die sexuell missbraucht wurden. Zornrot e.V. Beratung und Therapie für sexuell missbrauchte Mädchen und Jungen sowie für Frauen und Männer, die in ihrer Kindheit sexuell missbraucht worden sind. Zündfunke e.V. Begleitung und Unterstützung für sexuell missbrauchte Kinder, Prävention, Therapie für Frauen. Dolle Deerns – Beratungsladen	
	159 Tsd. EUR
	94 Tsd. EUR
	118 Tsd. EUR
	115 Tsd. EUR
Beratung und Unterstützung für Mädchen und junge Frauen nach sexuellem Missbrauch.	
Summe	486 Tsd. EUR

4620.684.01 Zuschuss an „Kemenate“ Hilfe zur Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse und Überlebenshilfen für obdachlose Frauen, Information, Beratung und Vermittlung in das weitergehende Hilfesystem.	
4620.684.02 Sicherstellung eines bedarfsgerechten Hilfeangebots zur Minderung physischer, psychischer und sozialer Schädigungen für gewaltbetroffene und gewaltbedrohte Frauen sowie persönliche und soziale Stärkung, Stabilisierung und Verselbständigung der betroffenen Frauen.	
4620.684.03 Telefonische und persönliche psychosoziale Betreuung von Vergewaltigungsopfern durch den „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.“	

Einzelplan 6	Behörde für Bau und Verkehr	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung		
893.05 und 893.11	Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung, Säule I (Soziale Stadtteilentwicklung in Sanierungsgebieten) und Säule II (Soziale Stadtentwicklung in StEP-Gebieten)		
Summe	Einzelplan 6		

Erläuterungen**6100.893.05 und 893.11**

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch und außerhalb der Sanierung (Soziale Stadtteilentwicklung) wurden in 2003 keine frauen- und Mädchenspezifische Projekte gefördert. Für 2004 können bisher keine entsprechenden Projekte benannt werden; konkrete Aussagen hierzu sind erst Ende 2003 im Rahmen der Abstimmung der Maßnahmenplanung für 2004 mit den beteiligten Behörden und Bezirken möglich.

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
	Es werden Handbücher und Leitfäden u.a. zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen/Selbstverteidigung, Selbstbehauptung“ herausgegeben. Frauen- und Mädchenspezifische Maßnahmen werden im Rahmen verschiedener Programme gefördert.		
Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
8660	Drogen und Sucht		
684.61	Zuschüsse an Vereine	1.238	1.238
Summe	Einzelplan 8.2	1.238	1.238

Erläuterungen**8660.684.61**

- Frauenperspektiven e.V. „Frauenberatungsstelle“
Suchtstoffübergreifende Beratungsstelle nur für Frauen 446 Tsd. EUR
- Ragazza e. V.
Niedrigschwellige Kontaktstelle und Straßensozialarbeit speziell für drogenabhängige Prostituierte 664 Tsd. EUR
- Waage e.V.
Beratungsstelle für Frauen mit Essstörungen 128 Tsd. EUR

Summe		1.238 Tsd. EUR
--------------	--	-----------------------

Darstellung der im Haushaltsplan 2004 ausgewiesenen lesben- und schwulenspezifischen Maßnahmen und Projekte

1. Zusammenfassung konkreter Mittelveranschlagungen für externe Maßnahmen in den Einzelplänen

Einzelplan	Bezeichnung	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
1.1	Senat und Senatsämter	21	11
3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	2	2
3.3	Kulturbehörde	18	18
4	Behörde für Soziales und Familie	287	294
8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	317	321
	Summe	645	646

2. Einzeldarstellung

Bei den in der nachstehenden Übersicht **nicht** enthaltenen Behörden und Ämtern sind keine externen Maßnahmen hinsichtlich gleichgeschlechtlicher Lebensweisen im Haushaltsplan 2004 vorgesehen.

Einzelplan 1.1	Senat und Senatsämter	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
1180	Senatsamt für die Gleichstellung		
971.01	Projekte von zentraler Bedeutung, Teilansatz	21	11
	Projekte zur Veränderung der bestehenden Diskriminierung von Schwulen und Lesben <ul style="list-style-type: none"> • Schwule und Lesben im Alter • Präsenz im Rahmen des Christopher-Street-Day / Europride 2004 		

Einzelplan 3.2	Behörde für Wissenschaft und Forschung	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
3510	Fachhochschule Hamburg		
685.01	Wirtschaftsplan der Hochschule für angewandte Wissenschaften, Teilansatz	2	2

Erläuterungen

Lehrveranstaltung zum Thema „Lesbische und schwule Lebensformen“ (2 LVS)

Einzelplan 3.3	Kulturbehörde	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
3720	Allgemeine Kulturförderung		
686.35	Filmfestivals, Teilansatz	18	18

Erläuterung

„Lesbisch-Schwule Filmtage in Hamburg“, organisiert von Schwulen und Lesben in Zusammenarbeit mit dem Metropolis-Kino.

Anlage 6

Einzelplan 4	Behörde für Soziales und Familie	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit		
684.12	Förderung der Jugendarbeit, Jugendberatung, erzieherischer Jugendschutz durch Träger der freier Jugendhilfe, Teilansatz	182	236
684.64	Zuschüsse an Träger freier Jugendhilfe (Suchtprävention), Teilansatz	57	58
4450	Förderung der Erziehung in der Familie		
684.02	Zuschüsse für Frauenberatung, Teilansatz	48	0
Summe	Einzelplan 4	287	294

Erläuterungen

4440.684.12

Übernachtungsstellen Basis-Projekt e.V.

10 Schlafplätze als kurzfristiges Übernachtungsangebot (bis 1 Monat) für jugendliche männliche Prostituierte in der Hauptbahnhofszone. Ab 2004: Intervention e.V. / JungLesben Zentrum.

Offene Treffpunkt-, Beratungs- und Gruppenangebote für lesbische Mädchen und junge Frauen bis 25 Jahre. (Bis 2003 veranschlagt bei 4450.684.02)

4440.684.64

Basis e.V.

Staußensozialarbeit für die aufsuchende Arbeit mit jugendlichen männlichen Prostituierten an Treffpunkten in St.Georg und am Hauptbahnhof.

4450.684.02

Intervention e.V. / JungLesben Zentrum

Offene Treffpunkt-, Beratungs- und Gruppenangebote für lesbische Mädchen und junge Frauen bis 25 Jahre. (Ab 2004 veranschlagt bei 4440.684.12)

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
8500	Polizei		
	Die Polizei plant im Rahmen der Bekämpfung und der Prävention antischwul bzw. antilesbisch motivierter Gewalt für das Jahr 2004:		
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informations- und Präventionsarbeit zum Abbau von Schwellenängsten bei den potenziellen Opfern. Information und Beratung über allgemeine Opferhilfeeinrichtungen oder Hilfsmöglichkeiten für Opfer antischwul motivierter Gewalt in lesbischen bzw. schwulen Institutionen (LSVD, Hein & Fiete, Magnus-Hirschfeld-Zentrum – MHC -). ▪ Weiterhin den Einsatz speziell geschulter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die konkrete Präventionsarbeit an den hauptsächlich betroffenen Polizeidienststellen Polizeikommissariate (PK) 11, 32 und 33 sowie die Bereitstellung weiterer Kontaktbeamtinnen und –beamten an den PK 16, 32 und 33, die auch gebietsübergreifend in Anspruch genommen werden können. ▪ Teilnahme der Polizei am Christopher-Street-Day; hierfür aktualisierte Herausgabe des Informationsfaltblattes zum Präventionskonzept der Polizei gegen antilesbisch und antischwul motivierte Gewalt, Straßenfest Lange Reihe, Pulverteichfest. 		

Einzelplan 8.1	Behörde für Inneres	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
-----------------------	----------------------------	------------------	------------------

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
8500	Polizei Soweit Finanzmittel erforderlich sind, werden die vorge- nannten Maßnahmen aus dem Haushalt des Landeskrimi- nalamtes (Abschnitt Kriminalitätsvorbeugung, Polizeiliche Jugendarbeit) bei der Titelgruppe 8500.Z 70 „Einsatz der Polizei“ finanziert. Eine exakte und längerfristige Festle- gung von Haushaltsmitteln erfolgt wegen notwendiger Flexibilität nicht.		

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit	2003 Tsd. EUR	2004 Tsd. EUR
-----------------------	--	------------------	------------------

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung gekürzt		
8620	Amt für Gesundheit		
684.71	Zuschüsse an Vereine zur Gesundheitsförderung und Aids-Prävention, Teilansatz	317	321

Erläuterungen

• Magnus-Hirschfeld-Zentrum: Schwulen- und Lesben-Beratung Pflege und Fortbildung eines ehrenamtlichen Teams	132 Tsd. EUR
• Hein & Fiete: Aids-Prävention bei homo- und bisexuellen Männern, u.a. durch den Be- trieb eines Infoladens, Streetwork sowie Ausbildung und Betreuung ehrenamtlicher Mitglieder	189 Tsd. EUR
Summe	321 Tsd. EUR